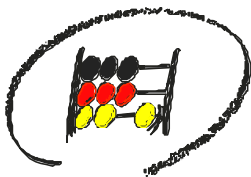


Statistische Ämter der Länder



Statistisches Bundesamt



Regio-Stat

Regionalstatistischer
Datenkatalog des
Bundes und der
Länder

Stand: Januar 2001

Regio-Stat

Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder

Stand: Januar 2001

Statistische Ämter der Länder

Statistisches Bundesamt

Herausgegeben im Auftrag des Arbeitskreises Regionalstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkungen	III
Gesamtübersicht	V
Tabellenteil	
Tabellen	3
Anhang	
Alphabetisches Statistikverzeichnis	101
Alphabetisches Verzeichnis der Begriffsdefinitionen	103

Vorbemerkungen

Auf Initiative des Hauptausschusses der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) wurde zu Beginn der 80er Jahre von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder ein gemeinsamer Datenkatalog zur Bereitstellung regionalstatistischer Ergebnisse erarbeitet, der kurzfristig lieferbare Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik auf Gemeinde- und Kreisebene umfaßt. Bei den Statistiken handelt es sich fast ausschließlich um Bundesstatistiken, die in regelmäßigen Abständen erhoben werden. Für die alten Bundesländer werden in den Statistischen Landesämtern seit 1983/84 und für die neuen Bundesländer ab 1991/92 Daten aus dem regionalstatistischen Datenkatalog bereitgehalten.

Der vorliegende „Regionalstatistische Datenkatalog des Bundes und der Länder“ (frühere Bezeichnung „MKRO-Katalog“), der von den Statistischen Landesämtern laufend aktualisiert wird, wurde zum Stand Januar 2001 erstellt. Er wird im Auftrag des Arbeitskreises Regionalstatistik vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung herausgegeben. Die Daten werden auf Datenträger oder in den Datenbanken der Statistischen Landesämter bereitgehalten. Seit 1999 wird den Konsumenten auch eine CD-ROM mit der Bezeichnung **„Statistik regional“** angeboten (ein Retrievalprogramm ist enthalten), die Kreisdaten auf der Grundlage des regionalstatistischen Datenkataloges des Bundes und der Länder enthält. **„Statistik regional“** wird jährlich aktualisiert. Die CD-ROM kann von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder bezogen werden, die auch Auskunft über Einzelheiten geben.

Ergänzend zur CD-ROM **„Statistik regional“** wird seit 1996 jährlich als Gemeinschaftspublikation der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik das Heft **„Kreiszahlen - Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland“** herausgegeben. Ab März 2000 ist – ebenfalls als Gemeinschaftsveröffentlichung – der **„Atlas zur Regionalstatistik“** erhältlich, der im wesentlichen auf „Statistik regional“ aufbaut, darüber hinaus aber weitere Statistikbereiche, wie z.B. die Hochschulstatistik enthält. Auch diese Publikationen können über die Statistischen Ämter bezogen werden.

Im Datenkatalog erfolgt die Gliederung der Gemeinde- und Kreistabellen nach EVAS-Statistikbereichen. Die Begriffsdefinitionen zu den Statistiken sind im vorliegenden Katalog, soweit erforderlich, aktualisiert. Zusätzlich sind die Rechtsgrundlagen der einzelnen Statistiken vor jeder Tabelle angegeben.

Die bei einzelnen Tabellen angebrachten Fußnoten beziehen sich in der Regel auf Länderspezifika. Zur leichteren Auffindung der Statistiken und der Begriffsdefinitionen enthält der Katalog ferner im Anhang ein „Alphabetisches Statistikverzeichnis“ sowie ein „Alphabetisches Verzeichnis der Begriffsdefinitionen“.

Den Daten des regionalstatistischen Datenkatalogs des Bundes und der Länder liegt ein bundeseinheitlicher Datensatz zugrunde, so daß die Datenlieferungen bundesweit vergleichbar sind. Daten für die im Katalog ausgewählten Tabellen können, soweit nur ein Landesamt betroffen ist, direkt dort bestellt werden; ansonsten ist es zweckmäßig, daß sich der Konsument an das Statistische Landesamt seines Bundeslandes wendet, das dann die erforderliche Koordinierung einleitet.

Bei der Bestellung von Gemeindetabellen ist zu beachten, daß nicht alle statistischen Landesämter auch Ergebnisse auf Gemeindeebene liefern können. Aus Gründen der Geheimhaltung kann es vorkommen, daß zum Teil nur Ergebnisse auf der Ebene von Ämtern, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden, Verwaltungsgemeinschaften bzw. Verwaltungsverbänden zur Verfügung gestellt werden können.

Die Preise für einzelne Tabellenbestellungen setzen sich – abhängig davon, ob es sich um eine Gemeinde- oder Kreistabelle handelt – aus der Tabellengröße (siehe Gesamtübersicht), der Preiskategorie (siehe Einlegeblatt) und einer Bearbeitungspauschale zusammen.

Hinsichtlich des Copyrights gelten bei den Regio-Stat-Tabellen folgende Regelungen:

- Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung mit Quellenangabe (Name des Amtes, Ort, Jahr) gestattet.
- Für gewerbliche Zwecke und/oder entgeltliche Verbreitung bedarf es der vorherigen Zustimmung, die grundsätzlich mit einem Lizenzpreis verbunden ist. Die Weitergabe und Verbreitung über elektronische Systeme bedarf stets der vorherigen Zustimmung.

Zum Aufbau des regionalstatistischen Datenkataloges des Bundes und der Länder ist folgendes zu bemerken:

- Die Gemeindetabellen sind aus Gründen der Geheimhaltung sachlich weniger tief gegliedert als die Kreistabellen. Das Tabellenprogramm auf Kreisebene enthält darüber hinaus erheblich mehr Tabellen als das Gemeindetabellenprogramm.
- Alle Tabellen sind nach den Statistiknummern des Einheitlichen Verzeichnisses aller Statistiken der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (EVAS) gegliedert.
- Die vom Statistischen Bundesamt vergebene dreistellige Bundesstatistiknummer ist vor jeder Tabellenüberschrift aufgeführt und wurde im vorliegenden Katalog um zwei Stellen erweitert, wobei der Nummernbereich 01 bis 29 für die Gemeindetabellen sowie 31 und folgende für die Kreistabellen reserviert ist.
- In „**Statistik regional**“ werden Tabellen, die gegenüber der vorhergehenden Ausgabe geändert worden sind, besonders gekennzeichnet, und zwar erhalten diese Tabellen eine andere zweistellige Nummer, beginnend mit 11 bei Gemeindetabellen bzw. 41 bei Kreistabellen. Diese Kennzeichnung wurde, um die Vergleichbarkeit zu erhalten, auch für die Tabellen des regionalstatistischen Datenkataloges des Bundes und der Länder übernommen.
- Die im regionalstatistischen Datenkatalog des Bundes und der Länder ausgewiesenen Begriffsdefinitionen befinden sich direkt bei den Tabellen. Begriffsdefinitionen, die für mehrere Tabellen zutreffen, sind entsprechend oft aufgeführt.

Gesamtübersicht

EVAS- Nummer	Tabellen- nummer	Erhebung/Tabelleninhalt	Regional- ebene	Perio- dizität	verfügbar ab Be- richtsjahr	Tabellen- größe	Seite
11 Gebiet							
111 11		Feststellung des Gebietsstandes					
	171-01	Gebietsfläche in km²	GE	jährlich	1983/1991	S	3
	171-31	Zahl der Gemeinden	KR	jährlich	1983/1991	S	4
12 Bevölkerung							
124 11		Fortschreibung des Bevölkerungsstandes					
	173-11	Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen	GE	jährlich	1996	L	5
	173-41	Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Altersgruppen	KR	jährlich	1996	XL	6
	173-32	Durchschnittliche Jahresbevölkerung nach Geschlecht	KR	jährlich	1983/1991	S	7
126 12		Statistik der Geburten					
	178-01	Geburten nach Geschlecht	GE	jährlich	1983/1991	S	8
	178-31	Geburten nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Altersgruppen der Mütter	KR	jährlich	1983/1991	L	9
126 13		Statistik der Sterbefälle					
	179-01	Sterbefälle nach Geschlecht	GE	jährlich	1983/1991	S	10
	179-31	Sterbefälle nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Altersgruppen	KR	jährlich	1983/1991	XL	11
127 11		Wanderungsstatistik					
	182-01	Zu- und Fortzüge (über Gemeindegrenzen)	GE	jährlich	1983/1991	S	12
	182-31	Zu- und Fortzüge nach Altersgruppen (über Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebiets)	KR	jährlich	1983/1991	L	13
	182-32	Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit (über Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebiets)	KR	jährlich	1983/1991	M	14
	182-34	Zu- und Fortzüge nach Altersgruppen (über Kreisgrenzen)	KR	jährlich	1993	M	15
	182-35	Zu- und Fortzüge nach Staatsangehörigkeit (über Kreisgrenzen)	KR	jährlich	1993	S	16
13 Erwerbstätigkeit							
131 11		Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten					
	254-11	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht	GE	jährlich	1996	S	17
	254-03	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht	GE	jährlich	1997	S	18
	254-35	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Beschäftigungsumfang	KR	jährlich	1996	L	19
	254-36	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Beschäftigungsumfang	KR	jährlich	1997	L	20
	254-42	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Altersgruppen	KR	jährlich	1996	XL	21
	254-37	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Altersgruppen	KR	jährlich	1997	XL	22
	254-43	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Art der Ausbildung	KR	jährlich	1996	L	23
	254-38	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Art der Ausbildung	KR	jährlich	1997	L	24
	254-54	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Wirtschaftszweigen der WZ93	KR	jährlich	1999	XL	25
	254-04	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeits- und Wohnort, Ein- und Auspendler über Gemeindegrenzen nach Geschlecht	GE	jährlich	1998	M	26
	254-39	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeits- und Wohnort, Ein- und Auspendler über Kreisgrenzen nach Geschlecht	KR	jährlich	1998	M	27
132 11		Arbeitsmarktstatistik der Arbeitsverwaltung und -vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit					
	659-31	Arbeitslose und Arbeitslosenquote	KR	jährlich	1994	S	28
133 11		Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder					
	638-31	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	KR	jährlich	1987/1991	S	29
14 Wahlen							
141 11		Allgemeine Bundestagswahlstatistik					
	252-31	Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung, gültige Zweitstimmen nach Parteien	KR	4-jährlich	1994	S	30
142 11		Allgemeine Europawahlstatistik					
	455-31	Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung, gültige Stimmen nach Parteien	KR	5-jährlich	1994	S	31
143 11		Allgemeine Landeswahlstatistik					
	601-31	Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung, gültige Stimmen nach Parteien	KR	4-/5-jährlich	verschied.	S	32
21 Bildung und Kultur							
211 11		Statistik der allgemeinbildenden Schulen					
	192-32	Schulen, Schüler nach Schularten	KR	jährlich	1996	XL	33
	192-61	Schulabgänger nach Abschlüßarten	KR	jährlich	1998	M	35
211 21		Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens)					
	200-71	Schulen, Schüler nach Schularten	KR	jährlich	1996	L	36

EVAS- Nummer	Tabellen- nummer	Erhebung/Tabelleninhalt	Regional- ebene	Perio- dizität	verfügbar ab Be- richtsjahr	Tabellen- größe	Seite
22 Öffentliche Sozialleistungen							
221 21		Statistik der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt					
	331-31	Empfänger nach Altersgruppen	KR	jährlich	1999	S	38
225 41		Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen - Tageseinrichtungen für Kinder					
	473-32	Einrichtungen, verfügbare Plätze, tätige Personen	KR	4-jährlich	1994	M	39
225 42		Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen - ohne Tageseinrichtungen					
	473-41	Einrichtungen der Jugendhilfe, verfügbare Plätze, tätige Personen	KR	4-jährlich	1994	S	40
23 Gesundheitswesen							
231 11		Krankenhausstatistik: Grunddaten					
	188-41	Krankenhäuser	KR	jährlich	1991	S	41
	188-42	Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	KR	jährlich	1991	S	42
235 11		Statistik der Berufe des Gesundheitswesens					
	187-41	Ärzte und Zahnärzte in freier Praxis, öffentliche Apotheken	KR	jährlich	1991	S	43
31 Gebäude und Wohnen							
311 11		Statistik der Baugenehmigungen					
	030-31	Wohngebäude und Wohnungen in Wohngebäuden nach Zahl der Wohnungen	KR	jährlich	1983/1991	S	44
	030-32	Nichtwohngebäude	KR	jährlich	1983/1991	S	45
	030-33	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden nach Raumzahl	KR	jährlich	1983/1991	S	46
311 21		Statistik der Baufertigstellungen					
	031-01	Wohngebäude und Wohnungen in Wohngebäuden nach Zahl der Wohnungen	GE	jährlich	1996	S	47
	031-32	Nichtwohngebäude	KR	jährlich	1983/1991	S	48
	031-33	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden nach Raumzahl	KR	jährlich	1983/1991	S	49
312 31		Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes					
	035-11	Wohngebäude nach Zahl der Wohnungen, Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden nach Raumzahl	GE	jährlich	1996	M	50
32 Umwelt							
322 11		Statistik der öffentlichen Wasserversorgung					
	514-31	Wassergewinnung	KR	3-jährlich	1998	S	51
	514-32	Anschlussgrad, Wasserabgabe	KR	3-jährlich	1998	S	52
322 13		Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung					
	516-31	Anschlussgrade	KR	3-jährlich	1998	S	53
	516-32	Kanalnetz, Abwasserbehandlungsanlagen	KR	3-jährlich	1998	M	54
	516-33	Trockenmasse des entsorgten Klärschlamm	KR	3-jährlich	1998	S	55
322 31		Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden					
	518-31	Wasseraufkommen	KR	3-jährlich	1998	M	56
	518-32	Wasserverwendung und -nutzung	KR	3-jährlich	1998	S	57
	518-33	Abwasserverbleib	KR	3-jährlich	1998	S	58
33 Flächennutzung							
331 11		Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung					
	449-01	Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung	GE	4-jährlich	1984/1992	M	59
41 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei							
411 21		Allgemeine Agrarstrukturhebung					
	115-01	Landwirtschaftliche Betriebe und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) nach Kulturarten	GE	2-jährlich	1999	S	61
	115-02	Landwirtschaftliche Betriebe mit Ackerland und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) nach Fruchtarten	GE	4-jährlich	1999	L	62
	115-03	Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung und Zahl der Tiere	GE	2-jährlich	1999	S	63
	115-31	Landwirtschaftliche Betriebe und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) nach sozialökonomischen Betriebstypen	KR	4-jährlich	1999	S	64
	115-32	Landwirtschaftliche Betriebe und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) nach Größenklassen der LF	KR	2-jährlich	1999	L	65
	115-33	Landwirtschaftliche Betriebe und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) nach Standardbetriebseinkommen	KR	4-jährlich	1999	M	66
	115-34	Landwirtschaftliche Betriebe und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) nach Betriebsformen	KR	4-jährlich	1999	M	67
	115-35	Landwirtschaftliche Betriebe und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) nach Art der Bewirtschaftung	KR	2-jährlich	1999	S	68
	115-36	Erträge ausgewählter landwirtschaftlicher Feldfrüchte	KR	jährlich	1999	M	69
	115-37	Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung und Zahl der Tiere	KR	2-jährlich	1999	M	70

- VII -

EVAS- Nummer	Tabellen- nummer	Erhebung/Tabelleninhalt	Regional- ebene	Perio- dizität	verfügbar ab Be- richtsjahr	Tabellen- größe	Seite
42 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden							
421 11		Monatsbericht einschließlich Auftragseingangserhebung für Betriebe im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden					
	001-11	Betriebe, Beschäftigte	GE	jährlich	1995	S	71
	001-12	Geleistete Arbeiterstunden, Bruttolohn- und -gehaltssumme	GE	jährlich	1995	S	72
	001-41	Betriebe und Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen (WZ93)	KR	jährlich	1995	XL	73
	001-42	Betriebe und Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen	KR	jährlich	1995	M	74
	001-43	Energieverbrauch	KR	jährlich	1995	S	75
	001-34	Umsatz, Auslandsumsatz	KR	jährlich	1999	S	76
422 31		Investitionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden					
	011-51	Betriebe, Beschäftigte, Investitionen	KR	jährlich	1995	S	77
44 Baugewerbe							
442 31		Totalerhebung im Bauhauptgewerbe					
	052-41	Betriebe, Beschäftigte, Gesamtumsatz	KR	jährlich	1995	S	78
45 Handel, Gastgewerbe, Tourismus, KFZ-Handel, Instandhaltung							
455 11		Monatserhebung im Tourismus					
	469-01	Gästebetten, Gästeübernachtungen, Gästeankünfte	GE	jährlich	1983/1991	S	79
	469-31	Beherbergungsbetriebe, Gästebetten, Gästeübernachtungen, Gästeankünfte nach Betriebsarten	KR	jährlich	1996	M	80
46 Verkehr und Nachrichtenübermittlung							
462 41		Statistik der Straßenverkehrsunfälle					
	302-41	Straßenverkehrsunfälle, verunglückte Personen	KR	jährlich	1995	S	81
462 51		Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes, Fahrzeugmängel					
	641-41	Kraftfahrzeugbestand nach Kraftfahrzeugarten	KR	jährlich	1996	S	82
52 Unternehmen und Arbeitsstätten							
523 11		Gewerbeanzeigenstatistik					
	328-31	Gewerbeanmeldungen, -ummeldungen, -abmeldungen	KR	jährlich	1997	S	83
524 11		Insolvenzstatistik					
	325-31	Beantragte Verfahren, Beschäftigte, voraussichtliche Forderungen	KR	jährlich	1999	S	84
61 Preise							
615 11		Statistik der Kaufwerte für Bauland					
	400-41	Veräußerungsfälle, veräußerte Fläche, Kaufsumme, durchschnittlicher Kaufwert nach Baulandarten	KR	jährlich	1996	M	85
71 Öffentliche Haushalte							
711 37		Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden					
	346-21	Bruttoeinnahmen der Gemeinden	GE	jährlich	1995	S	86
	346-22	Brutto- und Nettoausgaben der Gemeinden	GE	jährlich	1995	S	87
	346-41	Bruttoeinnahmen der Kreise - ohne kreisfreie Städte -	KR	jährlich	1995	S	88
	346-42	Brutto- und Nettoausgaben der Kreise - ohne kreisfreie Städte -	KR	jährlich	1995	S	89
712 31		Realsteuervergleich					
	356-11	Istaufkommen, Grundbeträge, Hebesätze, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, Gewerbesteuerumlage und Gewerbesteuerereinnahmer	GE	jährlich	1998	M	90
72 Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen							
722 11,		Schulden öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen					
713 27							
	358-61	Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände, Schulden der kommunalen Eigenbetriebe, Schulden der kommunalen Krankenhäuser	KR	jährlich	1999	S	91
73 Steuern							
731 11		Lohn- und Einkommensteuerstatistik					
	368-01	Lohn- und Einkommensteuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte, Lohn- und Einkommensteuer	GE	3-jährlich	1983/1992	S	92

- VIII -

EVAS- Nummer	Tabellen- nummer	Erhebung/Tabelleninhalt	Regional- ebene	Perio- dizität	verfügbar ab Be- richtsjahr	Tabellen- größe	Seite
-----------------	---------------------	-------------------------	--------------------	-------------------	-----------------------------------	--------------------	-------

74 Personal im öffentlichen Dienst

741 11, **Personalstandstatistik des Bundes**

741 21 **Personalstandstatistik der Länder, Gemeinden und -verbände**

360-61	Beschäftigte des Bundes, der Länder, Gemeinden und -verbände	KR	jährlich	1999	L	93
--------	--	----	----------	------	---	----

360-62	Beschäftigte des Bundes	KR	jährlich	1999	L	94
--------	-------------------------	----	----------	------	---	----

741 21 **Personalstandstatistik der Länder, Gemeinden und -verbände**

360-53	Beschäftigte des Landes	KR	jährlich	1999	L	95
--------	-------------------------	----	----------	------	---	----

360-54	Beschäftigte der Gemeinden und Gemeindeverbände	KR	jährlich	1999	L	96
--------	---	----	----------	------	---	----

82 VGR der Länder

821 11 **Entstehungsrechnung**

426-31	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen	KR	2-jährlich	1984/1992	S	97
--------	-------------------------------------	----	------------	-----------	---	----

824 11 **Umverteilungsrechnung**

666-41	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	KR	3-jährlich	1989/1992	S	98
--------	--	----	------------	-----------	---	----

Tabellenteil

171-01 Feststellung des Gebietsstandes

Regionalebene: Gemeinde Periodizität der Bereitstellung: jährlich Stichtag/Zeitraum: 31.12.

Art der Statistik: Landesstatistik

Rechtsgrundlage: Landesspezifische Regelungen

Gebiet	Gebietsfläche in km ² ¹⁾
	1

¹⁾ Rheinland-Pfalz: Landessumme einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebiets.

171-31 Feststellung des Gebietsstandes

Regionalebene: **Kreis** Periodizität der Bereitstellung: **jährlich** Stichtag/Zeitraum: **31.12.**

Art der Statistik: **Landesstatistik**

Rechtsgrundlage: **Landesspezifische Regelungen**

Gebiet	Zahl der Gemeinden
	1

Definitionen zur Tabelle

Zahl der Gemeinden (171-31)

Bei der Zahl der Gemeinden sind alle kreisfreien Städte bzw. Stadtkreise sowie alle kreisangehörigen Gemeinden eingerechnet.
Nicht einbezogen werden bewohnte bzw. unbewohnte gemeindefreie Gebiete.

Stand der Definitionen: Januar 2001

173-11 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 31.12.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 5 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes i.d.F. der Bek vom 14.03.1980 (BGBl I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16.08.1980 (BGBl I S. 1429)

Lfd. Nr.	Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Bevölkerung		
		insgesamt	männlich	weiblich
		1	2	3
1	unter 6			
2	6 - 15			
3	15 - 18			
4	18 - 25			
5	25 - 30			
6	30 - 50			
7	50 - 65			
8	65 oder mehr			
9	Insgesamt			

Definitionen zur Tabelle

Bevölkerung (173-11, 173-41)

Die Bevölkerung einer Gemeinde umfaßte bis Anfang der 80er Jahre alle Personen, die in dieser Gemeinde die alleinige oder die vorwiegend benutzte Wohnung hatten (Wohnbevölkerung). Seither erfolgt die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes nach der Hauptwohnung der Einwohner (§ 12 Melderechtsrahmengesetz - MRRG, i.d.F. der Bek vom 24. Juni 1994 (BGBl I S. 1430)).

Die jährliche Fortschreibung der Bevölkerung erfolgt mit Hilfe der Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung über die Geburten und Sterbefälle, Eheschließungen und Ehelösungen sowie der Wanderungsstatistik über die Zu- und Fortzüge.

Bei den Bevölkerungsdaten ab 31. Dezember 1987 in den alten Bundesländern handelt es sich um Fortschreibungszahlen, die auf Ergebnissen der Volkszählung vom 25. Mai 1987 basieren, in den neuen Bundesländern ist die am 3. Oktober 1990 festgestellte amtliche Einwohnerzahl die Grundlage. Zur Bevölkerung zählen auch die im Bundesgebiet gemeldeten Ausländer (einschließlich Staatenlose). Nicht zur Bevölkerung gehören hingegen die Angehörigen der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Stand der Definitionen: Januar 2001

173-41 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 31.12.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 5 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes i.d.F. der Bek vom 14.03.1980 (BGBl I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16.08.1980 (BGBl I S. 1429)

Lfd. Nr.	Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Bevölkerung								
		insge- samt	männ- lich	weib- lich	Deutsche ¹⁾²⁾			Ausländer ²⁾³⁾		
					insge- samt	männ- lich	weib- lich	insge- samt	männ- lich	weib- lich
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	unter 3									
2	3 - 6									
3	6 - 10									
4	10 - 15									
5	15 - 18									
6	18 - 20									
7	20 - 25									
8	25 - 30									
9	30 - 35									
10	35 - 40									
11	40 - 45									
12	45 - 50									
13	50 - 55									
14	55 - 60									
15	60 - 65									
16	65 - 75									
17	75 oder mehr									
18	Insgesamt									

¹⁾ Niedersachsen: ab 1989 Bevölkerung insgesamt abzüglich der ausländischen Bevölkerung nach dem Ausländerzentralregister (AZR).

²⁾ Nordrhein-Westfalen: wegen meldetechnischer Unstimmigkeiten sind die Ergebnisse für die kreisfreie Stadt Hamm nur eingeschränkt aussagefähig.

³⁾ Niedersachsen: ab 1989 Ausländerzahlen nach dem Ausländerzentralregister (AZR), ab 1994 Landessumme einschließlich Asylbewerber ohne Regionalnachweis.

Definitionen zur Tabelle

Bevölkerung (173-11, 173-41)

Die Bevölkerung einer Gemeinde umfaßte bis Anfang der 80er Jahre alle Personen, die in dieser Gemeinde die alleinige oder die vorwiegend benutzte Wohnung hatten (Wohnbevölkerung). Seither erfolgt die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes nach der Hauptwohnung der Einwohner (§ 12 Melderechtsrahmengesetz - MRRG, i.d.F. der Bek vom 24. Juni 1994 (BGBl I S. 1430)).

Die jährliche Fortschreibung der Bevölkerung erfolgt mit Hilfe der Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung über die Geburten und Sterbefälle, Eheschließungen und Ehelösungen sowie der Wanderungsstatistik über die Zu- und Fortzüge.

Bei den Bevölkerungsdaten ab 31. Dezember 1987 in den alten Bundesländern handelt es sich um Fortschreibungszahlen, die auf Ergebnissen der Volkszählung vom 25. Mai 1987 basieren, in den neuen Bundesländern ist die am 3. Oktober 1990 festgestellte amtliche Einwohnerzahl die Grundlage. Zur Bevölkerung zählen auch die im Bundesgebiet gemeldeten Ausländer (einschließlich Staatenlose). Nicht zur Bevölkerung gehören hingegen die Angehörigen der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Deutsche (173-41)

Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

Ausländer (173-41)

Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfaßt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

173-32 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahresdurchschnitt

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 5 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes i.d.F. der Bek vom 14.03.1980 (BGBl I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16.08.1980 (BGBl I S. 1429)

Gebiet	Durchschnittliche Jahresbevölkerung		
	insgesamt	männlich	weiblich
	1	2	3

Definitionen zur Tabelle

Durchschnittliche Jahresbevölkerung (173-32)

Während bei der Bevölkerungsfortschreibung die Einwohnerzahl einer Regionaleinheit sich jeweils auf einen bestimmten Stichtag des Jahres (z.B. 31.12.) bezieht, handelt es sich bei der Jahresdurchschnittsbevölkerung um eine Rechengröße, die insbesondere für die Ermittlung von demographischen Zustands- und Ereignismaßen herangezogen wird. Die durchschnittliche Jahresbevölkerung ist hier das arithmetische Mittel aus den Bevölkerungszahlen am Jahresanfang und Jahresende.

Stand der Definitionen: Januar 2001

178-01 Statistik der Geburten

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 2 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes i.d.F. der Bek vom 14.03.1980 (BGBl I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16.08.1980 (BGBl I S. 1429)

Gebiet	Lebendgeborene		
	insgesamt	männlich	weiblich
	1	2	3

Definitionen zur Tabelle

Lebendgeborene (178-01, 178-31)

Lebendgeborene sind Kinder, bei denen nach der Scheidung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat.

Stand der Definitionen: Januar 2001

178-31 Statistik der Geburten

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 2 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes i.d.F. der Bek vom 14.03.1980 (BGBl I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16.08.1980 (BGBl I S. 1429)

Lfd. Nr.	Alter der Mütter von . . . bis unter . . . Jahren	Lebendgeborene ¹⁾					
		insgesamt	männlich	weiblich	Deutsche		
					insgesamt	männlich	weiblich
		1	2	3	4	5	6
1	unter 20						
2	20 - 25						
3	25 - 30						
4	30 - 35						
5	35 - 40						
6	40 oder mehr						
7	Insgesamt						

¹⁾ Hessen: Fälle "ohne Angabe zum Alter" sind in der Altersgruppe der Mütter "unter 20 Jahren" enthalten.

Definitionen zur Tabelle

Lebendgeborene (178-01, 178-31)

Lebendgeborene sind Kinder, bei denen nach der Scheidung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen oder die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat.

Altersgruppen der Mütter (178-31)

Das Alter der Mutter bei der Geburt wird berechnet als Differenz zwischen dem Berichtsjahr und dem Geburtsjahr der Mutter.

Die Addition der Altersgruppen ergibt u.U. nicht den Insgesamt-Wert, da dieser auch die Fälle „ohne Angabe zum Alter“ beinhaltet.

Stand der Definitionen: Januar 2001

179-01 Statistik der Sterbefälle

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 2 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes i.d.F. der Bek vom 14.03.1980 (BGBl I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16.08.1980 (BGBl I S. 1429)

Gebiet	Gestorbene		
	insgesamt	männlich	weiblich
	1	2	3

Definitionen zur Tabelle

Sterbefälle (179-01, 179-31)

Als Sterbefälle werden die im Berichtszeitraum Gestorbenen ausgewiesen, ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und ohne gerichtliche Todeserklärungen.

Stand der Definitionen: Januar 2001

179-31 Statistik der Sterbefälle

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 2 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes i.d.F. der Bek vom 14.03.1980 (BGBl I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16.08.1980 (BGBl I S. 1429)

Lfd. Nr.	Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Gestorbene					
		insgesamt	männlich	weiblich	Deutsche		
					insgesamt	männlich	weiblich
		1	2	3	4	5	6
1	unter 1						
2	1 - 5						
3	5 - 10						
4	10 - 15						
5	15 - 20						
6	20 - 25						
7	25 - 30						
8	30 - 35						
9	35 - 40						
10	40 - 45						
11	45 - 50						
12	50 - 55						
13	55 - 60						
14	60 - 65						
15	65 - 70						
16	70 - 75						
17	75 oder mehr						
18	Insgesamt						

Definitionen zur Tabelle

Sterbefälle (179-01, 179-31)

Als Sterbefälle werden die im Berichtszeitraum Gestorbenen ausgewiesen, ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und ohne gerichtliche Todeserklärungen.

Altersgruppen (179-31)

Das Alter eines Verstorbenen wird aus den Angaben zum Todestag und zum Geburtstag berechnet.

Die Addition der Altersgruppen ergibt u.U. nicht den Insgesamt-Wert, da dieser auch die Fälle „ohne Angabe zum Alter“ beinhaltet.

Stand der Definitionen: Januar 2001

182-01 Wanderungsstatistik

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 4 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes i.d.F. der Bek vom 14.03.1980 (BGBl I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16.08.1980 (BGBl I S. 1429)

Gebiet	Wanderungen über die Gemeindegrenzen	
	Zuzüge	Fortzüge
	1	2

Definitionen zur Tabelle

Die Wanderungsstatistik wird einheitlich für das gesamte Bundesgebiet durchgeführt. Sie erstreckt sich auf die Wanderungen über die Gemeinde- und Kreisgrenzen innerhalb des Bundesgebiets (Bundesbinnenwanderung) sowie über die Grenzen des Bundesgebiets (Bundesaußenwanderung). Unberücksichtigt bleiben die Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge). Als Wanderung im vorstehenden Sinne gilt jedes Beziehen einer Hauptwohnung und jeder Auszug aus einer Hauptwohnung (Wohnungswechsel). Gäste in Beherbergungsstätten, Anstaltsinsassen und Besucher bei Verwandten oder Bekannten werden dementsprechend nur erfasst, wenn ihr Aufenthalt gemäß der Meldepflicht von längerer Dauer ist. Die Einberufungen und Entlassungen von Wehrpflichtigen gelten nicht als Wanderungen. Ebenfalls findet bei Vollzug von Straf- oder Untersuchungshaft und Sicherungsverwahrung keine An- oder Abmeldung statt, soweit eine weitere Wohnung im Bereich des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vorhanden ist, wie dies auch für Personen in Polizeigewahrsam der Fall ist.

Mitberücksichtigt werden bei den Zu- und Fortzügen auch die im Hinblick auf das Herkunfts- bzw. Zielgebiet ungeklärten Fälle und Fälle ohne Angabe.

Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen (182-01, 182-31, 182-32)

Zu- und Fortzüge werden überwiegend mittels der Anmeldescheine festgestellt. Innerhalb des Bundesgebiets wird jeder Bezug einer Hauptwohnung in einer neuen Gemeinde gleichzeitig als Fortzug aus der bisherigen Wohngemeinde gezählt. Nur Fortzüge in Gebiete außerhalb des Bundesgebiets werden mittels der Abmeldescheine festgestellt.

Als Zuzug gilt, wenn jemand in einer Gemeinde, in der er nicht bereits mit einer Hauptwohnung angemeldet ist, eine Hauptwohnung bezieht und sich dort anmeldet.

Als Fortzug gilt, wenn jemand innerhalb des Bundesgebiets umzieht und dieser Umzug in der Gemeinde, in der er sich anmeldet, als Zuzug gilt oder wenn sich jemand aus einer Gemeinde im Bundesgebiet ins Ausland abmeldet, ohne noch mit einer weiteren Wohnung in der Bundesrepublik angemeldet zu sein.

Stand der Definitionen: Januar 2001

182-31 Wanderungsstatistik

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 4 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes i.d.F. der Bek vom 14.03.1980 (BGBl I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16.08.1980 (BGBl I S. 1429)

Lfd. Nr.	Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Wanderungen über die Gemeindegrenzen			
		Zuzüge		Fortzüge	
		insgesamt	darunter über die Grenzen des Bundesgebiets ¹⁾	insgesamt	darunter über die Grenzen des Bundesgebiets ¹⁾
		1	2	3	4
1	unter 18				
2	18 - 25				
3	25 - 30				
4	30 - 50				
5	50 - 65				
6	65 oder mehr				
7	Insgesamt				

¹⁾ Bis 1990 Bundesgebiet ohne Gebiet der ehemaligen DDR (jeweiliger Gebietsstand); ab 1991 Bundesgebiet einschließlich Gebiet der ehemaligen DDR (jeweiliger Gebietsstand).

Definitionen zur Tabelle

Die Wanderungsstatistik wird einheitlich für das gesamte Bundesgebiet durchgeführt. Sie erstreckt sich auf die Wanderungen über die Gemeinde- und Kreisgrenzen innerhalb des Bundesgebiets (Bundesinnenwanderung) sowie über die Grenzen des Bundesgebiets (Bundesaußenwanderung). Unberücksichtigt bleiben die Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge). Als Wanderung im vorstehenden Sinne gilt jedes Beziehen einer Hauptwohnung und jeder Auszug aus einer Hauptwohnung (Wohnungswechsel). Gäste in Beherbergungsstätten, Anstaltsinsassen und Besucher bei Verwandten oder Bekannten werden dementsprechend nur erfaßt, wenn ihr Aufenthalt gemäß der Meldepflicht von längerer Dauer ist. Die Einberufungen und Entlassungen von Wehrpflichtigen gelten nicht als Wanderungen. Ebenfalls findet bei Vollzug von Straf- oder Untersuchungshaft und Sicherungsverwahrung keine An- oder Abmeldung statt, soweit eine weitere Wohnung im Bereich des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vorhanden ist, wie dies auch für Personen in Polizeigewahrsam der Fall ist.

Mitberücksichtigt werden bei den Zu- und Fortzügen auch die im Hinblick auf das Herkunfts- bzw. Zielgebiet ungeklärten Fälle und Fälle ohne Angabe.

Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen (182-01, 182-31, 182-32)

Zu- und Fortzüge werden überwiegend mittels der Anmeldescheine festgestellt. Innerhalb des Bundesgebiets wird jeder Bezug einer Hauptwohnung in einer neuen Gemeinde gleichzeitig als Fortzug aus der bisherigen Wohngemeinde gezählt. Nur Fortzüge in Gebiete außerhalb des Bundesgebiets werden mittels der Abmeldescheine festgestellt.

Als Zuzug gilt, wenn jemand in einer Gemeinde, in der er nicht bereits mit einer Hauptwohnung angemeldet ist, eine Hauptwohnung bezieht und sich dort anmeldet.

Als Fortzug gilt, wenn jemand innerhalb des Bundesgebiets umzieht und dieser Umzug in der Gemeinde, in der er sich anmeldet, als Zuzug gilt oder wenn sich jemand aus einer Gemeinde im Bundesgebiet ins Ausland abmeldet, ohne noch mit einer weiteren Wohnung in der Bundesrepublik angemeldet zu sein.

Stand der Definitionen: Januar 2001

182-32 Wanderungsstatistik

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 4 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes i.d.F. der Bek vom 14.03.1980 (BGBl I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16.08.1980 (BGBl I S. 1429)

Lfd. Nr.	Staatsangehörigkeit	Wanderungen über die Gemeindegrenzen			
		Zuzüge		Fortzüge	
		insgesamt	darunter über die Grenzen des Bundesgebiets ¹⁾	insgesamt	darunter über die Grenzen des Bundesgebiets ¹⁾
		1	2	3	4
1	Deutsche				
2	Ausländer				
3	Insgesamt				

¹⁾ Bis 1990 Bundesgebiet ohne Gebiet der ehemaligen DDR (jeweiliger Gebietsstand); ab 1991 Bundesgebiet einschließlich Gebiet der ehemaligen DDR (jeweiliger Gebietsstand).

Definitionen zur Tabelle

Die Wanderungsstatistik wird einheitlich für das gesamte Bundesgebiet durchgeführt. Sie erstreckt sich auf die Wanderungen über die Gemeinde- und Kreisgrenzen innerhalb des Bundesgebiets (Bundesinnenwanderung) sowie über die Grenzen des Bundesgebiets (Bundesaußenwanderung). Unberücksichtigt bleiben die Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge). Als Wanderung im vorstehenden Sinne gilt jedes Beziehen einer Hauptwohnung und jeder Auszug aus einer Hauptwohnung (Wohnungswechsel). Gäste in Beherbergungsstätten, Anstaltsinsassen und Besucher bei Verwandten oder Bekannten werden dementsprechend nur erfasst, wenn ihr Aufenthalt gemäß der Meldepflicht von längerer Dauer ist. Die Einberufungen und Entlassungen von Wehrpflichtigen gelten nicht als Wanderungen. Ebenfalls findet bei Vollzug von Straf- oder Untersuchungshaft und Sicherungsverwahrung keine An- oder Abmeldung statt, soweit eine weitere Wohnung im Bereich des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vorhanden ist, wie dies auch für Personen in Polizeigewahrsam der Fall ist.

Mitberücksichtigt werden bei den Zu- und Fortzügen auch die im Hinblick auf das Herkunfts- bzw. Zielgebiet ungeklärten Fälle und Fälle ohne Angabe.

Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen (182-01, 182-31, 182-32)

Zu- und Fortzüge werden überwiegend mittels der Anmeldescheine festgestellt. Innerhalb des Bundesgebiets wird jeder Bezug einer Hauptwohnung in einer neuen Gemeinde gleichzeitig als Fortzug aus der bisherigen Wohngemeinde gezählt. Nur Fortzüge in Gebiete außerhalb des Bundesgebiets werden mittels der Abmeldescheine festgestellt.

Als Zuzug gilt, wenn jemand in einer Gemeinde, in der er nicht bereits mit einer Hauptwohnung angemeldet ist, eine Hauptwohnung bezieht und sich dort anmeldet.

Als Fortzug gilt, wenn jemand innerhalb des Bundesgebiets umzieht und dieser Umzug in der Gemeinde, in der er sich anmeldet, als Zuzug gilt oder wenn sich jemand aus einer Gemeinde im Bundesgebiet ins Ausland abmeldet, ohne noch mit einer weiteren Wohnung in der Bundesrepublik angemeldet zu sein.

Deutsche (182-32, 182-35)

Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

Ausländer (182-32, 182-35)

Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfasst.

Stand der Definitionen: Januar 2001

182-34 Wanderungsstatistik

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 4 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes i.d.F. der Bek vom 14.03.1980 (BGBl I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16.08.1980 (BGBl I S. 1429)

Lfd. Nr.	Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Wanderungen über die Kreisgrenzen	
		Zuzüge	Fortzüge
		1	2
1	unter 18		
2	18 - 25		
3	25 - 30		
4	30 - 50		
5	50 - 65		
6	65 oder mehr		
7	Insgesamt		

Definitionen zur Tabelle

Die Wanderungsstatistik wird einheitlich für das gesamte Bundesgebiet durchgeführt. Sie erstreckt sich auf die Wanderungen über die Gemeinde- und Kreisgrenzen innerhalb des Bundesgebiets (Bundesbinnenwanderung) sowie über die Grenzen des Bundesgebiets (Bundesaußenwanderung). Unberücksichtigt bleiben die Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge). Als Wanderung im vorstehenden Sinne gilt jedes Beziehen einer Hauptwohnung und jeder Auszug aus einer Hauptwohnung (Wohnungswechsel). Gäste in Beherbergungsstätten, Anstaltsinsassen und Besucher bei Verwandten oder Bekannten werden dementsprechend nur erfasst, wenn ihr Aufenthalt gemäß der Meldepflicht von längerer Dauer ist. Die Einberufungen und Entlassungen von Wehrpflichtigen gelten nicht als Wanderungen. Ebenfalls findet bei Vollzug von Straf- oder Untersuchungshaft und Sicherungsverwahrung keine An- oder Abmeldung statt, soweit eine weitere Wohnung im Bereich des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vorhanden ist, wie dies auch für Personen in Polizeigewahrsam der Fall ist.

Mitberücksichtigt werden bei den Zu- und Fortzügen auch die im Hinblick auf das Herkunfts- bzw. Zielgebiet ungeklärten Fälle und Fälle ohne Angabe.

Zu- und Fortzüge über die Kreisgrenzen (182-34, 182-35)

Zu- und Fortzüge werden überwiegend mittels der Anmeldescheine festgestellt. Innerhalb des Bundesgebiets wird jeder Bezug einer Hauptwohnung in einer neuen Regionaleinheit gleichzeitig als Fortzug aus der bisherigen Regionaleinheit gezählt. Nur Fortzüge in Gebiete außerhalb des Bundesgebiets werden mittels der Abmeldescheine festgestellt. Die in diesen Tabellen dargestellten Werte sind niedriger als die Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen, weil hier nicht die Wanderungen innerhalb eines Kreises berücksichtigt werden.

Als Zuzug über die Kreisgrenze gilt, wenn jemand in einem Kreis, in dem er nicht bereits mit einer Hauptwohnung angemeldet ist, eine Hauptwohnung bezieht und sich dort anmeldet.

Als Fortzug über die Kreisgrenze gilt, wenn jemand innerhalb des Bundesgebiets umzieht und dieser Umzug in dem Kreis, in dem er sich anmeldet, als Zuzug gilt oder wenn sich jemand aus einem Kreis im Bundesgebiet ins Ausland abmeldet, ohne noch mit einer weiteren Wohnung in der Bundesrepublik angemeldet zu sein.

Stand der Definitionen: Januar 2001

182-35 Wanderungsstatistik

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 4 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes i.d.F. der Bek vom 14.03.1980 (BGBl I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 16.08.1980 (BGBl I S. 1429)

Lfd. Nr.	Staatsangehörigkeit	Wanderungen über die Kreisgrenzen	
		Zuzüge	Fortzüge
		1	2
1	Deutsche		
2	Ausländer		
3	Insgesamt		

Definitionen zur Tabelle

Die Wanderungsstatistik wird einheitlich für das gesamte Bundesgebiet durchgeführt. Sie erstreckt sich auf die Wanderungen über die Gemeinde- und Kreisgrenzen innerhalb des Bundesgebiets (Bundesbinnenwanderung) sowie über die Grenzen des Bundesgebiets (Bundesaußenwanderung). Unberücksichtigt bleiben die Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge). Als Wanderung im vorstehenden Sinne gilt jedes Beziehen einer Hauptwohnung und jeder Auszug aus einer Hauptwohnung (Wohnungswechsel). Gäste in Beherbergungsstätten, Anstaltsinsassen und Besucher bei Verwandten oder Bekannten werden dementsprechend nur erfasst, wenn ihr Aufenthalt gemäß der Meldepflicht von längerer Dauer ist. Die Einberufungen und Entlassungen von Wehrpflichtigen gelten nicht als Wanderungen. Ebenfalls findet bei Vollzug von Straf- oder Untersuchungshaft und Sicherungsverwahrung keine An- oder Abmeldung statt, soweit eine weitere Wohnung im Bereich des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vorhanden ist, wie dies auch für Personen in Polizeigewahrsam der Fall ist.

Mitberücksichtigt werden bei den Zu- und Fortzügen auch die im Hinblick auf das Herkunfts- bzw. Zielgebiet ungeklärten Fälle und Fälle ohne Angabe.

Zu- und Fortzüge über die Kreisgrenzen (182-34, 182-35)

Zu- und Fortzüge werden überwiegend mittels der Anmeldescheine festgestellt. Innerhalb des Bundesgebiets wird jeder Bezug einer Hauptwohnung in einer neuen Regionaleinheit gleichzeitig als Fortzug aus der bisherigen Regionaleinheit gezählt. Nur Fortzüge in Gebiete außerhalb des Bundesgebiets werden mittels der Abmeldescheine festgestellt. Die in diesen Tabellen dargestellten Werte sind niedriger als die Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen, weil hier nicht die Wanderungen innerhalb eines Kreises berücksichtigt werden.

Als Zuzug über die Kreisgrenze gilt, wenn jemand in einem Kreis, in dem er nicht bereits mit einer Hauptwohnung angemeldet ist, eine Hauptwohnung bezieht und sich dort anmeldet.

Als Fortzug über die Kreisgrenze gilt, wenn jemand innerhalb des Bundesgebiets umzieht und dieser Umzug in dem Kreis, in dem er sich anmeldet, als Zuzug gilt oder wenn sich jemand aus einem Kreis im Bundesgebiet ins Ausland abmeldet, ohne noch mit einer weiteren Wohnung in der Bundesrepublik angemeldet zu sein.

Deutsche (182-32, 182-35)

Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

Ausländer (182-32, 182-35)

Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfasst.

Stand der Definitionen: Januar 2001

254-11 Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Bis 31.12.1997: Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25.06.1969 (BGBl I S. 582), zuletzt geändert durch Art. 30 des Gesetzes vom 20.12.1996 (BGBl I S. 2049)
Seit 01.01.1998: Drittes Buch Sozialgesetzbuch-Arbeitsförderung (SGB III) vom 24.03.1997 (BGBl I S. 594), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.12.1997 (BGBl I S. 2998)

Gebiet	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort						
	insgesamt	Deutsche			Ausländer		
		zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	1	2	3	4	5	6	7

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte am Arbeitsort (254-04, 254-11, 254-35, 254-39, 254-42, 254-43, 254-54)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfasst sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten.

Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Arbeitsortprinzip werden die Beschäftigten der Gemeinde zugeordnet, in der der Betrieb liegt, in dem sie beschäftigt sind.

Deutsche (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

Ausländer (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfasst.

Stand der Definitionen: Januar 2001

254-03 Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Bis 31.12.1997: Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25.06.1969 (BGBl I S. 582), zuletzt geändert durch Art. 30 des Gesetzes vom 20.12.1996 (BGBl I S. 2049)
Seit 01.01.1998: Drittes Buch Sozialgesetzbuch-Arbeitsförderung (SGB III) vom 24.03.1997 (BGBl I S. 594), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.12.1997 (BGBl I S. 2998)

Gebiet	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort						
	insgesamt	Deutsche			Ausländer		
		zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	1	2	3	4	5	6	7

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte am Wohnort (254-03, 254-04, 254-36, 254-37, 254-38, 254-39)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfaßt sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten.

Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip erfolgt die Zuordnung der Beschäftigten zum Wohnort nach den dem Arbeitgeber mitgeteilten Angaben.

Deutsche (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

Ausländer (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige. Die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfaßt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

254-35 Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Bis 31.12.1997: Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25.06.1969 (BGBl I S. 582), zuletzt geändert durch Art. 30 des Gesetzes vom 20.12.1996 (BGBl I S. 2049)
Seit 01.01.1998: Drittes Buch Sozialgesetzbuch-Arbeitsförderung (SGB III) vom 24.03.1997 (BGBl I S. 594), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.12.1997 (BGBl I S. 2998)

Lfd. Nr.	Beschäftigungsumfang	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort						
		insgesamt	Deutsche			Ausländer		
			zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
		1	2	3	4	5	6	7
1	Vollzeitbeschäftigte							
2	Teilzeitbeschäftigte							
3	Insgesamt							

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte am Arbeitsort (254-04, 254-11, 254-35, 254-39, 254-42, 254-43, 254-54)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfasst sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten.

Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Arbeitsortprinzip werden die Beschäftigten der Gemeinde zugeordnet, in der der Betrieb liegt, in dem sie beschäftigt sind.

Deutsche (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

Ausländer (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfasst.

Stand der Definitionen: Januar 2001

254-36 Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Bis 31.12.1997: Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25.06.1969 (BGBl I S. 582), zuletzt geändert durch Art. 30 des Gesetzes vom 20.12.1996 (BGBl I S. 2049)
Seit 01.01.1998: Drittes Buch Sozialgesetzbuch-Arbeitsförderung (SGB III) vom 24.03.1997 (BGBl I S. 594), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.12.1997 (BGBl I S. 2998)

Lfd. Nr.	Beschäftigungsumfang	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort						
		insgesamt	Deutsche			Ausländer		
			zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
		1	2	3	4	5	6	7
1	Vollzeitbeschäftigte							
2	Teilzeitbeschäftigte							
3	Insgesamt							

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte am Wohnort (254-03, 254-04, 254-36, 254-37, 254-38, 254-39)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfasst sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten.

Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip erfolgt die Zuordnung der Beschäftigten zum Wohnort nach den dem Arbeitgeber mitgeteilten Angaben.

Deutsche (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

Ausländer (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfasst.

Stand der Definitionen: Januar 2001

254-42 Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Bis 31.12.1997: Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25.06.1969 (BGBl I S. 582), zuletzt geändert durch Art. 30 des Gesetzes vom 20.12.1996 (BGBl I S. 2049)
Seit 01.01.1998: Drittes Buch Sozialgesetzbuch-Arbeitsförderung (SGB III) vom 24.03.1997 (BGBl I S. 594), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.12.1997 (BGBl I S. 2998)

Lfd. Nr.	Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort						
		insgesamt	Deutsche			Ausländer		
			zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
		1	2	3	4	5	6	7
1	unter 20							
2	20 – 25							
3	25 – 30							
4	30 – 50							
5	50 – 60							
6	60 – 65							
7	65 oder mehr							
8	Insgesamt							

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte am Arbeitsort (254-04, 254-11, 254-35, 254-39, 254-42, 254-43, 254-54)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfaßt sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten.

Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Arbeitsortprinzip werden die Beschäftigten der Gemeinde zugeordnet, in der der Betrieb liegt, in dem sie beschäftigt sind.

Deutsche (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

Ausländer (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfaßt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

254-37 Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Bis 31.12.1997: Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25.06.1969 (BGBl I S. 582), zuletzt geändert durch Art. 30 des Gesetzes vom 20.12.1996 (BGBl I S. 2049)
Seit 01.01.1998: Drittes Buch Sozialgesetzbuch-Arbeitsförderung (SGB III) vom 24.03.1997 (BGBl I S. 594), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.12.1997 (BGBl I S. 2998)

Lfd. Nr.	Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort						
		insgesamt	Deutsche			Ausländer		
			zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
		1	2	3	4	5	6	7
1	unter 20							
2	20 – 25							
3	25 – 30							
4	30 – 50							
5	50 – 60							
6	60 – 65							
7	65 oder mehr							
8	Insgesamt							

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte am Wohnort (254-03, 254-04, 254-36, 254-37, 254-38, 254-39)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfaßt sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten. Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip erfolgt die Zuordnung der Beschäftigten zum Wohnort nach den dem Arbeitgeber mitgeteilten Angaben.

Deutsche (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

Ausländer (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfaßt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

254-43 Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Bis 31.12.1997: Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25.06.1969 (BGBl I S. 582), zuletzt geändert durch Art. 30 des Gesetzes vom 20.12.1996 (BGBl I S. 2049)
Seit 01.01.1998: Drittes Buch Sozialgesetzbuch-Arbeitsförderung (SGB III) vom 24.03.1997 (BGBl I S. 594), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.12.1997 (BGBl I S. 2998)

Lfd. Nr.	Art der Ausbildung	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort						
		insgesamt	Deutsche			Ausländer		
			zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
		1	2	3	4	5	6	7
1	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung							
2	Mit abgeschlossener Berufsausbildung							
3	Mit Abschluß an einer höheren Fachschule, Fachhochschule, Hochschule							
4	Insgesamt (einschl. ohne Angabe)							

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte am Arbeitsort (254-04, 254-11, 254-35, 254-39, 254-42, 254-43, 254-54)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfaßt sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten. Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Arbeitsortprinzip werden die Beschäftigten der Gemeinde zugeordnet, in der der Betrieb liegt, in dem sie beschäftigt sind.

Deutsche (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

Ausländer (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfaßt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

254-38 Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Bis 31.12.1997: Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 25.06.1969 (BGBl I S. 582), zuletzt geändert durch Art. 30 des Gesetzes vom 20.12.1996 (BGBl I S. 2049)
Seit 01.01.1998: Drittes Buch Sozialgesetzbuch-Arbeitsförderung (SGB III) vom 24.03.1997 (BGBl I S. 594), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.12.1997 (BGBl I S. 2998)

Lfd. Nr.	Art der Ausbildung	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort						
		insgesamt	Deutsche			Ausländer		
			zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
		1	2	3	4	5	6	7
1	Ohne abgeschlossene Berufsausbildung							
2	Mit abgeschlossener Berufsausbildung							
3	Mit Abschluß an einer höheren Fachschule, Fachhochschule, Hochschule							
4	Insgesamt (einschl. ohne Angabe)							

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte am Wohnort (254-03, 254-04, 254-36, 254-37, 254-38, 254-39)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfaßt sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten.

Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip erfolgt die Zuordnung der Beschäftigten zum Wohnort nach den dem Arbeitgeber mitgeteilten Angaben.

Deutsche (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

Ausländer (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfaßt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

254-54 Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Drittes Buch Sozialgesetzbuch-Arbeitsförderung (SGB III) vom 24.03.1997 (BGBl I S. 594), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.12.1997 (BGBl I S. 2998)

Lfd. Nr.	Wirtschaftszweige (Abschnitte der WZ93)	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort						
		insgesamt	Deutsche			Ausländer		
			zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
		1	2	3	4	5	6	7
1	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (A, B)							
2	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (C)							
3	Verarbeitendes Gewerbe (D)							
4	Energie- und Wasserversorgung (E)							
5	Baugewerbe (F)							
6	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern (G)							
7	Gastgewerbe (H)							
8	Verkehr und Nachrichtenübermittlung (I)							
9	Kredit- und Versicherungsgewerbe (J)							
10	Grundstücks- und Wohnungswesen, Ver- mietung und Erbringung von Dienst- leistungen für Unternehmen (K)							
11	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung; Exterritoriale Organisationen und Körperschaften (L, Q)							
12	Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen; Private Haushalte (M, N, O, P)							
13	Insgesamt (einschl. ohne Angabe)							

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte am Arbeitsort (254-04, 254-11, 254-35, 254-39, 254-42, 254-43, 254-54)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfaßt sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten.

Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Arbeitsortprinzip werden die Beschäftigten der Gemeinde zugeordnet, in der der Betrieb liegt, in dem sie beschäftigt sind.

Deutsche (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

Ausländer (254-03, 254-11, 254-35, 254-36, 254-37, 254-38, 254-42, 254-43, 254-54)

Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfaßt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

254-04 Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Drittes Buch Sozialgesetzbuch-Arbeitsförderung (SGB III) vom 24.03.1997 (BGBl I S. 594), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.12.1997 (BGBl I S. 2998)

Lfd. Nr.	Geschlecht	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am				Pendler- saldo
		Arbeitsort		Wohnort		
		insgesamt	darunter Einpendler/Ein- pendlerinnen über Gemeindegrenzen	insgesamt	darunter Auspendler/Aus- pendlerinnen über Gemeindegrenzen	
		1	2	3	4	5
1	männlich					
2	weiblich					
3	Insgesamt					

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte am Wohnort (254-03, 254-04, 254-36, 254-37, 254-38, 254-39)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfaßt sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten.

Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip erfolgt die Zuordnung der Beschäftigten zum Wohnort nach den dem Arbeitgeber mitgeteilten Angaben.

Beschäftigte am Arbeitsort (254-04, 254-11, 254-35, 254-39, 254-42, 254-43, 254-54)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfaßt sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten.

Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Arbeitsortprinzip werden die Beschäftigten der Gemeinde zugeordnet, in der der Betrieb liegt, in dem sie beschäftigt sind.

Pendlersaldo (254-04, 254-39)

Der Pendlersaldo errechnet sich aus der Differenz zwischen den Beschäftigten am Arbeitsort abzüglich den Beschäftigten am Wohnort.

Stand der Definitionen: Januar 2001

254-39 Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Drittes Buch Sozialgesetzbuch-Arbeitsförderung (SGB III) vom 24.03.1997 (BGBl I S. 594), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16.12.1997 (BGBl I S. 2998)

Lfd. Nr.	Geschlecht	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am				Pendler- saldo
		Arbeitsort		Wohnort		
		insgesamt	darunter Einpendler/Ein- pendlerinnen über Kreisgrenzen	insgesamt	darunter Auspendler/Aus- pendlerinnen über Kreisgrenzen	
		1	2	3	4	
1	männlich					
2	weiblich					
3	Insgesamt					

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte am Wohnort (254-03, 254-04, 254-36, 254-37, 254-38, 254-39)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfaßt sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten.

Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Wohnortprinzip erfolgt die Zuordnung der Beschäftigten zum Wohnort nach den dem Arbeitgeber mitgeteilten Angaben.

Beschäftigte am Arbeitsort (254-04, 254-11, 254-35, 254-39, 254-42, 254-43, 254-54)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeiter und Angestellten einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u.a.), die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung nach dem Arbeitsförderungsgesetz AFG) oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfaßt sind grundsätzlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Beamte sowie jene Arbeitnehmer, die aufgrund einer nur geringfügigen Beschäftigung keiner Versicherungspflicht unterliegen. Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten.

Beim Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem Arbeitsortprinzip werden die Beschäftigten der Gemeinde zugeordnet, in der der Betrieb liegt, in dem sie beschäftigt sind.

Pendlersaldo (254-04, 254-39)

Der Pendlersaldo errechnet sich aus der Differenz zwischen den Beschäftigten am Arbeitsort abzüglich den Beschäftigten am Wohnort.

Stand der Definitionen: Januar 2001

659-31 Arbeitsmarktstatistik der Arbeitsverwaltung und -vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Quartalsende

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: §§ 280 und 281 Sozialgesetzbuch, Drittes Buch (SGB III) vom 24.03.1997

Gebiet	Arbeitslose insgesamt				Arbeitslosenquote in %			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
	1	2	3	4	5	6	7	8

Definitionen zur Tabelle

Arbeitslose (659-31)

Arbeitslose sind Arbeitsuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrem zuständigen Arbeitsamt gemeldet haben.

Arbeitsuchender im Sinne der Arbeitsmarktstatistik ist, wer in der Bundesrepublik Deutschland wohnt, sich wegen der Vermittlung in ein Beschäftigungsverhältnis von mehr als 7 Kalendertagen im In- oder Ausland beim Arbeitsamt gemeldet hat, die angestrebte Arbeitnehmertätigkeit ausüben kann und darf und das 15. Lebensjahr vollendet hat. Bei Arbeitsuchenden wird zwischen Arbeitslosen und nichtarbeitslosen Arbeitsuchenden unterschieden. Die Arbeitslosenzahlen wurden aus den Ergebnissen der computergestützten Arbeitsvermittlung (coArb) der Bundesanstalt für Arbeit entnommen. Programmbedingt sind geringfügige Abweichungen zu anderen Auswertungen möglich.

Arbeitslosenquote (659-31)

Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).

Diese Berechnungsmethode findet in den alten Bundesländern ab Januar 1990 und in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) ab Januar 1993 Anwendung.

Stand der Definitionen: Januar 2001

638-31 Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahresdurchschnitt

Art der Statistik: Sonderauswertung

Rechtsgrundlage: Landesspezifische Regelungen

Gebiet	Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt in 1 000					
	insgesamt	davon				
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	sonstige Dienstleistungsunternehmen	Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck
	1	2	3	4	5	6

Definitionen zur Tabelle

Erwerbstätige (638-31)

Als Erwerbstätige zählen grundsätzlich alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, die selbständig ein Gewerbe, eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben, einschließlich mithelfende Familienangehörige sowie Soldaten und Zivildienstleistende. Erwerbstätige Personen, die gleichzeitig mehrere Tätigkeiten ausüben, werden nur einmal gezählt; der fachliche Nachweis erfolgt stets nach der Haupttätigkeit. Die wirtschaftssystematische Zuordnung erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Betriebes.

Ausgangsbasis der Erwerbstätigenrechnung sind die Ergebnisse der Volkszählung und der (nichtlandwirtschaftlichen) Arbeitsstättenzählung 1987, die unter Verwendung weiterer erwerbsstatistischer Quellen aufeinander abgestimmt und nach der Systematik der Wirtschaftszweige 1979 (Fassung für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) in Jahresdurchschnittswerte umgerechnet wurden. Die Werte des Basisjahres 1987 werden mit geeigneten Indikatoren fortgeschrieben, wobei alle verfügbaren erwerbsstatistischen Quellen herangezogen werden. Die Erwerbstätigenrechnung für Kreise wird an die Bundes- bzw. Länderrechnung angepaßt.

Für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost wurde die Erwerbstätigenrechnung 1990 auf der Basis der Berufstätigenerhebung durchgeführt. Da jedoch - zumindest für die Jahre 1991 und 1992 - keine geeigneten Fortschreibungsquellen vorlagen, war eine Fortschreibung wie in den alten Bundesländern nicht realisierbar. Aus diesem Grund wurde ein Alternativrechenverfahren entwickelt. Dabei wird unter Zuhilfenahme verschiedenster erwerbsstatistischer Quellen eine Aufteilung der Bundeswerte-Ost auf Länder und Kreise vorgenommen.

Die Ergebnisse werden nach dem Arbeitsortkonzept (Inlandskonzept) in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen dargestellt. Nach diesem Konzept werden im Inland tätige Ausländer (Einpendler) mit erfaßt, nicht jedoch Inländer, die im Ausland beschäftigt sind (Auspendler). Für Zwecke der Arbeitsmarktbeobachtung wurde das Inlandskonzept insoweit modifiziert, als Inländer, die bei ausländischen Vertretungen bzw. ausländischen Streitkräften im Inland beschäftigt sind, einbezogen werden.

Stand der Definitionen: Januar 2001

252-31 Allgemeine Bundestagswahlstatistik

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 4-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** verschieden

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 51 Abs. 1 Bundeswahlgesetz i.d.F. der Bek vom 23.07.1993 (BGBl I S. 1288), geändert durch Gesetz vom 10.05.1994 (BGBl I S. 993, 2417)

Gebiet	Bundestagswahl ¹⁾²⁾								
	Wahl- berechtigte	Wahlbe- teiligung in % ³⁾	Gültige Zweit- stimmen ³⁾	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
				CDU ⁴⁾	SPD	GRÜNE	F.D.P. ⁵⁾	PDS	Sonstige
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

¹⁾ Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen: 1994: Kreise ohne Briefwahlergebnisse, Landessumme einschließlich Briefwahlergebnis.

²⁾ Thüringen: Ergebnisse des Ortsteiles Cunsdorf sind im Landkreis Greiz enthalten.

³⁾ Baden-Württemberg: vor 1994 ohne Briefwähler.

⁴⁾ Bayern: CSU.

⁵⁾ Baden-Württemberg: F.D.P./DVP.

Definitionen zur Tabelle

Das Ergebnis der Zweitstimmen ist für die Sitzverteilung maßgebend. Bei der Sitzverteilung auf die Landeslisten der Parteien werden nur solche berücksichtigt, die mindestens 5% der Zweitstimmen im Wahlgebiet (Bundesrepublik Deutschland) oder in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz erhalten haben (Sperrklausel).

Die Erststimmen dienen der Direktwahl eines Bewerbers im Wahlkreis (Mehrheitswahl). Die von einer Partei erworbenen Direktmandate werden auf die Listenmandate angerechnet. Gewinnt eine Partei mehr Direktmandate als ihr nach dem Zweitstimmenanteil zustehen, so behält sie diese Mandate (Überhangmandate).

Wahlberechtigte (252-31)

Wahlberechtigt sind alle Deutschen, die am Wahltag

- a) das 18. Lebensjahr vollendet haben,
- b) seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten,
- c) nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind,
- d) in Gebieten außerhalb des Wahlgebietes leben, wenn bei ihnen neben den Voraussetzungen unter a) und c) noch bestimmte weitere Voraussetzungen erfüllt sind.

Im einzelnen ergibt sich die Wahlberechtigung aus dem § 12 BWG.

Stand der Definitionen: Januar 2001

455-31 Allgemeine Europawahlstatistik

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 5-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** verschieden

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 25 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz - EuWG) vom 08.03.1994 (BGBl I S. 423, 555); § 51 Abs. 1 des Bundeswahlgesetzes

Gebiet	Europawahl ¹⁾								
	Wahl- berechtigte	Wahlbe- teiligung in %	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
				CDU ²⁾	SPD	GRÜNE	F.D.P.	PDS	Sonstige
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

¹⁾ Thüringen: Ergebnisse des Ortsteiles Cunsdorf sind im Landkreis Greiz enthalten.

²⁾ Bayern: CSU.

Definitionen zur Tabelle

Wahlberechtigte (455-31)

Wahlberechtigt sind alle Deutschen sowie alle Unionsbürger mit einer Wohnung oder mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, die am Wahltag

- a) das 18. Lebensjahr vollendet haben,
- b) seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland oder in den Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft eine Wohnung innehaben oder sich gewöhnlich aufhalten und
- c) nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Außerdem sind auch die nach § 12 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes zum Deutschen Bundestag wahlberechtigten Deutschen wahlberechtigt.

Im einzelnen ergibt sich die Wahlberechtigung aus dem § 6 EuWG.

Stand der Definitionen: Januar 2001

601-31 Allgemeine Landeswahlstatistik

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 4- bzw. 5-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** verschieden

Art der Statistik: Landesstatistik

Rechtsgrundlage: Landesspezifische Regelungen

Gebiet	Landtagswahlen ¹⁾								
	Wahl- berechtigte ²⁾	Wahlbe- teiligung in % ³⁾	Gültige Stimmen ³⁾⁴⁾	Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
				CDU ⁵⁾	SPD	GRÜNE	F.D.P. ⁶⁾	PDS	Sonstige
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

¹⁾ Brandenburg, Sachsen: 1994: Kreise ohne Briefwahlergebnisse, Landessumme einschließlich Briefwahlergebnis.
Mecklenburg-Vorpommern: 1994: Briefwahlergebnisse der kreisfreien Stadt Stralsund teilweise im Landkreis Nordvorpommern, des Landkreises Müritz teilweise im Landkreis Mecklenburg-Strelitz enthalten.

²⁾ Bayern: Stimmberechtigte.

³⁾ Baden-Württemberg: vor 1992 ohne Briefwähler.

⁴⁾ Bayern: Gesamtstimmen geteilt durch zwei. Durch diese Berechnung der Einzelpositionen entstehen in den Zeilen- und Spaltensummen Rundungsdifferenzen.

Berlin, Niedersachsen: Zweitstimmen.

Rheinland-Pfalz, Thüringen: Landesstimmen.

Sachsen: Listenstimmen.

Schleswig-Holstein: ab 2000: Zweitstimmen.

⁵⁾ Bayern: CSU.

⁶⁾ Baden-Württemberg: F.D.P./DVP.

192-32 Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Beginn des Schuljahres
Art der Statistik: Koordinierte Landesstatistik
Rechtsgrundlage: Landesspezifische Regelungen

Lfd. Nr.	Schulart	Schulen	Schüler				
			insgesamt	und zwar			
				weiblich	ausländisch	in der / im 7. Klassenstufe / Schulbesuchsjahr	in der / im 11. Jahrgangsstufe / Schulbesuchsjahr
		1	2	3	4	5	6
1	Vorschulbereich ¹⁾	2)				entfällt	entfällt
2	Grundschulen ³⁾					entfällt	entfällt
3	Schulartunabhängige Orientierungsstufe ⁴⁾					entfällt	entfällt
4	Hauptschulen ⁵⁾⁶⁾						entfällt
5	Schularten mit mehreren Bildungsgängen ⁷⁾						entfällt
6	Realschulen ⁵⁾⁶⁾⁸⁾						entfällt
7	Gymnasien ⁵⁾⁶⁾						
8	Integrierte Gesamtschulen ⁶⁾						
9	Freie Waldorfschulen ⁹⁾						
10	Sonderschulen ¹⁰⁾					11)	
11	Abendschulen und Kollegs ¹²⁾					entfällt	entfällt
12	Insgesamt	entfällt					13)

¹⁾ Bayern: Nachweis in der Kindergartenstatistik.

²⁾ Niedersachsen: Vorklassen werden nicht als Schule gezählt.

³⁾ Berlin, Brandenburg: Nachweis der 1. - 4. Klassenstufe an Grundschulen, die in diesen Ländern sechsstufig sind.

⁴⁾ Berlin, Brandenburg: Nachweis der 5. und 6. Klassenstufe an Grundschulen, die in diesen Ländern sechsstufig sind.

⁵⁾ Berlin: einschließlich Eingliederungslehrgänge für ausländische Jugendliche.

⁶⁾ Berlin: einschließlich Förderklassen für Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache in der Mittelstufe.

⁷⁾ Rheinland-Pfalz: Regionale Schulen und duale Oberschulen.

Saarland: Sekundarschulen und erweiterte Realschulen.

Sachsen: Mittelschulen.

Sachsen-Anhalt: Kombinierte Klassen an Sekundarschulen.

Thüringen: Regelschulen sowie Aussiedler-Förderklassen.

Mecklenburg-Vorpommern: Bildungsgangübergreifende Klassen.

⁸⁾ Bayern: einschließlich drei- und vierstufige Wirtschaftsschulen sowie Schulversuch zweistufige Wirtschaftsschule.

⁹⁾ Nordrhein-Westfalen: einschließlich Sonderschulen im Bereich der Freien Waldorfschulen.

¹⁰⁾ Schleswig-Holstein: Nachweis der Klassenstufen ohne Schüler/-innen an Schulen/Klassen für Geistigbehinderte.

Nordrhein-Westfalen: ohne Sonderschulen im Bereich der Freien Waldorfschulen.

¹¹⁾ Bayern: einschließlich Schüler im 7. Schulbesuchsjahr der Klassen zur individuellen Lebensbewältigung.

Niedersachsen: ohne Sonderschulen für geistig behinderte Schüler.

¹²⁾ Berlin, Brandenburg: einschließlich schulabschlußbezogener Lehrgänge an Volkshochschulen.

¹³⁾ Niedersachsen: einschließlich Abendschulen und Kollegs.

Definitionen zur Tabelle

Wegen der Kulturhoheit der Länder sind die Schularten z.T. unterschiedlich abgegrenzt. Es wird deshalb ausdrücklich darauf verwiesen, daß die Daten einerseits zu unterschiedlichen Stichtagen erhoben werden und andererseits durch die unterschiedliche Abgrenzung teilweise nicht vergleichbar sind. Differenzen zwischen den aggregierten Kreiszahlen und den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen für das Bundesgebiet beruhen einerseits auf den in den Kreiszahlen enthaltenen länderspezifischen Besonderheiten entsprechend dem jeweiligen Schulrecht, die bei der Erstellung des Bundesergebnisses weitgehend vereinheitlicht werden, und andererseits auf der fehlenden Möglichkeit, bestimmte Angaben auf Kreisebene nachzuweisen. In der Schulverwaltung wird der Begriff „Schule“ mit verschiedenen Inhalten belegt. Im Rahmen dieser Tabelle wird die Schulart/Schulform als Schule bezeichnet. In diesem Sinne werden hier die nachfolgenden Schularten unterschieden:

Schulen (192-32)

Im weitesten Sinne gilt als Schule eine Bildungsstätte, -einrichtung oder -anstalt, in der Unterricht nach einem von der zuständigen Aufsichtsbehörde festgesetzten oder genehmigten Lehrplan erteilt wird. Diese mehr verwaltungsrechtliche Abgrenzung einer „Schule“ entspricht nicht immer der statistischen. In dieser Tabelle werden Einrichtungen nachgewiesen, deren Zahl im allgemeinen größer ist als die Zahl der Schulen im verwaltungsrechtlichen Sinne. Erfasst werden öffentliche und private Schulen.

Vorschulbereich (192-32)

Nachgewiesen sind Vorklassen, die von schulreifen, aber noch nicht schulpflichtigen Kindern besucht werden können und Schulkindergärten, die für schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder eingerichtet sind.

Grundschulen (192-32)

Die Grundschule umfaßt die Klassen-/Jahrgangsstufen 1 bis 4 bzw. 6 (in Berlin und Brandenburg) und vermittelt Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten. Ausgewiesen sind zusätzlich die Klassen-/Jahrgangsstufen 1 bis 4 noch bestehender Volksschulen.

Schulartunabhängige Orientierungsstufe (192-32)

Schulartunabhängige Orientierungsstufen sind schulartübergreifende Einrichtungen der Klassenstufen 5 und 6. Soweit die Orientierungsstufen aus organisatorischen Gründen bei einzelnen Schularten integriert sind, werden sie - ohne die Möglichkeit einer Trennung - bei diesen nachgewiesen.

Hauptschulen (192-32)

Die auf die Grundschule bzw. auf eine zwischengeschaltete Orientierungsstufe aufbauende Hauptschule umfaßt die Klassen-/Jahrgangsstufen 5 bzw. 7 bis 9 bzw. 10 und vermittelt eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine praktische Berufsausbildung und bereitet in der Regel auf den Besuch der Berufsschule vor. Ausgewiesen sind zusätzlich die Klassen-/Jahrgangsstufen 5 bis 9 noch bestehender Volksschulen.

Schularten mit mehreren Bildungsgängen (192-32)

Die Länder haben hierfür unterschiedliche Bezeichnungen. Die Schulen vermitteln eine allgemeine und berufsvorbereitende Bildung. Ab der 7. Klassenstufe beginnt eine Differenzierung. Nach erfolgreichem Besuch der 9. Klassenstufe wird der Hauptschulabschluß bzw. nach der 10. Klassenstufe und bestandener Prüfung der Realschulabschluß erworben.

Realschulen (192-32)

Realschulen sind weiterführende Schulen (Klassen-/Jahrgangsstufen 5 bzw. 7 bis 10), die im Anschluß an die Grundschule, einige Hauptschulklassenstufen oder die Orientierungsstufe besucht werden können. Sie vermitteln eine allgemeine Bildung, die Grundlage ist für den Eintritt in eine Berufsausbildung oder den Übergang in weitere schulische Bildungsgänge, z.B. die Fachoberschule, das Fachgymnasium oder das Gymnasium in Aufbauform. Hiermit ausgewiesen ist die drei- und vierstufige Wirtschaftsschule (nur in Bayern). Sie vermittelt neben einer vertieften allgemeinen Bildung zusätzlich eine berufliche Grundbildung im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung. Der Wirtschaftsschulabschluß ist mit dem Realschulabschluß vergleichbar.

Gymnasien (192-32)

Gymnasien sind weiterführende Schulen, die üblicherweise unmittelbar an die Grundschule oder die Orientierungsstufe anschließen. Die Schulbesuchsdauer ist unterschiedlich lang. Sie beträgt im Regelfall neun (Klassen-/Jahrgangsstufen 5 bis 13), oder sieben Jahre (Klassen-/Jahrgangsstufen 7 bis 13), bzw. acht (Klassen-/Jahrgangsstufen 5 bis 12) oder sechs Jahre (Klassen-/Jahrgangsstufen 7 bis 12). Es gibt außerdem Gymnasien in Aufbauform, deren Besuch im allgemeinen den Realschulabschluß voraussetzt. Das Abschlußzeugnis des Gymnasiums gilt als Befähigungsnachweis für das Studium an Hochschulen.

Integrierte Gesamtschulen (192-32)

Integrierte Gesamtschulen sind Schulen, in denen die Schüler ohne Zuordnung zu einer bestimmten Schulart gemeinsam unterrichtet werden. Der Unterricht wird im Rahmen unterschiedlicher Differenzierungsmodelle erteilt. Es können die verschiedenen Abschlüsse der Schulen des gegliederten Schulwesens (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) erworben werden. Die Angaben für die additiven und kooperativen Gesamtschulen, bei denen die verschiedenen Schularten fortbestehen, aber in einer gemeinsamen Schulanlage zusammengefaßt sind, werden - soweit möglich - den Zahlen für die jeweiligen Schularten zugeordnet.

Freie Waldorfschulen (192-32)

Freie Waldorfschulen sind Schulen, in denen unterschiedliche Bildungsgänge auf der Grundlage der Pädagogik Rudolf Steiners zusammengefaßt sind.

Sonderschulen (192-32)

Sonderschulen sind Einrichtungen mit Vollzeitschulpflicht zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können.

Abendschulen und Kollegs (192-32)

Abendhauptschulen führen in einem einjährigen Ausbildungsgang zum Hauptschulabschluß. Abendrealschulen führen Erwachsene in Abendkursen zum Realschulabschluß; Dauer zwei bis drei Jahre. Abendgymnasien ermöglichen befähigten Erwachsenen, in einem Zeitraum von mindestens drei Jahren die allgemeine Hochschulreifeprüfung abzulegen. Kollegs sind Vollzeitschulen zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife.

Stand der Definitionen: Januar 2001

192-61 Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** i.d.R. Ende d. Schuljahres

Art der Statistik: Koordinierte Landesstatistik

Rechtsgrundlage: Landesspezifische Regelungen

Gebiet	Schulabgänger nach Abschlußarten ¹⁾									
	insgesamt ²⁾ (einschließlich Fachhochschulreife)		darunter							
			ohne Hauptschulabschluß ³⁾		mit Hauptschulabschluß		mit Realschulabschluß		mit allgemeiner Hochschulreife (ohne Fachhochschulreife)	
	zusammen	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

¹⁾ Berlin: nur Schüler, die das allgemeinbildende Schulwesen verlassen. Übergänge in Fachgymnasien (nach Abschluß der 10. Klassenstufe) hinzugeschätzt.

²⁾ Bayern: einschließlich Schulentlassener aus mindestens dreistufigen Wirtschaftsschulen.

Nordrhein-Westfalen: einschließlich Schulentlassener aus dem berufsbildenden Bereich an Freien Waldorfschulen.

³⁾ Berlin: einschließlich Förderklassen für Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache sowie Eingliederungslehrgänge für ausländische Jugendliche.

Thüringen: einschließlich Schulabgänger der Klassenstufen 10, 11 und 12 ohne Abschluß.

Definitionen zur Tabelle

Schulabgänger insgesamt (192-61)

Dargestellt ist in der Regel die Anzahl der Schulabgänger nach Ableistung der allgemeinen Vollzeitschulpflicht. Mit ausgewiesen werden auch Schüler, die den typischen Abschluß einer Schulart (z.B. den Realschulabschluß) erreicht haben, auch wenn sie anschließend auf eine andere Schulart (z.B. das Gymnasium) überwechseln und damit im allgemeinbildenden Schulwesen verbleiben. Nicht nachgewiesen sind die externen Prüfungsteilnehmer (Schulfremdenprüfungen).

Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß (192-61)

Hierzu zählen Abgänger aus Haupt-/Volksschulen, Sonderschulen, Schulen mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschulen ohne Hauptschulabschluß sowie Abgänger aus Klassen-/Jahrgangsstufe 7 und 8 (bei Ländern mit 10-jähriger Vollzeit-Schulpflicht auch aus Klassen-/Jahrgangsstufe 9) der Realschulen, Gymnasien, Freien Waldorfschulen und drei- und vierstufigen Wirtschaftsschulen, nach Ableistung der allgemeinen Vollzeit-Schulpflicht.

Schulabgänger mit Hauptschulabschluß (192-61)

Hierzu zählen Abgänger aus Haupt-/Volksschulen, Sonderschulen, Schulen mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschulen mit Hauptschulabschluß, Schüler der Realschulen, drei- und vierstufigen Wirtschaftsschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen aus der Klassen-/Jahrgangsstufe 9 und höher ohne mittleren Schulabschluß. Einbezogen sind die entsprechenden Abschlüsse der Schulen des 2. Bildungsweges (Abendschulen). Unter dem Hauptschulabschluß wird auch der erweiterte Hauptschulabschluß nachgewiesen.

Schulabgänger mit Realschulabschluß (192-61)

Hierzu zählen Schüler mit dem Abschlußzeugnis der Realschule bzw. mit einem gleichwertigen Abschluß: Schulen mit mehreren Bildungsgängen, Realschulen für Behinderte, drei- und vierstufige Wirtschaftsschulen, Hauptschulklassen 10, Abgänger der Jahrgangsstufen 10 bis 13 der Gymnasien, der Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen. Einbezogen sind die entsprechenden Abschlüsse der Schulen des 2. Bildungsweges (Abendschulen).

Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife (ohne Fachhochschulreife) (192-61)

Hierzu zählen Abgänger der Gymnasien, der Gesamtschulen, der Freien Waldorfschulen und der Sonderschulen mit Hochschulreife. Einbezogen sind die entsprechenden Abschlüsse der Schulen des 2. Bildungsweges (Abendschulen).

Stand der Definitionen: Januar 2001

**200-71 Statistik der beruflichen Schulen
(ohne Schulen des Gesundheitswesens)**

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Beginn des Schuljahres

Art der Statistik: Koordinierte Landesstatistik

Rechtsgrundlage: Landesspezifische Regelungen

Lfd. Nr.	Schularten	Schulen	Schüler		
			insgesamt	und zwar	
				weiblich	ausländisch
		1	2	3	4
1	Berufsschulen ¹⁾	2)			
2	dar. ohne Ausbildungsvertrag ³⁾	entfällt			4)
3	Berufsaufbauschulen				
4	Berufsfachschulen ¹⁾⁵⁾				
5	Fachoberschulen ⁶⁾				
6	Fachgymnasien				
7	Kollegschulen ⁷⁾				
8	Berufsoberschulen/Technische Oberschulen				
9	Fachschulen ¹⁾				
10	Fachakademien				
11	Insgesamt ¹⁾	entfällt			

¹⁾ Nordrhein-Westfalen: ohne berufsbildenden Bereich an Freien Waldorfschulen.

²⁾ Niedersachsen: kooperatives BGJ wird nicht als Schule gezählt.

³⁾ Nordrhein-Westfalen: ohne berufsbildenden Bereich an Freien Waldorfschulen; einschließlich Praktikanten und Volontäre.

⁴⁾ Bayern: aus methodischen Gründen nur Näherungswert.

⁵⁾ Baden-Württemberg: einschließlich Berufskollegs.

Mecklenburg-Vorpommern: einschließlich Höherer Berufsfachschulen für Gesundheitsdienstberufe.

⁶⁾ Berlin: einschließlich Lehrgänge des Zweiten Bildungsweges zum Erwerb der Fachhochschulreife (ab Schuljahr 1998/1999).

⁷⁾ Nordrhein-Westfalen: ohne kollegialspezifischen Bildungsgang an einer Sonderschule im berufsbildenden Bereich.

Definitionen zur Tabelle

Wegen der Kulturhoheit der Länder sind die Schularten z.T. unterschiedlich abgegrenzt. Es wird deshalb ausdrücklich darauf verwiesen, daß die Daten einerseits zu unterschiedlichen Stichtagen erhoben werden und andererseits durch die unterschiedliche Abgrenzung teilweise nicht vergleichbar sind. Differenzen zwischen den aggregierten Kreiszahlen und den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen für das Bundesgebiet beruhen einerseits auf den in den Kreiszahlen enthaltenen länderspezifischen Besonderheiten entsprechend dem jeweiligen Schulrecht, die bei der Erstellung des Bundesergebnisses weitgehend vereinheitlicht werden, und andererseits auf der fehlenden Möglichkeit, bestimmte Angaben auf Kreisebene nachzuweisen. In der Schulverwaltung wird der Begriff „Schule“ mit verschiedenen Inhalten belegt. Im Rahmen dieser Tabelle wird die Schulart/Schulform als Schule bezeichnet. In diesem Sinne werden hier die nachfolgenden Schularten unterschieden:

Schulen (200-71)

Im weitesten Sinne gilt als Schule eine Bildungsstätte, -einrichtung oder -anstalt, in der Unterricht nach einem von der zuständigen Aufsichtsbehörde festgesetzten oder genehmigten Lehrplan erteilt wird. Diese mehr verwaltungsrechtliche Abgrenzung einer „Schule“ entspricht nicht immer der statistischen. In dieser Tabelle werden Einrichtungen nachgewiesen, deren Zahl im allgemeinen größer ist als die Zahl der Schulen im verwaltungsrechtlichen Sinne. Erfasst werden öffentliche und private Schulen.

Berufsschulen (200-71)

Die Berufsschulen haben die Aufgabe, die Allgemeinbildung der Schüler zu vertiefen und die für den Beruf erforderliche fachtheoretische Grundausbildung zu vermitteln. Sie werden in der Regel pflichtgemäß nach Beendigung der neun- bzw. zehnjährigen Vollzeitschulpflicht von Personen besucht, die in der beruflichen Erstausbildung mit/ohne Ausbildungsvertrag oder in einem anderen Arbeitsverhältnis stehen und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Der Unterricht erfolgt in Teilzeitform an einem oder mehreren Wochentagen, in zusammenhängenden Teilabschnitten (Blockunterricht) oder in Vollzeitform. Die Daten beinhalten auch Schulen mit Schülern der Berufsoberschulen, des Berufsvorbereitungsjahres und des Berufsgrundbildungsjahres (Berlin auch an Berufsfachschulen) sowie berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit. Berufsoberschulen sind Schulen, die der beruflichen Förderung körperlich, geistig und seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Jugendlicher dienen. Die Berufsoberschulen haben im großen und ganzen den gleichen Bildungsauftrag wie die Berufsschulen. Als Berufsschüler „ohne Ausbildungsvertrag“ sind mithelfende Familienangehörige, ungelernete Arbeitskräfte, Berufsschüler ohne Berufstätigkeit, Praktikanten, Arbeitslose und Teilnehmer an Lehrgängen der Arbeitsverwaltung nachgewiesen. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, die ihrer Teilzeitschulpflicht nachkommen. In der Zuordnung nach Schularten sind dies Schüler im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), Berufsgrundbildungsjahr (BGJ in vollzeitschulischer Form) sowie Schüler ohne Ausbildungsvertrag in Berufsschulen im dualen System.

Berufsaufbauschulen (200-71)

Berufsaufbauschulen sind Schulen, die neben der oder im Anschluß an die Berufsschule besucht werden und zur Fachschulreife führen. Voraussetzung für den Besuch einer Berufsaufbauschule ist ein mindestens halbjähriger Besuch der Berufsschule. Die Unterrichtsdauer beträgt bei Vollzeitschulen ein bis eineinhalb, bei Teilzeitschulen drei bis dreieinhalb Jahre. Die Fachschulreife ist dem Realschulabschluß gleichgestellt.

Berufsfachschulen (200-71)

Berufsfachschulen sind Vollzeitschulen mit mindestens einjähriger Schulbesuchsdauer, die in der Regel nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht besucht werden können. Sie dienen der Berufsvorbereitung oder auch der vollen beruflichen Erstausbildung. Nicht einbezogen werden die Berufsfachschulen des Gesundheitswesens in Bayern.

Fachoberschulen (200-71)

Fachoberschulen bauen auf dem Realschulabschluß oder einem als gleichwertig anerkannten Abschluß auf. Der Schulbesuch dauert - abhängig von der beruflichen Vorbildung - bei Vollzeitunterricht mindestens ein Jahr, bei Teilzeitunterricht bis zu drei Jahre. Der erfolgreiche Abschluß gilt als Befähigungsnachweis zum Studium an Fachhochschulen.

Fachgymnasien (200-71)

Fachgymnasien sind berufsbezogene Gymnasien (einschließlich gymnasialer Oberstufe an Oberstufenzentren), für deren Besuch der Realschulabschluß oder ein gleichwertiger Abschluß vorausgesetzt wird. Die Schulbesuchsdauer beträgt in der Regel drei Jahre. Der Abschluß des Fachgymnasiums gilt als Befähigungsnachweis für das Studium an Hochschulen.

Kollegschulen (200-71)

Kollegschulen werden zur Zeit in Nordrhein-Westfalen im Rahmen eines großflächigen Schulversuchs erprobt. Sie führen innerhalb der Sekundarstufe II allgemeinbildende und berufsbezogene Bildungsgänge, die verschiedene Abschlüsse und Doppelqualifikationen ermöglichen. Es besteht auch die Möglichkeit, nachträglich Abschlüsse der Sekundarstufe I zu erwerben.

Berufsoberschulen/Technische Oberschulen (200-71)

Berufsoberschulen/Technische Oberschulen vermitteln eine allgemeine und fachtheoretische Bildung. Sie bauen auf einer der jeweiligen Ausbildungsrichtung entsprechenden Berufsausbildung oder Berufsausübung und einem mittleren Schulabschluß auf und verleihen nach bestandener Abschlußprüfung die fachgebundene Hochschulreife. Die Berufsoberschulen/Technischen Oberschulen umfassen mindestens zwei Schuljahre und werden als Vollzeitschulen geführt.

Fachschulen (200-71)

Fachschulen werden freiwillig nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischen Berufserfahrung, teilweise auch nach langjähriger praktischer Arbeitserfahrung oder mit dem Nachweis einer fachspezifischen Begabung besucht. Sie vermitteln eine weitergehende fachliche Fortbildung im Beruf. Die Schulbesuchsdauer beträgt zwischen 6 Monaten und vier Jahren, je nachdem, ob es sich um Voll- oder Teilzeitschulen handelt und welcher Abschluß vermittelt wird. Zu den Fachschulen rechnen z.B. Technikerschulen und Meisterschulen.

Fachakademien (200-71)

Die in Bayern eingerichteten Fachakademien setzen einen mittleren Schulabschluß voraus und bereiten in der Regel im Anschluß an eine dem Berufsziel dienende berufliche Ausbildung oder praktische Tätigkeit auf den Eintritt in eine gehobene Berufslaufbahn vor. Der Ausbildungsgang umfaßt bei Vollzeitunterricht mindestens zwei Jahre. Ab Schuljahr 1997/98 werden in der Statistik der beruflichen Schulen nur die Fachakademien nachgewiesen.

Stand der Definitionen: Januar 2001

331-31 Statistik der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 31.12.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: §§ 127 bis 134 des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) i.d.F. der Bek vom 23.03.1994 (BGBl I S. 646), zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetzes vom 16.12.1997 (BGBl I S. 2986)

Gebiet	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt							
	Empfänger		davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren					
	insgesamt	darunter außerhalb von Einrichtungen	unter 7	7 - 18	18 - 25	25 - 50	50 - 65	65 und mehr
	1	2	3	4	5	6	7	8

Definitionen zur Tabelle

Die Empfänger werden nach ihrem Hauptwohnsitz nachgewiesen. In einer geringen Zahl von Fällen können Leistungsberechtigte, die in einem Bundesland Sozialhilfe erhalten, ihren Hauptwohnsitz jedoch in einem anderen Bundesland haben. In diesen Fällen werden sie im Landesergebnis als Sozialhilfeempfänger gezählt, ohne regional weiter zugeordnet zu werden. Die Summe der Kreisergebnisse ergibt deswegen i.a. nicht das Landesergebnis. Die Summe der Landesergebnisse stimmt jedoch mit dem Bundesergebnis überein.

Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (331-31)

Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt sind Personen, denen grundsätzlich Leistungen für mindestens einen Monat im wesentlichen in Form von monatlichen Regelsätzen gewährt werden.

Wer laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezieht, kann daneben auch Hilfe in besonderen Lebenslagen erhalten. Diese Personen werden dann auch unter den Empfängern der betreffenden Hilfearten erfaßt und nachgewiesen. Eine Addition der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen zu einer „Gesamtzahl“ von Sozialhilfeempfängern ist deshalb nicht zulässig.

Stand der Definitionen: Januar 2001

473-32 Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen - Tageseinrichtungen für Kinder

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 4-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 31.12.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 99 Abs. 9 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG/SGB VIII) vom 03.05.1993 (BGBl I S. 637)

Gebiet	Tageseinrichtungen für Kinder					Verfügbare Plätze				Tätige Personen	
	ins- gesamt	davon				ins- gesamt	davon für			ins- gesamt	darunter in Kinder- gärten
		Kinder- krippen	Kinder- gärten	Horte ¹⁾	ander- weitige Einrich- tungen		Krippen- kinder	Kinder- garten- kinder	Hort- kinder		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

¹⁾ Thüringen: nur Horte in freier Trägerschaft der Jugendhilfe.

Definitionen zur Tabelle

Die alle vier Jahre durchzuführende Statistik über die Einrichtungen und tätigen Personen in der Jugendhilfe wurde ab dem Berichtsjahr 1994 (Stichtag 31.12.) inhaltlich vor allem aufgrund des mit Wirkung ab 1. Januar 1991 reformierten Jugendhilferechts - Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) - wesentlich geändert. Ein Vergleich zu den Ergebnissen vor 1994 ist daher nur in Teilbereichen möglich.

Zu den Einrichtungen der Jugendhilfe zählen alle Einrichtungen der öffentlichen und freien Träger, jedoch in den dargestellten Tabellen ohne Behörden, Geschäftsstellen, Arbeitsgemeinschaften und sonstige Zusammenschlüsse von Trägern der Jugendhilfe.

Tageseinrichtungen für Kinder (473-32)

Tageseinrichtungen für Kinder sind Einrichtungen, in denen Kinder ganztägig oder für einen Teil des Tages aufgenommen sowie erzieherisch und pflegerisch betreut werden, die über haupt- oder nebenberufliches Personal verfügen und für die eine Betriebserlaubnis nach §45 KJHG/SGB VIII oder eine vergleichbare Genehmigung vorliegt.

Bei den Tageseinrichtungen für Kinder wird nach vier Einrichtungsarten unterschieden; und zwar richtet sich diese Unterscheidung danach, ob in der betreffenden Einrichtung lediglich Kinder von bestimmten Altersklassen in sogenannten „altershomogenen“ Gruppen betreut werden oder ob es sich um eine näher zu kennzeichnende Mischform handelt:

- Um eine Kinderkrippe handelt es sich, wenn in dieser Einrichtung in einer oder mehreren Gruppen ausschließlich Kinder unter 3 Jahren betreut werden (Einrichtungen für Kleinstkinderbetreuung).
- Kindergarten trifft für alle diejenigen Einrichtungen zu, in denen in einer oder mehreren Gruppen ausschließlich Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt betreut werden.
- Hort ist eine Einrichtung, in der die vorhandenen Plätze ausschließlich der Betreuung von Schulkindern dienen.
- Eine anderweitige Einrichtung liegt vor, wenn unter einem Dach
 - a) Kinder verschiedener Altersklassen, d.h. Kinder im Krippenalter, Kindergartenalter und/oder Hortalter gemeinsam in altersübergreifenden Gruppen betreut werden
 - b) Kinder unterschiedlicher Altersklassen in verschiedenen altershomogenen Gruppen parallel betreut werden oder
 - c) sowohl altersübergreifende als auch altershomogene Gruppen vorhanden sind.

Verfügbare Plätze (473-32)

Als Krippenplätze zählen alle Plätze zur Betreuung von Kindern im Krippenalter, unabhängig von der Art der Einrichtung. Analoges trifft für die Kindergartenplätze und die Hortplätze zu.

Tätige Personen (473-32, 473-41)

Tätige Personen in Einrichtungen der Jugendhilfe sind Beschäftigte, die in Einrichtungen der Jugendhilfe im erzieherischen und pädagogischen sowie im Verwaltungs- und Wirtschaftsbereich in Voll-, Teilzeit oder nebenberuflich beschäftigt sind.

Stand der Definitionen: Januar 2001

473-41 Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen - ohne Tageseinrichtungen

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 4-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 31.12.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 99 Abs. 9 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG/SGB VIII) vom 03.05.1993 (BGBl I S. 637)

Gebiet	Einrichtungen der Jugendhilfe			Verfügbare Plätze in Einrichtungen für Hilfe zur Erziehung und Hilfe für junge Volljährige sowie für die Inobhutnahme	Tätige Personen		
	insge- samt	darunter Einrichtungen			insge- samt	darunter in Einrichtungen	
		für Hilfe zur Erziehung und Hilfe für junge Volljährige sowie für die Inobhutnahme	der Jugend- arbeit			für Hilfe zur Erziehung und Hilfe für junge Volljährige sowie für die Inobhutnahme	der Jugend- arbeit
		1	2			3	4

Definitionen zur Tabelle

Die alle vier Jahre durchzuführende Statistik über die Einrichtungen und tätigen Personen in der Jugendhilfe wurde ab dem Berichtsjahr 1994 (Stichtag 31.12.) inhaltlich vor allem aufgrund des mit Wirkung ab 1. Januar 1991 reformierten Jugendhilferechts - Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) - wesentlich geändert. Ein Vergleich zu den Ergebnissen vor 1994 ist daher nur in Teilbereichen möglich. Zu den Einrichtungen der Jugendhilfe zählen alle Einrichtungen der öffentlichen und freien Träger jedoch in den dargestellten Tabellen ohne Behörden, Geschäftsstellen, Arbeitsgemeinschaften und sonstige Zusammenschlüsse von Trägern der Jugendhilfe.

Einrichtungen der Jugendhilfe - ohne Tageseinrichtungen für Kinder - (473-41)

Dazu zählen Einrichtungen für Hilfe zur Erziehung und Hilfe für junge Volljährige sowie für die Inobhutnahme. Im einzelnen sind dies Einrichtungen der Heimerziehung, Tagesgruppen, pädagogisch betreute Wohngruppen, sonstige Wohnformen, Einrichtungen für die Inobhutnahme, Kinder- und Jugenddörfer, Großpflegestellen und pädagogisch betreute selbständige Wohngemeinschaften.

Weiter zählen hierzu die Einrichtungen der Jugendarbeit. Im einzelnen sind dies Jugendherbergen, Jugendgästehäuser, Jugendübernachtungshäuser, Jugendtagungsstätten, Jugendbildungsstätten, Jugendkunstschulen, kulturpädagogische Einrichtungen für junge Menschen, Einrichtungen der Stadtranderholung, Kinder- und Jugendferien-/erholungsstätten, pädagogisch betreute Spielplätze u.ä., Jugendheime, Jugendzentren, Jugendfreizeitheime, Häuser der offenen Tür sowie Jugendzeltplätze.

Zu den Jugendhilfeeinrichtungen insgesamt zählen ferner Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, Einrichtungen der Familienförderung (Familienferienstätten sowie Einrichtungen der Eltern- und Familienbildung), gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder, des weiteren Einrichtungen der Mitarbeiter(innen)fortbildung sowie sonstige Einrichtungen.

Sofern eine Einrichtung nicht allein einer der aufgeführten Arten zugehört, sondern aus verschiedenartigen Abteilungen besteht (Mehrzweckeinrichtungen), werden diese Abteilungen als selbständige Einrichtungen mit den zugehörenden verfügbaren Plätzen, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen bei der jeweils zutreffenden Art getrennt nachgewiesen.

Tätige Personen (473-32, 473-41)

Tätige Personen in Einrichtungen der Jugendhilfe sind Beschäftigte, die in Einrichtungen der Jugendhilfe im erzieherischen und pädagogischen sowie im Verwaltungs- und Wirtschaftsbereich in Voll-, Teilzeit oder nebenberuflich beschäftigt sind.

Stand der Definitionen: Januar 2001

188-41 Krankenhausstatistik: Grunddaten

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 31.12.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser vom 10.04.1990 (BGBl I S. 730)

Gebiet	Krankenhäuser ¹⁾²⁾						
	Anzahl der Einrichtungen	aufgestellte Betten (Jahresdurchschnitt) ³⁾	Patientenzugang	Patientenabgang (einschl. Sterbefälle)	Hauptamtliche Ärzte		Personal im Pflegedienst
					insgesamt	dar. mit abgeschlossener Weiterbildung	
1	2	3	4	5	6	7	

¹⁾ Nordrhein-Westfalen: allgemeine Krankenhäuser; ohne Bundeswehrkrankenhäuser.

Schleswig-Holstein: ohne Tages- und Nachtkliniken.

²⁾ Sachsen, Berlin, Thüringen: ohne Bundeswehrkrankenhäuser.

³⁾ Baden-Württemberg: 31.12.

Definitionen zur Tabelle

Krankenhäuser (188-41)

Krankenhäuser im Sinne dieser Erhebung sind Einrichtungen, die

- der Krankenhausbehandlung oder Geburtshilfe dienen,
- fachlich-medizinisch unter ständiger ärztlicher Leitung stehen, über ausreichende, ihrem Versorgungsauftrag entsprechende diagnostische und therapeutische Möglichkeiten verfügen und nach wissenschaftlich anerkannten Methoden arbeiten,
- mit Hilfe von jederzeit verfügbarem ärztlichen, Pflege-, Funktions- und medizinisch-technischen Personal darauf eingerichtet sind, vorwiegend durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistung Krankheiten der Patienten zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten, Krankheitsbeschwerden zu lindern oder Geburtshilfe zu leisten, und in denen
- die Patienten untergebracht und gepflegt werden können.

Aufgestellte Betten (188-41, 188-42)

Alle Betten, die in der Einrichtung betriebsbereit aufgestellt sind, unabhängig von der Förderung.

Die Bettenausstattung ist als Jahresdurchschnittswert angegeben. Im allgemeinen ergibt sich der Jahresdurchschnitt als Durchschnittswert der an den Monatsenden vorhandenen Bettenzahl.

Patientenzugang (188-41, 188-42)

Als Patientenzugang werden ausschließlich die vollstationär aufgenommenen Patienten (Fälle) gezählt; hier sind auch die Stundenfälle enthalten. Teilstationär oder ambulant behandelte Patienten bleiben genauso wie gesunde Neugeborene unberücksichtigt.

Patientenabgang (188-41, 188-42)

Hierzu zählen zum einen Entlassungen aus der Einrichtung (aus vollstationärer Behandlung) einschließlich der Stundenfälle und Verlegungen in (andere) Krankenhäuser sowie die verstorbenen Patienten.

Hauptamtliche Ärzte (188-41, 188-42)

Hierzu zählen im Krankenhaus fest angestellte Ärzte. Gast-, Konsiliar- und hospitierende Ärzte, Ärzte im Praktikum sowie Belegärzte sind nicht erfaßt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

188-42 Krankenhausstatistik: Grunddaten

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 31.12.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser vom 10.04.1990 (BGBl I S. 730)

Gebiet	Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen						
	Anzahl der Einrichtungen	aufgestellte Betten (Jahresdurchschnitt) ¹⁾	Patienten-zugang	Patienten-abgang (einschl. Sterbefälle)	Hauptamtliche Ärzte		Personal im Pflegedienst
					insgesamt	dar. mit abgeschlossener Weiterbildung	
1	2	3	4	5	6	7	

¹⁾ Baden-Württemberg: 31.12.

Definitionen zur Tabelle

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (188-42)

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sind Einrichtungen, die

- der stationären Behandlung dienen, um eine Schwächung der Gesundheit, die in absehbarer Zeit voraussichtlich zu einer Krankheit führen würde, zu beseitigen oder einer Gefährdung der gesundheitlichen Entwicklung eines Kindes entgegenzuwirken (Vorsorge) oder eine Krankheit zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern oder im Anschluß an Krankenhausbehandlung den dabei erzielten Behandlungserfolg zu sichern oder zu festigen, auch mit dem Ziel, einer drohenden Behinderung vorzubeugen, eine Behinderung zu beseitigen, zu bessern oder eine Verschlimmerung zu verhüten oder Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu mindern (Rehabilitation),
- fachlich-medizinisch unter ständiger ärztlicher Verantwortung und unter Mitwirkung von besonders geschultem Personal darauf eingerichtet sind, den Gesundheitszustand der Patienten nach einem ärztlichen Behandlungsplan vorwiegend durch Anwendung von Heilmitteln einschließlich Krankengymnastik, Bewegungstherapie, Sprachtherapie oder Arbeits- und Beschäftigungstherapie, ferner durch andere geeignete Hilfen, auch durch geistige und seelische Einwirkungen, zu verbessern und den Patienten bei der Entwicklung eigener Abwehr- und Heilungskräfte zu helfen, und in denen
- die Patienten untergebracht und gepflegt werden können.

Aufgestellte Betten (188-41, 188-42)

Alle Betten, die in der Einrichtung betriebsbereit aufgestellt sind, unabhängig von der Förderung.

Die Bettenausstattung ist als Jahresdurchschnittswert angegeben. Im allgemeinen ergibt sich der Jahresdurchschnitt als Durchschnittswert der an den Monatsenden vorhandenen Bettenzahl.

Patientenzugang (188-41, 188-42)

Als Patientenzugang werden ausschließlich die vollstationär aufgenommenen Patienten (Fälle) gezählt; hier sind auch die Stundenfälle enthalten. Teilstationär oder ambulant behandelte Patienten bleiben genauso wie gesunde Neugeborene unberücksichtigt.

Patientenabgang (188-41, 188-42)

Hierzu zählen zum einen Entlassungen aus der Einrichtung (aus vollstationärer Behandlung) einschließlich der Stundenfälle und Verlegungen in (andere) Krankenhäuser sowie die verstorbenen Patienten.

Hauptamtliche Ärzte (188-41, 188-42)

Hierzu zählen im Krankenhaus fest angestellte Ärzte. Gast-, Konsiliar- und hospitierende Ärzte, Ärzte im Praktikum sowie Belegärzte sind nicht erfaßt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

187-41 Statistik der Berufe des Gesundheitswesens

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 31.12.

Art der Statistik: Koordinierte Landesstatistik

Rechtsgrundlage: Landesspezifische Regelungen

Gebiet	Ärzte in freier Praxis ¹⁾²⁾³⁾⁴⁾					Zahnärzte in freier Praxis ²⁾³⁾⁵⁾⁶⁾	Öffentliche Apotheken ³⁾⁷⁾⁸⁾
	insgesamt	darunter					
		Ärzte für Allgemein- medizin, praktische Ärzte	Ärzte für Chirurgie	Ärzte für Innere Medizin	Ärzte für Frauenheil- kunde und Geburts- hilfe		
		1	2	3	4		

¹⁾ Sachsen: Ärzte in Niederlassung.

²⁾ Bayern: aufgrund der Umstellung der Datenquelle sind nur Landesergebnisse verfügbar.

³⁾ Nordrhein-Westfalen: ab 1997 keine Ergebnisse verfügbar; wegen fehlender Rechtsgrundlage ist die betreffende Statistik ausgesetzt.

⁴⁾ Rheinland-Pfalz: ohne Praxisassistenten.

⁵⁾ Sachsen: Zahnärzte in Niederlassung, einschließlich Assistenten.

⁶⁾ Thüringen: bis 1996 Zahnärzte insgesamt.

⁷⁾ Schleswig-Holstein: bis 1993 einschließlich Krankenhausapotheken.

⁸⁾ Baden-Württemberg: Stichtag 1.2.

Definitionen zur Tabelle

Den Ergebnissen für die einzelnen Bundesländer liegen unterschiedliche Datenquellen zugrunde. In der Regel sind dies Ärztekammern, Zahnärztekammern und Apothekerkammern, in anderen Fällen aber auch das Gesundheitsamt oder das Landesverwaltungsamt.

Für Deutschland stammen die Daten von der Bundesärztekammer, der Bundeszahnärztekammer und der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände. Die Begriffe Ärzte bzw. Zahnärzte in freier Praxis und niedergelassene Ärzte bzw. Zahnärzte werden synonym verwendet.

Ärzte in freier Praxis (187-41)

Nachgewiesen werden Ärzte in freier Praxis, Praxisassistenten und angestellte Ärzte bei Ärzten in freier Praxis.

Ärzte für Allgemeinmedizin, praktische Ärzte (187-41)

Allgemeinärzte sind Ärzte mit abgeschlossener Weiterbildung und Anerkennung der Ärztekammer als Allgemeinarzt, die auch als solche tätig sind. Praktische Ärzte sind approbierte Ärzte ohne Weiterbildung zu einem Arzt mit Gebietsbezeichnung.

Ärzte für Chirurgie (187-41)

Ärzte für Chirurgie sind Ärzte mit abgeschlossener Weiterbildung und Anerkennung der Ärztekammer als Arzt mit der Gebietsbezeichnung Chirurgie, die auch im betreffenden Fachgebiet tätig sind.

Ärzte für Innere Medizin (187-41)

Ärzte für Innere Medizin sind Ärzte mit abgeschlossener Weiterbildung und Anerkennung der Ärztekammer als Arzt mit der Gebietsbezeichnung Innere Medizin, die auch im betreffenden Fachgebiet tätig sind.

Ärzte für Frauenheilkunde und Geburtshilfe (187-41)

Ärzte für Frauenheilkunde und Geburtshilfe sind Ärzte mit abgeschlossener Weiterbildung und Anerkennung der Ärztekammer als Arzt mit der Gebietsbezeichnung Frauenheilkunde und Geburtshilfe, die auch im betreffenden Fachgebiet tätig sind.

Zahnärzte in freier Praxis (187-41)

Nachgewiesen werden Zahnärzte in freier Praxis, Praxisassistenten und Praxisvertreter sowie angestellte Zahnärzte bei Zahnärzten in freier Praxis.

Öffentliche Apotheken (187-41)

Zu den öffentlichen Apotheken zählen alle öffentlichen Voll- und Zweigapotheken. Nicht dazu zählen Krankenhaus- und Notapotheken.

Stand der Definitionen: Januar 2001

030-31 Statistik der Baugenehmigungen

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: §§ 1 und 3 des Gesetzes über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz - HbauStatG) vom 05.05.1998 (BGBl I S. 869)

Gebiet	Baugenehmigungen ¹⁾ zur Errichtung neuer					
	Wohngebäude			Wohnungen in Wohngebäuden		
	insgesamt	davon mit		insgesamt	davon in Gebäuden mit	
		1 und 2 Wohnungen	3 oder mehr Wohnungen		1 und 2 Wohnungen	3 oder mehr Wohnungen
1	2	3	4	5	6	

¹⁾ Sachsen-Anhalt: ohne Wohnheime.

Definitionen zur Tabelle

Unter Baugenehmigungen werden „genehmigungs- oder zustimmungsbedürftige sowie kenntnisgabe- oder anzeigepflichtige oder einem Genehmigungsverfahren unterliegende Baumaßnahmen“ verstanden.

Wohngebäude (030-31, 030-33)

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Zu den Wohngebäuden zählen auch Wohnheime. Sie sind in Tabelle 030-31 bei den „Wohngebäuden insgesamt“ sowie bei „Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen“ eingerechnet.

Wohnungen (030-31, 030-32, 030-33)

Eine Wohnung ist die Gesamtheit der Räume, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen, darunter stets eine Küche oder ein Raum mit festinstallierter Kochgelegenheit (Kochnische/-schrank). Eine Wohnung hat grundsätzlich einen eigenen abschließbaren Zugang unmittelbar vom Freien, von einem Treppenhaus oder einem Vorraum, ferner Wasserversorgung, Ausguß und Toilette.

Während in den Tabellen 030-31 und 030-32 bei den ausgewiesenen Wohnungen Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden nicht enthalten sind, gehen in die Zahl der in Tabelle 030-33 ausgewiesenen genehmigten Wohnungen auch alle Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden ein. Deswegen können dort eventuell auch negative Zahlen auftreten.

In der Tabelle 030-31 sind die „Wohnungen in Wohnheimen“ bei den „Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt“ sowie bei „Wohnungen in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen“ eingerechnet. In der Tabelle 030-33 sind die „Wohnungen in Wohnheimen“ ebenfalls enthalten.

Stand der Definitionen: Januar 2001

030-32 Statistik der Baugenehmigungen

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: §§ 1 und 3 des Gesetzes über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz - HbauStatG) vom 05.05.1998 (BGBl I S. 869)

Gebiet	Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Nichtwohngebäude		
	Nichtwohngebäude	Nutzfläche in 1 000 m²	Wohnung
	1	2	3

Definitionen zur Tabelle

Unter Baugenehmigungen werden „genehmigungs- oder zustimmungsbedürftige sowie kenntnisgabe- oder anzeigepflichtige oder einem Genehmigungsverfahren unterliegende Baumaßnahmen“ verstanden.

Nichtwohngebäude (030-32, 030-33)

Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend (gemessen an der Gesamtnutzfläche) für Nichtwohnzwecke bestimmt sind. Dazu zählen z.B. Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude (z.B. Fabrikgebäude, Hotels).

Wohnungen (030-31, 030-32, 030-33)

Eine Wohnung ist die Gesamtheit der Räume, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen, darunter stets eine Küche oder ein Raum mit festinstallierter Kochgelegenheit (Kochnische/-schrank). Eine Wohnung hat grundsätzlich einen eigenen abschließbaren Zugang unmittelbar vom Freien, von einem Treppenhaus oder einem Vorraum, ferner Wasserversorgung, Ausguß und Toilette.

Während in den Tabellen 030-31 und 030-32 bei den ausgewiesenen Wohnungen Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden nicht enthalten sind, gehen in die Zahl der in Tabelle 030-33 ausgewiesenen genehmigten Wohnungen auch alle Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden ein. Deswegen können dort eventuell auch negative Zahlen auftreten.

In der Tabelle 030-31 sind die „Wohnungen in Wohnheimen“ bei den „Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt“ sowie bei „Wohnungen in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen“ eingerechnet. In der Tabelle 030-33 sind die „Wohnungen in Wohnheimen“ ebenfalls enthalten.

Stand der Definitionen: Januar 2001

030-33 Statistik der Baugenehmigungen

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: §§ 1 und 3 des Gesetzes über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz - HbauStatG) vom 05.05.1998 (BGBl I S. 869)

Gebiet	Baugenehmigungen für Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden				
	Wohnungen insgesamt	davon mit			
		1 und 2 Räumen	3 Räumen	4 Räumen	5 oder mehr Räumen
		1	2	3	4

Definitionen zur Tabelle

Unter Baugenehmigungen werden „genehmigungs- oder zustimmungsbedürftige sowie kenntnisgabe- oder anzeigepflichtige oder einem Genehmigungsverfahren unterliegende Baumaßnahmen“ verstanden.

Wohngebäude (030-31, 030-33)

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Zu den Wohngebäuden zählen auch Wohnheime. Sie sind in Tabelle 030-31 bei den „Wohngebäuden insgesamt“ sowie bei „Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen“ eingerechnet.

Nichtwohngebäude (030-32, 030-33)

Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend (gemessen an der Gesamtnutzfläche) für Nichtwohnzwecke bestimmt sind. Dazu zählen z.B. Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude (z.B. Fabrikgebäude, Hotels).

Wohnungen (030-31, 030-32, 030-33)

Eine Wohnung ist die Gesamtheit der Räume, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen, darunter stets eine Küche oder ein Raum mit festinstallierter Kochgelegenheit (Kochnische/-schrank). Eine Wohnung hat grundsätzlich einen eigenen abschließbaren Zugang unmittelbar vom Freien, von einem Treppenhaus oder einem Vorraum, ferner Wasserversorgung, Ausguß und Toilette.

Während in den Tabellen 030-31 und 030-32 bei den ausgewiesenen Wohnungen Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden nicht enthalten sind, gehen in die Zahl der in Tabelle 030-33 ausgewiesenen genehmigten Wohnungen auch alle Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden ein. Deswegen können dort eventuell auch negative Zahlen auftreten.

In der Tabelle 030-31 sind die „Wohnungen in Wohnheimen“ bei den „Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt“ sowie bei „Wohnungen in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen“ eingerechnet. In der Tabelle 030-33 sind die „Wohnungen in Wohnheimen“ ebenfalls enthalten.

Räume (030-33)

Als Räume zählen alle Wohn- und Schlafräume mit 6 m² oder mehr Wohnfläche sowie alle Küchen.

Stand der Definitionen: Januar 2001

031-01 Statistik der Baufertigstellungen

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: §§ 1 und 3 des Gesetzes über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz - HbauStatG) vom 05.05.1998 (BGBl I S. 869)

Gebiet	Fertigstellung ¹⁾ neuer					
	Wohngebäude			Wohnungen in Wohngebäuden		
	insgesamt	davon mit		insgesamt	davon in Gebäuden mit	
		1 und 2 Wohnungen	3 oder mehr Wohnungen		1 und 2 Wohnungen	3 oder mehr Wohnungen
	1	2	3	4	5	6

¹⁾ Sachsen-Anhalt: ohne Wohnheime.

Definitionen zur Tabelle

Unter Baufertigstellungen werden die Fertigstellungen von „genehmigungs- oder zustimmungsbedürftigen sowie kenntnisgabe- oder anzeigepflichtigen oder einem Genehmigungsverfahren unterliegenden Baumaßnahmen“ verstanden.

Wohngebäude (031-01, 031-33)

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Zu den Wohngebäuden zählen auch Wohnheime. Sie sind in Tabelle 031-01 bei den „Wohngebäuden insgesamt“ sowie bei „Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen“ eingerechnet.

Wohnungen (031-01, 031-32, 031-33)

Eine Wohnung ist die Gesamtheit der Räume, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen, darunter stets eine Küche oder ein Raum mit festinstallierter Kochgelegenheit (Kochnische/-schrank). Eine Wohnung hat grundsätzlich einen eigenen abschließbaren Zugang unmittelbar vom Freien, von einem Treppenhaus oder einem Vorraum, ferner Wasserversorgung, Ausguß und Toilette.

Während in den Tabellen 031-01 und 031-32 bei den ausgewiesenen Wohnungen Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden nicht enthalten sind, gehen in die Zahl der in Tabelle 031-33 ausgewiesenen fertiggestellten Wohnungen auch alle Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden ein. Deswegen können dort eventuell auch negative Zahlen auftreten.

In der Tabelle 031-01 sind die „Wohnungen in Wohnheimen“ bei den „Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt“ sowie bei „Wohnungen in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen“ eingerechnet. In der Tabelle 031-33 sind die „Wohnungen in Wohnheimen“ ebenfalls enthalten.

Stand der Definitionen: Januar 2001

031-32 Statistik der Baufertigstellungen

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: §§ 1 und 3 des Gesetzes über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz - HbauStatG) vom 05.05.1998 (BGBl I S. 869)

Gebiet	Fertigstellung neuer Nichtwohngebäude		
	Nichtwohngebäude	Nutzfläche in 1 000 m²	Wohnungen
	1	2	3

Definitionen zur Tabelle

Unter Baufertigstellungen werden die Fertigstellungen von „genehmigungs- oder zustimmungsbedürftigen sowie kenntnisgabe- oder anzeigepflichtigen oder einem Genehmigungsverfahren unterliegenden Baumaßnahmen“ verstanden.

Nichtwohngebäude (031-32, 031-33)

Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend (gemessen an der Gesamtnutzfläche) für Nichtwohnzwecke bestimmt sind. Dazu zählen z.B. Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude (z.B. Fabrikgebäude, Hotels).

Wohnungen (031-01, 031-32, 031-33)

Eine Wohnung ist die Gesamtheit der Räume, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen, darunter stets eine Küche oder ein Raum mit festinstallierter Kochgelegenheit (Kochnische/-schrank). Eine Wohnung hat grundsätzlich einen eigenen abschließbaren Zugang unmittelbar vom Freien, von einem Treppenhaus oder einem Vorraum, ferner Wasserversorgung, Ausguß und Toilette.

Während in den Tabellen 031-01 und 031-32 bei den ausgewiesenen Wohnungen Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden nicht enthalten sind, gehen in die Zahl der in Tabelle 031-33 ausgewiesenen fertiggestellten Wohnungen auch alle Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden ein. Deswegen können dort eventuell auch negative Zahlen auftreten.

In der Tabelle 031-01 sind die „Wohnungen in Wohnheimen“ bei den „Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt“ sowie bei „Wohnungen in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen“ eingerechnet. In der Tabelle 031-33 sind die „Wohnungen in Wohnheimen“ ebenfalls enthalten.

Stand der Definitionen: Januar 2001

031-33 Statistik der Baufertigstellungen

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: §§ 1 und 3 des Gesetzes über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz - HbauStatG) vom 05.05.1998 (BGBl I S. 869)

Gebiet	Fertigstellung von Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden				
	Wohnungen insgesamt	davon mit			
		1 und 2 Räumen	3 Räumen	4 Räumen	5 oder mehr Räumen
		1	2	3	4

Definitionen zur Tabelle

Unter Baufertigstellungen werden die Fertigstellungen von „genehmigungs- oder zustimmungsbedürftigen sowie kenntnisgabe- oder anzeigepflichtigen oder einem Genehmigungsverfahren unterliegenden Baumaßnahmen“ verstanden.

Wohngebäude (031-01, 031-33)

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Zu den Wohngebäuden zählen auch Wohnheime. Sie sind in Tabelle 031-01 bei den „Wohngebäuden insgesamt“ sowie bei „Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen“ eingerechnet.

Nichtwohngebäude (031-32, 031-33)

Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend (gemessen an der Gesamtnutzfläche) für Nichtwohnzwecke bestimmt sind. Dazu zählen z.B. Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude (z.B. Fabrikgebäude, Hotels).

Wohnungen (031-01, 031-32, 031-33)

Eine Wohnung ist die Gesamtheit der Räume, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen, darunter stets eine Küche oder ein Raum mit festinstallierter Kochgelegenheit (Kochnische/-schrank). Eine Wohnung hat grundsätzlich einen eigenen abschließbaren Zugang unmittelbar vom Freien, von einem Treppenhaus oder einem Vorraum, ferner Wasserversorgung, Ausguß und Toilette.

Während in den Tabellen 031-01 und 031-32 bei den ausgewiesenen Wohnungen Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden nicht enthalten sind, gehen in die Zahl der in Tabelle 031-33 ausgewiesenen fertiggestellten Wohnungen auch alle Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden ein. Deswegen können dort eventuell auch negative Zahlen auftreten.

In der Tabelle 031-01 sind die „Wohnungen in Wohnheimen“ bei den „Wohnungen in Wohngebäuden insgesamt“ sowie bei „Wohnungen in Wohngebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen“ eingerechnet. In der Tabelle 031-33 sind die „Wohnungen in Wohnheimen“ ebenfalls enthalten.

Räume (031-33)

Als Räume zählen alle Wohn- und Schlafräume mit 6 m² oder mehr Wohnfläche sowie alle Küchen.

Stand der Definitionen: Januar 2001

035-11 Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 31.12.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 8 des Gesetzes über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz - HbauStatG) vom 05.05.1998 (BGBl I S. 869)

Gebiet	Wohngebäude		Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden								Räume in Wohnungen mit 7 oder mehr Räumen
	insge- samt	darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	insge- samt	davon mit . . . Raum/Räumen							
				1	2	3	4	5	6	7 oder mehr	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Definitionen zur Tabelle

Wohngebäude (035-11)

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Wohnheime sind nicht in die Fortschreibung einbezogen.

Wohnungen (035-11)

Eine Wohnung ist die Gesamtheit der Räume, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen, darunter stets eine Küche oder ein Raum mit festinstallierter Kochgelegenheit (Kochnische/-schrank). Eine Wohnung hat grundsätzlich einen eigenen abschließbaren Zugang unmittelbar vom Freien, von einem Treppenhaus oder einem Vorraum, ferner Wasserversorgung, Ausguß und Toilette.

Wohnungen in Wohnheimen werden nicht in die Fortschreibung einbezogen.

Räume (035-11)

Als Räume zählen alle Wohn- und Schlafräume mit 6 m² oder mehr Wohnfläche sowie alle Küchen.

Stand der Definitionen: Januar 2001

514-31 Statistik der öffentlichen Wasserversorgung

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 3-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 6 des Gesetzes über die Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz - UStatG) vom 21.09.1994 (BGBl I S. 2530), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19.12.1997 (BGBl I S. 3158)

Gebiet	Wasser- versorgungs- unternehmen	Wasser- gewinnungs- anlagen	Wassergewinnung in 1 000 m ³				
			insgesamt	davon			
				Grund- wasser	Quell- wasser	Uferfiltrat, angereichertes Grundwasser	Fluß-, Seen- und Talsperren- wasser
1	2	3	4	5	6	7	

Definitionen zur Tabelle

Die regionale Zuordnung der Daten erfolgt nach dem Standort der Wassergewinnungsanlage.

Bei den Wasserversorgungsunternehmen sind Mehrfachzählungen enthalten, da diese nach dem Standort der Anlage und nicht nach dem Sitz des Unternehmens gezählt werden.

Grundwasser (514-31, 518-31)

Als Grundwasser gilt das unterirdisch anstehende Wasser, das die Hohlräume der Erdrinde zusammenhängend ausfüllt und nur der Schwere unterliegt, ohne natürlichen Austritt.

Quellwasser (514-31, 518-31)

Quellwasser ist der örtlich begrenzte natürliche Grundwasseraustritt, auch nach künstlicher Fassung, allerdings ohne Überlaufwasser.

Uferfiltrat (514-31, 518-31)

Uferfiltrat ist Wasser, das den Wassergewinnungsanlagen durch das Ufer eines Flusses oder Sees im Untergrund nach Bodenpassage zusickert und sich mit dem anstehenden Grundwasser vermischt; es wird in seiner Beschaffenheit wesentlich von der des Oberflächenwassers bestimmt.

Angereichertes Grundwasser (514-31, 518-31)

Angereichertes Grundwasser besteht überwiegend aus planmäßig versickertem Oberflächenwasser, echtem Grundwasser und ggf. Uferfiltrat.

Stand der Definitionen: Januar 2001

514-32 Statistik der öffentlichen Wasserversorgung

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 3-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 6 des Gesetzes über die Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz - UStatG) vom 21.09.1994 (BGBl I S. 2530), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19.12.1997 (BGBl I S. 3158)

Gebiet	Einwohner insgesamt am 31.12.	Einwohner mit Anschluß an die öffent- liche Wasser- versorgung am 31.12.	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Hausbrunnen oder Quellen, aus denen Trinkwasser gewonnen wird
			insgesamt in 1 000 m³	darunter an Haushalte und Kleingewerbe		
				Menge in 1 000 m³	Wasserabgabe je Einwohner und Tag in Liter	
	1	2	3	4	5	6

Definitionen zur Tabelle

Die regionale Zuordnung der Daten erfolgt nach dem Wohnort der Letztverbraucher.

Letztverbraucher (514-32)

Letztverbraucher sind private Haushalte, gewerbliche Unternehmen und sonstige Abnehmer, mit denen die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen die abgegebenen Wassermengen unmittelbar abrechnen.

Stand der Definitionen: Januar 2001

516-31 Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 3-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 31.12.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 6 des Gesetzes über die Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz - UStatG) vom 21.09.1994 (BGBl I S. 2530), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19.12.1997 (BGBl I S. 3158)

Gebiet	Einwohner insgesamt	Einwohner mit Anschluß an die öffentliche Kanalisation	
		insgesamt	darunter mit Anschluß an zentrale Abwasserbehandlungsanlagen
	1	2	3

Definitionen zur Tabelle

Die regionale Zuordnung der Daten erfolgt nach dem Wohnort.

In der Tabelle 516-31 sind in Spalte 3 sowohl die an öffentlichen als auch an industriellen Abwasserbehandlungsanlagen angeschlossenen Einwohner einbezogen, während in der Tabelle 516-32 ausschließlich die Ergebnisse öffentlicher Abwasserbehandlungsanlagen dargestellt sind.

Kanalisation (516-31)

Anlage zur Sammlung und Ableitung von Abwasser.

Abwasserbehandlungsanlage (516-31, 516-32)

Anlage zur Reinigung von Abwasser. Einbezogen wurden mechanische sowie biologische Anlagen mit bzw. ohne weitergehende Behandlung. Nicht zu den Abwasserbehandlungsanlagen im Sinne der Erhebung zählen Rechen- und Siebanlagen, Fettabscheider und Kleinkläranlagen.

Stand der Definitionen: Januar 2001

516-32 Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 3-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 6 des Gesetzes über die Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz - UStatG) vom 21.09.1994 (BGBl I S. 2530), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19.12.1997 (BGBl I S. 3158)

Gebiet	Länge des Kanalnetzes in km ¹⁾	Abwasserbehandlungsanlagen			Angeschlossene Einwohnerwerte am 31.12. in 1 000					
		insgesamt	darunter mit biologischer Behandlung		insgesamt	darunter mit biologischer Behandlung		darunter angeschlossene Einwohner		
			zusammen	darunter mit Denitrifikation und Phosphor-elimination		zusammen	darunter mit Denitrifikation und Phosphor-elimination	zusammen	darunter mit biologischer Behandlung	
									zusammen	darunter mit Denitrifikation und Phosphor-elimination
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	

Jahresabwassermenge in 1 000 m ³					
insgesamt	darunter mit biologischer Behandlung		darunter häusliches und betriebliches Schmutzwasser		
	zusammen	darunter mit Denitrifikation und Phosphor-elimination	zusammen	darunter mit biologischer Behandlung	
				zusammen	darunter mit Denitrifikation und Phosphor-elimination
11	12	13	14	15	16

¹⁾ Bayern, Hessen: nach dem Sitz des Betreibers.

Definitionen zur Tabelle

Die regionale Zuordnung der Daten der Spalte 1 erfolgt nach dem Standort des Kanalnetzes und nicht nach dem Sitz des Betreibers, der Spalten 2 bis 16 nach dem Standort der Abwasserbehandlungsanlage.

In der Tabelle 516-32 werden ausschließlich die Ergebnisse öffentlicher Abwasserbehandlungsanlagen dargestellt, während in der Tabelle 516-31 zusätzlich die an industrielle Abwasserbehandlungsanlagen angeschlossenen Einwohner einbezogen sind.

Kanalnetz (516-32)

Offenes oder geschlossenes Gerinne, in dem Abwasser in der Regel mit freiem Gefälle abgeleitet wird. Man unterscheidet z.B. Regenwasserkanal, Schmutzwasserkanal, Mischwasserkanal.

Abwasserbehandlungsanlage (516-31, 516-32)

Anlage zur Reinigung von Abwasser. Einbezogen wurden mechanische sowie biologische Anlagen mit bzw. ohne weitergehende Behandlung. Nicht zu den Abwasserbehandlungsanlagen im Sinne der Erhebung zählen Rechen- und Siebanlagen, Fettsabscheider und Kleinkläranlagen.

Biologische Abwasserbehandlung (516-32)

Entfernung von gelösten Schmutzstoffen, Kolloiden und Schwebstoffen aus Abwasser durch aeroben und/oder anaeroben Abbau, Aufbau neuer Zellsubstanz und Adsorption an Bakterienflocken oder biologischen Rasen, z.B. Belebungsverfahren, Tropfkörperverfahren.

Einwohnerwert (516-32)

Summe aus Einwohnerzahl und Einwohnergleichwert.

Der Einwohnergleichwert ist ein Umrechnungswert aus dem Vergleich von gewerblichem oder industriellem Schmutzwasser mit häuslichem Schmutzwasser, ermittelt aus dem täglichen Anfall von Schmutzwasser- oder Abwasserinhaltsstoffen. Es wird also eine (fiktive) Einwohnerzahl errechnet, die für das angefallene gewerbliche bzw. industrielle Schmutzwasser steht.

Denitrifikation (516-32)

Reduktion von oxidierten Stickstoffverbindungen zu elementarem flüchtigen Stickstoff durch Bakterien.

Schmutzwasser (516-32)

Wasser, das durch häuslichen und betrieblichen Gebrauch verändert und in der öffentlichen Kanalisation gesammelt wird.

Jahresabwassermenge (516-32)

Die Jahresabwassermenge setzt sich zusammen aus Schmutzwasser, Fremdwasser sowie Niederschlagswasser.

Stand der Definitionen: Januar 2001

516-33 Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 3-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 6 des Gesetzes über die Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz - UStatG) vom 21.09.1994 (BGBl I S. 2530), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19.12.1997 (BGBl I S. 3158)

Gebiet	Trockenmasse des aus Abwasserbehandlungsanlagen entsorgten Klärschlamm in Tonnen				
	insgesamt	davon			
		stoffliche Verwertung	thermische Entsorgung	Deponierung	Abgabe an andere Abwasser- behandlungsanlagen, Zwischenlagerung
		1	2	3	4

Definitionen zur Tabelle

Die regionale Zuordnung der Daten erfolgt nach dem Standort der Abwasserbehandlungsanlage.

Trockenmasse (516-33)

Trockenmasse beschreibt die Masse des Feststoffgehalts des Klärschlammes.

Klärschlamm (516-33)

Klärschlamm besteht aus vom Abwasser abtrennbaren, wasserhaltigen Stoffen, ausgenommen Rechen-, Sieb- und Sandfanggut.

Stand der Definitionen: Januar 2001

**518-31 Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bereich
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 3-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 7 des Gesetzes über die Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz - UStatG) vom 21.09.1994 (BGBl I S. 2530), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19.12.1997 (BGBl I S. 3158)

Gebiet	Wasseraufkommen in 1 000 m³								Betriebe am 31.12.	
	insgesamt	davon							mit Eigen- gewinnung	mit Fremd- bezug
		Eigengewinnung						Fremdbezug		
		zusammen	davon aus							
			Grund- wasser	Quell- wasser	Ufer- filtrat	angerei- chertem Grund- wasser	Fluß-, Seen- und Talsperren- wasser			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Definitionen zur Tabelle

Die regionale Zuordnung der Daten erfolgt nach dem Sitz des Betriebes.

Berichtskreis

Seit 1995 umfaßt der Kreis der Berichtspflichtigen alle Betriebe des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes, die

- Wasser gewinnen,
- Wasser oder Abwasser in Gewässer leiten oder
- ein Wasseraufkommen von mindestens 10 000 m³ jährlich haben.

Wegen einer maßgeblichen Änderung des Berichtskreises dieser Statistik sind die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 1995 mit denen der vorhergegangenen Erhebungen nicht vergleichbar.

Wasseraufkommen (518-31)

Das Wasseraufkommen setzt sich zusammen aus der Eigengewinnung der Betriebe und dem Fremdbezug aus dem öffentlichen Netz und von anderen Betrieben und Einrichtungen über nichtöffentliche Leitungen.

Eigengewinnung (518-31)

Unter Eigengewinnung ist die Wasserförderung mit betriebseigenen Gewinnungsanlagen bzw. Entnahmeeinrichtungen zu verstehen.

Grundwasser (514-31, 518-31)

Als Grundwasser gilt das unterirdisch anstehende Wasser, das die Hohlräume der Erdrinde zusammenhängend ausfüllt und nur der Schwere unterliegt, ohne natürlichen Austritt.

Quellwasser (514-31, 518-31)

Quellwasser ist der örtlich begrenzte natürliche Grundwasseraustritt, auch nach künstlicher Fassung, allerdings ohne Überlaufwasser.

Uferfiltrat (514-31, 518-31)

Uferfiltrat ist Wasser, das den Wassergewinnungsanlagen durch das Ufer eines Flusses oder Sees im Untergrund nach Bodenpassage zusickert und sich mit dem anstehenden Grundwasser vermischt; es wird in seiner Beschaffenheit wesentlich von der des Oberflächenwassers bestimmt.

Angereichertes Grundwasser (514-31, 518-31)

Angereichertes Grundwasser besteht überwiegend aus planmäßig versickertem Oberflächenwasser, echtem Grundwasser und ggf. Uferfiltrat.

Stand der Definitionen: Januar 2001

**518-32 Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bereich
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 3-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 7 des Gesetzes über die Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz - UStatG) vom 21.09.1994 (BGBl I S. 2530), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19.12.1997 (BGBl I S. 3158)

Gebiet	Verwendung des Wasseraufkommens in 1 000 m³		Gesamtnutzung in 1 000 m³				
	im Betrieb eingesetztes Frischwasser	ungenutzt abgeleitetes oder an Dritte abgegebenes Wasser	insgesamt	davon			
				zur Kühlung von Produktions- und Stromerzeugungsanlagen	zur Dampferzeugung	für produktions-spezifische Zwecke	für Belegschaftszwecke
	1	2	3	4	5	6	7

Definitionen zur Tabelle

Die regionale Zuordnung der Daten erfolgt nach dem Sitz des Betriebes.

Berichtskreis

Seit 1995 umfaßt der Kreis der Berichtspflichtigen alle Betriebe des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes, die

- Wasser gewinnen,
- Wasser oder Abwasser in Gewässer leiten oder
- ein Wasseraufkommen von mindestens 10 000 m³ jährlich haben.

Wegen einer maßgeblichen Änderung des Berichtskreises dieser Statistik sind die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 1995 mit denen der vorhergegangenen Erhebungen nicht vergleichbar.

Gesamtnutzung (518-32)

Wassermenge, die erforderlich wäre, wenn für die einzelnen Nutzungen jeweils Frischwasser eingesetzt würde.

Stand der Definitionen: Januar 2001

**518-33 Statistik der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bereich
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 3-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 7 des Gesetzes über die Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz - UStatG) vom 21.09.1994 (BGBl I S. 2530), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19.12.1997 (BGBl I S. 3158)

Gebiet	Verbleib des Abwassers in 1 000 m³				
	insgesamt	davon			Direkteinleitung in ein Oberflächen- gewässer / in den Untergrund
		Indirekteinleitung			
		in die öffentliche Kanalisation bzw. in öffentliche Abwasser- behandlungsanlagen	in betriebseigene Abwasser- behandlungsanlagen	an andere Betriebe	
	1	2	3	4	5

Definitionen zur Tabelle

Die regionale Zuordnung der Daten erfolgt nach dem Sitz des Betriebes.

Berichtskreis

Seit 1995 umfaßt der Kreis der Berichtspflichtigen alle Betriebe des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes, die

- Wasser gewinnen,
- Wasser oder Abwasser in Gewässer leiten oder
- ein Wasseraufkommen von mindestens 10 000 m³ jährlich haben.

Wegen einer maßgeblichen Änderung des Berichtskreises dieser Statistik sind die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 1995 mit denen der vorhergegangenen Erhebungen nicht vergleichbar.

Direkteinleitung (518-33)

Einleitung von unbehandeltem Abwasser in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund.

Indirekteinleitung (518-33)

Einleitung von unbehandeltem Abwasser in die öffentliche Kanalisation oder in betriebseigene Abwasserbehandlungsanlage oder Weiterleitung an andere Betriebe.

Stand der Definitionen: Januar 2001

449-01 Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** 4-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 31.12.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) i.d.F. der Bek vom 23.08.1992 (BGBl I S. 1632)

Gebiet	Bodenfläche ¹⁾ nach Art der tatsächlichen Nutzung in ha								
	insgesamt	davon							
		Siedlungs- und Verkehrsfläche							
		insgesamt	davon						
			Gebäude- und Freifläche			Betriebs- fläche (ohne Abbauland)	Erholungsfläche		Fried- hofs- fläche
			zusammen	darunter			zusammen	darunter Grünan- lage	
				Wohnen	Gewerbe, Industrie				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

noch: Bodenfläche ¹⁾ nach Art der tatsächlichen Nutzung in ha												
davon												
noch: Siedlungs- und Verkehrsfläche		Landwirtschaftsfläche			Waldfläche	Wasser- fläche	Abbau- land	Flächen anderer Nutzung (ohne Friedhofsfläche)				
davon								insgesamt	darunter		insgesamt	darunter Unland
Verkehrsfläche									Moor	Heide		
zusammen	darunter Straße, Weg, Platz	insgesamt	Moor	Heide								
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19			

¹⁾ Rheinland-Pfalz: Landessumme einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebiets.

Definitionen zur Tabelle

Bodenfläche (449-01)

Die Bodenfläche einer regionalen Einheit (z.B. Gemeinde, gemeindefreies Gebiet, Kreis) setzt sich aus allen innerhalb der festgelegten Grenzen dieses Gebiets liegenden Flächen zusammen. Erhebungsgrundlage für die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung stellen die Liegenschaftskataster dar. Seit 1979 werden bei dieser Erhebung alle zu einer regionalen Einheit gehörenden Flächen erfaßt, wobei die hier verwendeten Definitionen und Abgrenzungen mit den bei anderen Erhebungen benutzten, trotz z.T. gleichem oder ähnlichem Wortlaut, nicht bzw. nicht in vollem Umfang übereinstimmen.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (449-01)

Summenposition der Nutzungsarten Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbau land, Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie Friedhofsfläche.

Gebäude- und Freifläche (449-01)

Zur Gebäude- und Freifläche gehören Flächen mit Gebäuden (Gebäudeflächen) sowie unbebaute Flächen (Freiflächen), die Zwecken der Gebäude untergeordnet sind. Zu den unbebauten Flächen zählen Vor- und Hausgärten, Spiel- und Stellplätze, Grünflächen, Hofräume, Lagerplätze usw.; es sei denn, daß sie wegen eigenständiger Verwendung nach ihrer tatsächlichen Nutzung auszuweisen sind.

Wohnen (449-01)

Gebäude- und Freiflächen, die vorwiegend Wohnzwecken dienen.

Gewerbe, Industrie (449-01)

Gebäude- und Freiflächen, die vorherrschend gewerblichen und industriellen Zwecken dienen.

Betriebsfläche (ohne Abbau land) (449-01)

Die Betriebsfläche enthält alle unbebauten Flächen, die überwiegend gewerblich, industriell oder für Zwecke der Ver- und Entsorgung genutzt werden, wie z.B. Halden, Lagerplätze, Deponien und dgl.

Erholungsfläche (449-01)

Die Erholungsfläche umfaßt unbebaute Flächen, die überwiegend dem Sport, der Erholung oder dazu dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen. Hierzu gehören u.a. Grünanlagen einschließlich Parks, Schrebergärten und dgl. sowie Sportflächen und Campingplätze.

Grünanlage (449-01)

Hierzu zählen unbebaute Flächen, die vorherrschend der Erholung dienen, wie Parks, Spielplätze, Kleingärten und dgl.

Friedhofsfläche (449-01)

Unbebaute Flächen, die zur Bestattung dienen oder gedient haben, sofern nicht vom Charakter der Anlage her die Zuordnung zur Nutzungsart Grünanlage zutreffender ist.

Verkehrsfläche (449-01)

Unbebaute Flächen, die dem Straßen-, Schienen- oder Luftverkehr sowie Landflächen, die dem Verkehr auf den Wasserstraßen dienen.

Landwirtschaftsfläche (449-01)

Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft, dem Gartenbau (einschließlich Obstanlagen und Baumschulen) oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen.

Waldfläche (449-01)

Unbebaute Flächen, die mit Bäumen und Sträuchern bewachsen sind. Hierzu gehören auch Waldblößen, Pflanzschulen, Wildäsungsflächen.

Wasserfläche (449-01)

Flächen, die ständig oder während des größeren Teils des Jahres mit Wasser bedeckt sind, gleichgültig, ob das Wasser in natürlichen oder künstlichen Betten abfließt oder steht. In die Wasserfläche einbezogen werden auch zugehörige Böschungen, kleine Inseln und dgl.

Abbau land (449-01)

Unbebaute Flächen, die vorherrschend durch Abbau der Bodensubstanz genutzt werden (z.B. Kiesgrube, Braunkohle-Tagebau).

Flächen anderer Nutzung (ohne Friedhofsfläche) (449-01)

Unbebaute Flächen, die nicht mit einer der vorgenannten Nutzungsarten bezeichnet werden können (Übungsgelände, Schutzflächen, Unland usw.).

Unland (449-01)

Unbebaute Flächen, die nicht geordnet genutzt werden können (Felsen, Steinriegel, Dünen usw.).

Stand der Definitionen: Januar 2001

115-01 Allgemeine Agrarstrukturerhebung

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** 2-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Erhebungsjahr

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) in der Neufassung vom 25.06.1998 (BGBl I S. 1635) in Verbindung mit der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (AgrStatGAussV) vom 03.03.1999 (BGBl I S. 300)

Gebiet	Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) nach Kulturarten							
	insgesamt		und zwar Betriebe mit . . .					
			Ackerland		Dauerkulturen		Dauergrünland	
	Betriebe	ha	Betriebe	ha	Betriebe	ha	Betriebe	ha
	1	2	3	4	5	6	7	8

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Seit 1999 werden nur noch landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 ha oder mit mindestens

- jeweils 8 Rindern oder 8 Schweinen oder
- 20 Schafen oder
- jeweils 200 Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder
- jeweils 30 Ar bestockter Rebfläche oder Obstfläche, auch so weit sie nicht im Ertrag stehen, oder Hopfen oder Tabak oder Baumschulen oder Gemüseanbau im Freiland oder Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland oder Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien für Erwerbszwecke oder
- jeweils 3 Ar Anbau für Erwerbszwecke unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen

in die Aufbereitung einbezogen.

Landwirtschaftliche Betriebe (115-01, 115-02, 115-03, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35, 115-37)

Unter einem landwirtschaftlichen Betrieb (einschließlich Garten- und Weinbau) wird eine technisch-wirtschaftliche Einheit verstanden, die für Rechnung eines Inhabers (Betriebsinhaber) bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegt und landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) (115-01, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35)

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) umfaßt Ackerland, Dauergrünland, Rebland, Haus- und Nutzgärten (ohne Ziergärten), Obstanlagen, Baumschulflächen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Sämtliche zu einem Betrieb gehörenden Flächen werden in derjenigen Gemeinde nachgewiesen, in der sich der Betriebssitz befindet (Betriebsprinzip).

Ackerland (115-01, 115-02)

Zum Ackerland gehören alle Flächen, auf denen Getreide, Hülsenfrüchte (zur Körnergewinnung), Hackfrüchte, Handelsgewächse, Feldfutterpflanzen, Gemüse, Erdbeeren und sonstige Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erwerbsgartenbau (einschließlich Unterglasflächen) als Hauptfrüchte angebaut werden sowie gegen Entgelt stillgelegte Ackerflächen und Brache.

Dauerkulturen (115-01)

Zu den Dauerkulturen gehören Obst, Rebland, Baumschulen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Dauergrünland (115-01)

Dauergrünland sind Flächen, die zur Futtergewinnung - ohne Unterbrechung durch andere Kulturen - bestimmt sind. Dazu gehören auch Grünlandflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, die Futtergewinnung aber die Hauptnutzung darstellt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

115-02 Allgemeine Agrarstrukturerhebung

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** 4-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Erhebungsjahr

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) in der Neufassung vom 25.06.1998 (BGBl I S. 1635) in Verbindung mit der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (AgrStatGAussV) vom 03.03.1999 (BGBl I S. 300)

Lfd. Nr.	Merk- mal	Landwirtschaftliche Betriebe mit Ackerland nach Fruchtarten														
		Acker- land insge- samt	Getreide							Hackfrüchte			Futterpflanzen		Handels- gewächse	
			zu- sam- men	und zwar						zu- sam- men	und zwar		zu- sam- men	dar- unter Silo- mais	zu- sam- men	dar- unter Win- ter- raps
				Wei- zen	Rog- gen	Winter- gerste	Sommer- gerste	Ha- fer	Tri- ti- cale		Kar- tof- feln	Zucker- rüben				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15		
1	Be- triebe															
2	Fläche in ha															

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Seit 1999 werden nur noch landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 ha oder mit mindestens

- jeweils 8 Rindern oder 8 Schweinen oder
- 20 Schafen oder
- jeweils 200 Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder
- jeweils 30 Ar bestockter Rebfläche oder Obstfläche, auch so weit sie nicht im Ertrag stehen, oder Hopfen oder Tabak oder Baumschulen oder Gemüseanbau im Freiland oder Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland oder Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien für Erwerbszwecke oder
- jeweils 3 Ar Anbau für Erwerbszwecke unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen

in die Aufbereitung einbezogen.

Landwirtschaftliche Betriebe (115-01, 115-02, 115-03, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35, 115-37)

Unter einem landwirtschaftlichen Betrieb (einschließlich Garten- und Weinbau) wird eine technisch-wirtschaftliche Einheit verstanden, die für Rechnung eines Inhabers (Betriebsinhaber) bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegt und landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt.

Ackerland (115-01, 115-02)

Zum Ackerland gehören alle Flächen, auf denen Getreide, Hülsenfrüchte (zur Körnergewinnung), Hackfrüchte, Handelsgewächse, Feldfutterpflanzen, Gemüse, Erdbeeren und sonstige Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erwerbsgartenbau (einschließlich Unterglasflächen) als Hauptfrüchte angebaut werden sowie gegen Entgelt stillgelegte Ackerflächen und Brache.

Stand der Definitionen: Januar 2001

115-03 Allgemeine Agrarstrukturerhebung

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** 2-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 03.05.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) in der Neufassung vom 25.06.1998 (BGBl I S. 1635) in Verbindung mit der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (AgrStatGAussV) vom 03.03.1999 (BGBl I S. 300)

Gebiet	Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung								
	insgesamt	und zwar mit							
		Rindern				Schweinen		Schafen	
		zusammen		darunter Milchkühen					
		Betriebe		Anzahl	Betriebe	Anzahl	Betriebe	Anzahl	Betriebe
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Seit 1999 werden nur noch landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 ha oder mit mindestens

- jeweils 8 Rindern oder 8 Schweinen oder
 - 20 Schafen oder
 - jeweils 200 Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder
 - jeweils 30 Ar bestockter Rebfläche oder Obstfläche, auch so weit sie nicht im Ertrag stehen, oder Hopfen oder Tabak oder Baumschulen oder Gemüseanbau im Freiland oder Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland oder Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien für Erwerbszwecke oder
 - jeweils 3 Ar Anbau für Erwerbszwecke unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen
- in die Aufbereitung einbezogen.

Landwirtschaftliche Betriebe (115-01, 115-02, 115-03, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35, 115-37)

Unter einem landwirtschaftlichen Betrieb (einschließlich Garten- und Weinbau) wird eine technisch-wirtschaftliche Einheit verstanden, die für Rechnung eines Inhabers (Betriebsinhaber) bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegt und landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

115-31 Allgemeine Agrarstrukturerhebung

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 4-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Erhebungsjahr

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) in der Neufassung vom 25.06.1998 (BGBl I S. 1635) in Verbindung mit der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (AgrStatGAussV) vom 03.03.1999 (BGBl I S. 300)

Gebiet	Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)			
	Haupterwerbsbetriebe		Nebenerwerbsbetriebe	
	Betriebe	ha	Betriebe	ha
	1	2	3	4

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Seit 1999 werden nur noch landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 ha oder mit mindestens

- jeweils 8 Rindern oder 8 Schweinen oder
 - 20 Schafen oder
 - jeweils 200 Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder
 - jeweils 30 Ar bestockter Rebfläche oder Obstfläche, auch so weit sie nicht im Ertrag stehen, oder Hopfen oder Tabak oder Baumschulen oder Gemüseanbau im Freiland oder Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland oder Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien für Erwerbszwecke oder
 - jeweils 3 Ar Anbau für Erwerbszwecke unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen
- in die Aufbereitung einbezogen.

Landwirtschaftliche Betriebe (115-01, 115-02, 115-03, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35, 115-37)

Unter einem landwirtschaftlichen Betrieb (einschließlich Garten- und Weinbau) wird eine technisch-wirtschaftliche Einheit verstanden, die für Rechnung eines Inhabers (Betriebsinhaber) bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegt und landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) (115-01, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35)

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) umfaßt Ackerland, Dauergrünland, Rebland, Haus- und Nutzgärten (ohne Ziergärten), Obstanlagen, Baumschulflächen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Sämtliche zu einem Betrieb gehörenden Flächen werden in derjenigen Gemeinde nachgewiesen, in der sich der Betriebssitz befindet (Betriebsprinzip).

Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen (115-31)

Die sozialökonomische Betriebstypisierung bezieht sich seit 1999 nur noch auf Betriebe, die in der Rechtsform "Einzelunternehmen" geführt werden. Vorher wurden alle Betriebe einbezogen, die sich in der Hand von natürlichen Personen befanden, zu denen neben den Betrieben der Rechtsform "Einzelunternehmen" auch die Betriebe der Rechtsform "Personengesellschaft" (z.B. BGB-Gesellschaft) zählen.

Als sozialökonomische Betriebstypen werden Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe unterschieden.

Haupterwerbsbetriebe (115-31)

Seit 1999 werden zu den Haupterwerbsbetrieben alle Betriebe mit 1,5 AK-Einheiten und mehr oder 0,75 bis unter 1,5 AK-Einheiten und einem Anteil des betrieblichen Nettoeinkommens am gesamten Einkommen von 50 Prozent und mehr gezählt. Eine Arbeitskräfte-Einheit (AK-Einheit) ist die Maßeinheit der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Person. Beschäftigte, die nicht im Betrieb vollbeschäftigt sind, werden entsprechend ihrer Arbeitszeit auf AK-Einheiten umgerechnet.

Nebenerwerbsbetriebe (115-31)

Seit 1999 werden zu den Nebenerwerbsbetrieben alle Betriebe mit weniger als 0,75 AK-Einheiten oder 0,75 bis unter 1,5 AK-Einheiten und einem Anteil des betrieblichen Nettoeinkommens am gesamten Einkommen von unter 50 Prozent gezählt. Eine Arbeitskräfte-Einheit (AK-Einheit) ist die Maßeinheit der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Person. Beschäftigte, die nicht im Betrieb vollbeschäftigt sind, werden entsprechend ihrer Arbeitszeit auf AK-Einheiten umgerechnet.

Stand der Definitionen: Januar 2001

115-32 Allgemeine Agrarstrukturerhebung

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 2-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Erhebungsjahr

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) in der Neufassung vom 25.06.1998 (BGBl I S. 1635) in Verbindung mit der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (AgrStatGAussV) vom 03.03.1999 (BGBl I S. 300)

Lfd. Nr.	Merkmal	Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)									
		insgesamt	davon mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von . . . bis unter . . . ha								
			unter 2	2 - 5	5 - 10	10 - 20	20 - 30	30 - 50	50 - 75	75 - 100	100 o.m.
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	Betriebe										
2	Fläche in ha										

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Seit 1999 werden nur noch landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 ha oder mit mindestens

- jeweils 8 Rindern oder 8 Schweinen oder
- 20 Schafen oder
- jeweils 200 Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder
- jeweils 30 Ar bestockter Rebfläche oder Obstfläche, auch so weit sie nicht im Ertrag stehen, oder Hopfen oder Tabak oder Baumschulen oder Gemüseanbau im Freiland oder Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland oder Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien für Erwerbszwecke oder
- jeweils 3 Ar Anbau für Erwerbszwecke unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen

in die Aufbereitung einbezogen.

Landwirtschaftliche Betriebe (115-01, 115-02, 115-03, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35, 115-37)

Unter einem landwirtschaftlichen Betrieb (einschließlich Garten- und Weinbau) wird eine technisch-wirtschaftliche Einheit verstanden, die für Rechnung eines Inhabers (Betriebsinhaber) bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegt und landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) (115-01, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35)

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) umfaßt Ackerland, Dauergrünland, Rebland, Haus- und Nutzgärten (ohne Ziergärten), Obstanlagen, Baumschulflächen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Sämtliche zu einem Betrieb gehörenden Flächen werden in derjenigen Gemeinde nachgewiesen, in der sich der Betriebssitz befindet (Betriebsprinzip).

Stand der Definitionen: Januar 2001

115-33 Allgemeine Agrarstrukturerhebung

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 4-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Erhebungsjahr

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) in der Neufassung vom 25.06.1998 (BGBl I S. 1635) in Verbindung mit der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (AgrStatGAussV) vom 03.03.1999 (BGBl I S. 300)

Lfd. Nr.	Merkmal	Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)								
		insgesamt	davon mit einem Standardbetriebseinkommen von . . . bis unter . . . 1 000 DM							
			unter 5	5 - 10	10 - 20	20 - 30	30 - 50	50 - 75	75 - 100	100 o.m.
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	Betriebe									
2	Fläche in ha									

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Seit 1999 werden nur noch landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 ha oder mit mindestens

- jeweils 8 Rindern oder 8 Schweinen oder
 - 20 Schafen oder
 - jeweils 200 Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder
 - jeweils 30 Ar bestockter Rebfläche oder Obstfläche, auch so weit sie nicht im Ertrag stehen, oder Hopfen oder Tabak oder Baumschulen oder Gemüseanbau im Freiland oder Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland oder Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien für Erwerbszwecke oder
 - jeweils 3 Ar Anbau für Erwerbszwecke unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen
- in die Aufbereitung einbezogen.

Landwirtschaftliche Betriebe (115-01, 115-02, 115-03, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35, 115-37)

Unter einem landwirtschaftlichen Betrieb (einschließlich Garten- und Weinbau) wird eine technisch-wirtschaftliche Einheit verstanden, die für Rechnung eines Inhabers (Betriebsinhaber) bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegt und landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) (115-01, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35)

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) umfaßt Ackerland, Dauergrünland, Rebland, Haus- und Nutzgärten (ohne Ziergärten), Obstanlagen, Baumschulflächen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Sämtliche zu einem Betrieb gehörenden Flächen werden in derjenigen Gemeinde nachgewiesen, in der sich der Betriebssitz befindet (Betriebsprinzip).

Standardbetriebseinkommen (115-33)

Das Standardbetriebseinkommen wird anhand der betrieblichen Daten über Art und Umfang der Bodennutzung und Viehhaltung sowie durchschnittlicher insbesondere aus Buchführungsunterlagen abgeleiteter Angaben über Kosten und Erlöse unter Berücksichtigung von Preisausgleichszahlungen ermittelt und dient der Darstellung der wirtschaftlichen Größe der Betriebe.

Das Standardbetriebseinkommen entspricht vom Konzept her etwa der im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen festgestellten Nettowertschöpfung zu Faktorkosten, d.h. Löhne, Zinsen, Pachten, Verbindlichkeiten und dgl. werden nicht abgesetzt. Da von durchschnittlichen Angaben über Erlöse und Kosten ausgegangen wird, kann das tatsächlich erzielte Betriebseinkommen vom statistisch errechneten Standardbetriebseinkommen mehr oder weniger stark abweichen. Ein Rückschluß vom Standardbetriebseinkommen je Betrieb auf die Höhe des Einkommens, das für die Lebenshaltung des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen und für Investitionen des Betriebes tatsächlich zur Verfügung steht, ist daher nicht ohne weiteres möglich.

Stand der Definitionen: Januar 2001

115-34 Allgemeine Agrarstrukturerhebung

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 4-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Erhebungsjahr

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) in der Neufassung vom 25.06.1998 (BGBl I S. 1635) in Verbindung mit der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (AgrStatGAussV) vom 03.03.1999 (BGBl I S. 300)

Lfd. Nr.	Merkmal	Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)					
		insgesamt	darunter				
			Marktfruchtbetriebe	Futterbaubetriebe	Veredelungsbetriebe	Dauerkulturbetriebe	landwirtschaftliche Gemischtbetriebe
		1	2	3	4	5	6
1	Betriebe						
2	Fläche in ha						

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Seit 1999 werden nur noch landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 ha oder mit mindestens

- jeweils 8 Rindern oder 8 Schweinen oder
 - 20 Schafen oder
 - jeweils 200 Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder
 - jeweils 30 Ar bestockter Rebfläche oder Obstfläche, auch so weit sie nicht im Ertrag stehen, oder Hopfen oder Tabak oder Baumschulen oder Gemüseanbau im Freiland oder Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland oder Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien für Erwerbszwecke oder
 - jeweils 3 Ar Anbau für Erwerbszwecke unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen
- in die Aufbereitung einbezogen.

Landwirtschaftliche Betriebe (115-01, 115-02, 115-03, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35, 115-37)

Unter einem landwirtschaftlichen Betrieb (einschließlich Garten- und Weinbau) wird eine technisch-wirtschaftliche Einheit verstanden, die für Rechnung eines Inhabers (Betriebsinhaber) bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegt und landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) (115-01, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35)

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) umfaßt Ackerland, Dauergrünland, Rebland, Haus- und Nutzgärten (ohne Ziergärten), Obstanlagen, Baumschulflächen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Sämtliche zu einem Betrieb gehörenden Flächen werden in derjenigen Gemeinde nachgewiesen, in der sich der Betriebssitz befindet (Betriebsprinzip).

Betriebsformen (115-34)

Die landwirtschaftlichen Betriebe werden entsprechend dem Anteil des Standarddeckungsbeitrages, der sich für die einzelnen Betriebszweige am gesamten Standarddeckungsbeitrag des Betriebes ergibt, einer Betriebsform wie folgt zugeteilt:

Betriebsform	Anteil des Standarddeckungsbeitrages der Betriebszweiggruppe am gesamten Standarddeckungsbeitrag des Betriebes beträgt 50 % und mehr
Marktfruchtbetriebe	Getreide, Hülsen- und Ölfrüchte, Kartoffeln, Zuckerrüben, Handelsgewächse, Tabak, Feldgemüse, stillgelegte Flächen
Futterbaubetriebe	Rindvieh, Schafe, Pferde (einschließlich Futterpflanzenanbau)
Veredlungsbetriebe	Schweine, Geflügel
Dauerkulturbetriebe	Rebland, Obstanlagen, Hopfen

Bei landwirtschaftlichen Gemischtbetrieben erreicht der Standarddeckungsbeitrag aus keiner der vorstehend genannten Betriebszweiggruppen einen Anteil von 50 %.

Stand der Definitionen: Januar 2001

115-35 Allgemeine Agrarstrukturerhebung

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 2-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Erhebungsjahr

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) in der Neufassung vom 25.06.1998 (BGBl I S. 1635) in Verbindung mit der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (AgrStatGAussV) vom 03.03.1999 (BGBl I S. 300)

Gebiet	Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) nach Art der Bewirtschaftung			
	insgesamt		darunter landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau	
	Betriebe	ha	Betriebe	ha
	1	2	3	4

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Seit 1999 werden nur noch landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 ha oder mit mindestens

- jeweils 8 Rindern oder 8 Schweinen oder
- 20 Schafen oder
- jeweils 200 Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder
- jeweils 30 Ar bestockter Rebfläche oder Obstfläche, auch so weit sie nicht im Ertrag stehen, oder Hopfen oder Tabak oder Baumschulen oder Gemüseanbau im Freiland oder Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland oder Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien für Erwerbszwecke oder
- jeweils 3 Ar Anbau für Erwerbszwecke unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen

in die Aufbereitung einbezogen.

Landwirtschaftliche Betriebe (115-01, 115-02, 115-03, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35, 115-37)

Unter einem landwirtschaftlichen Betrieb (einschließlich Garten- und Weinbau) wird eine technisch-wirtschaftliche Einheit verstanden, die für Rechnung eines Inhabers (Betriebsinhaber) bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegt und landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) (115-01, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35)

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) umfaßt Ackerland, Dauergrünland, Rebland, Haus- und Nutzgärten (ohne Ziergärten), Obstanlagen, Baumschulflächen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Sämtliche zu einem Betrieb gehörenden Flächen werden in derjenigen Gemeinde nachgewiesen, in der sich der Betriebssitz befindet (Betriebsprinzip).

Betriebe mit ökologischem Landbau (115-35)

Diese Betriebe wirtschaften nach den Richtlinien der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 24. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel und unterliegen dem Kontrollverfahren vorstehender Verordnung.

Stand der Definitionen: Januar 2001

115-36 Allgemeine Agrarstrukturerhebung

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) in der Neufassung vom 25.06.1998 (BGBl I S. 1635) in Verbindung mit der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (AgrStatGAussV) vom 03.03.1999 (BGBl I S. 300)

Gebiet	Erträge ausgewählter landwirtschaftlicher Feldfrüchte in dt/ha									
	Weizen	Roggen	Winter- gerste	Sommer- gerste	Hafer	Triticale	Kartoffeln (mittel- frühe und späte)	Zucker- rüben	Winter- raps	Silomais
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Definitionen zur Tabelle

Ernteertrag (115-36)

Die Ertragsschätzungen erfolgen von fachkundigen und mit den speziellen Verhältnissen ihres Berichtsbezirks (i.d.R. eine Gemeinde) gut vertrauten Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r)n. Als Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r)n sind vielfach Leiterinnen oder Leiter landwirtschaftlicher Betriebe tätig. Bei Getreide und Kartoffeln erfolgen zusätzlich objektive Ertragsmessungen "Besondere Erntermittlung". Der "Besonderen Erntermittlung" liegt ein mathematisches Stichprobenverfahren zugrunde, das auf die sehr genaue Bestimmung des im Landesdurchschnitt erzielten Ertrags ausgerichtet ist; die Messungen erfolgen dabei auf Flächeneinheiten, die mit Hilfe des Stichprobenverfahrens repräsentativ ausgewählt wurden.

Eine Dezitonne (dt) entspricht 100 kg.

Stand der Definitionen: Januar 2001

115-37 Allgemeine Agrarstrukturerhebung

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 2-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 03.05.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) in der Neufassung vom 25.06.1998 (BGBl I S. 1635) in Verbindung mit der Verordnung zur Aussetzung von Erhebungsmerkmalen nach dem Agrarstatistikgesetz (AgrStatGAussV) vom 03.03.1999 (BGBl I S. 300)

Gebiet	Landwirtschaftliche Betriebe mit Viehhaltung																														
	insgesamt	Großvieheinheiten (GV)	und zwar mit																												
			Rindern				Schweinen				Schafen		Legehennen ½ Jahr und älter																		
			zusammen		darunter Milchkühen		zusammen		und zwar																						
									Mastschweinen über 50 kg						Zuchtsauen																
	Betriebe		Anzahl		Betriebe		Anzahl		Betriebe		Anzahl				Betriebe		Anzahl														
	1		2		3		4		5		6		7		8		9		10		11		12		13		14		15		16

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Seit 1999 werden nur noch landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 2 ha oder mit mindestens

- jeweils 8 Rindern oder 8 Schweinen oder
- 20 Schafen oder
- jeweils 200 Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder
- jeweils 30 Ar bestockter Rebfläche oder Obstfläche, auch so weit sie nicht im Ertrag stehen, oder Hopfen oder Tabak oder Baumschulen oder Gemüseanbau im Freiland oder Blumen- und Zierpflanzenanbau im Freiland oder Anbau von Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien für Erwerbszwecke oder
- jeweils 3 Ar Anbau für Erwerbszwecke unter Glas von Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen

in die Aufbereitung einbezogen.

Landwirtschaftliche Betriebe (115-01, 115-02, 115-03, 115-31, 115-32, 115-33, 115-34, 115-35, 115-37)

Unter einem landwirtschaftlichen Betrieb (einschließlich Garten- und Weinbau) wird eine technisch-wirtschaftliche Einheit verstanden, die für Rechnung eines Inhabers (Betriebsinhaber) bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegt und landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringt.

Großvieheinheiten (GV) (115-37)

Die Großvieheinheit (GV) ist ein Umrechnungsschlüssel für die verschiedenen Nutztierarten auf der Basis des Lebendgewichtes der einzelnen Tierarten. 1 GV entspricht dabei ca. 500 kg Lebendgewicht (1 Milchkuh entspricht z.B. 1 GV, 1 Zuchtsau wird dagegen nur als 0,3 GV berechnet).

Stand der Definitionen: Januar 2001

001-11 Monatsbericht einschließlich Auftragseingangserhebung für Betriebe im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.09.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 2 A I des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe i.d.F. der Bek vom 30.05.1980 (BGBl I S. 641), zuletzt geändert durch Art. 3 § 1 Nr. 1 Statistikanpassungsverordnung vom 26.03.1991 (BGBl I S. 846) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22.01.1987 (BGBl I S. 462), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 17.01.1996 (BGBl I S. 34)

Gebiet	Betriebe ¹⁾	Beschäftigte ¹⁾
	1	2

¹⁾ Bayern: Monatsdurchschnittswerte.

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Der Berichtskreis des Monatsberichts für Betriebe umfaßt:

- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten;
- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche.

Die Berichterstattung schließt Verarbeitende Betriebe des Handwerks ein.

Beim Monatsbericht gilt bei 14 Wirtschaftszweigen eine Abschnidegrenze von 10 Beschäftigten, wobei bei Sägewerken alle Betriebe mit einem Jahreseinschnitt von mindestens 5 000 m³ Rohholz erfaßt werden. Die Auswahl erfolgt jeweils nach dem Beschäftigtenstand Ende September des Vorjahres. Die Merkmalswerte beziehen sich auf den gesamten Betrieb, schließen damit die nicht produzierenden Betriebsteile mit ein.

Maßgebend für die Zuordnung ist ab 1995 die „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)“, und zwar die Abschnitte C und D.

Durch die Umstellung der Systematiken ab 1995 sind die Ergebnisse mit denen vorangegangener Jahre nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt vergleichbar.

Betriebe (001-11, 001-41, 001-42)

Die Betriebe stellen örtliche Einheiten dar; sie sind zu unterscheiden von den Unternehmen als kleinste rechtlich selbständige Einheiten.

Beschäftigte (001-11, 001-41, 001-42)

Als Beschäftigte gelten Personen, die in einem vertraglichen Arbeitsverhältnis bzw. Dienstverhältnis zum Betrieb stehen (einschließlich Auszubildende), sowie tätige Inhaber(innen) und Mitinhaber(innen), ferner unbezahlt mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind. Nicht einbezogen sind Heimarbeiter(innen) sowie Zusteller(innen) im Verlagsgewerbe.

Stand der Definitionen: Januar 2001

**001-12 Monatsbericht einschließlich Auftragseingangserhebung für Betriebe im Bereich
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 2 A I des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe i.d.F. der Bek vom 30.05.1980 (BGBl I S. 641), zuletzt geändert durch Art. 3 § 1 Nr. 1 Statistikanpassungsverordnung vom 26.03.1991 (BGBl I S. 846) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22.01.1987 (BGBl I S. 462), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 17.01.1996 (BGBl I S. 34)

Gebiet	Geleistete Arbeiterstunden in 1 000	Bruttolohn- und -gehaltssumme in 1 000 DM
	1	2

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Der Berichtskreis des Monatsberichts für Betriebe umfaßt:

- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten;
- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche.

Die Berichterstattung schließt Verarbeitende Betriebe des Handwerks ein.

Beim Monatsbericht gilt bei 14 Wirtschaftszweigen eine Abschnidegrenze von 10 Beschäftigten, wobei bei Sägewerken alle Betriebe mit einem Jahreseinschnitt von mindestens 5 000 m³ Rohholz erfaßt werden. Die Auswahl erfolgt jeweils nach dem Beschäftigtenstand Ende September des Vorjahres. Die Merkmalswerte beziehen sich auf den gesamten Betrieb, schließen damit die nicht produzierenden Betriebsteile mit ein.

Maßgebend für die Zuordnung ist ab 1995 die „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)“, und zwar die Abschnitte C und D.

Durch die Umstellung der Systematiken ab 1995 sind die Ergebnisse mit denen vorangegangener Jahre nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt vergleichbar.

Geleistete Arbeiterstunden (001-12)

Dies sind die tatsächlich geleisteten, nicht die bezahlten Stunden derjenigen Beschäftigten, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen.

Bruttolohn- und -gehaltssumme (001-12)

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme ist die Summe der Bruttolöhne bzw. -gehälter, ohne Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung. Einbezogen sind Lohn- bzw. Gehaltszuschläge einschließlich Gratifikationen.

Stand der Definitionen: Januar 2001

**001-41 Monatsbericht einschließlich Auftragseingangserhebung für Betriebe im Bereich
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.09.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 2 A I des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe i.d.F. der Bek vom 30.05.1980 (BGBl I S. 641), zuletzt geändert durch Art. 3 § 1 Nr. 1 Statistikanpassungsverordnung vom 26.03.1991 (BGBl I S. 846) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22.01.1987 (BGBl I S. 462), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 17.01.1996 (BGBl I S. 34)

Systematik-Nr.	Wirtschaftsabteilung (Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 - WZ93)	Betriebe ¹⁾	Beschäftigte ¹⁾
		1	2
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden zusammen		
CA10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung		
CA11	Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung damit verbundener Dienstleistungen		
CA12	Bergbau auf Uran- und Thoriumerze		
CB13	Erzbergbau		
CB14	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau		
D	Verarbeitendes Gewerbe		
DA15	Ernährungsgewerbe		
DA16	Tabakverarbeitung		
DB17	Textilgewerbe		
DB18	Bekleidungsgewerbe		
DC19	Ledergewerbe		
DD20	Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)		
DE21	Papiergewerbe		
DE22	Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigungen von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern		
DF23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen		
DG24	Chemische Industrie		
DH25	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		
DI26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden		
DJ27	Metallerzeugung und -bearbeitung		
DJ28	Herstellung von Metallerzeugnissen		
DK29	Maschinenbau		
DL30	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen		
DL31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.		
DL32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		
DL33	Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik		
DM34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		
DM35	Sonstiger Fahrzeugbau		
DN36	Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen		
DN37	Recycling		
C - D	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden insgesamt		

¹⁾ Bayern: Monatsdurchschnittswerte.

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Der Berichtskreis des Monatsberichts für Betriebe umfaßt:

- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten;
- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche.

Die Berichterstattung schließt Verarbeitende Betriebe des Handwerks ein.

Beim Monatsbericht gilt bei 14 Wirtschaftszweigen eine Abschnidegrenze von 10 Beschäftigten, wobei bei Sägewerken alle Betriebe mit einem Jahreseinschnitt von mindestens 5 000 m³ Rohholz erfaßt werden. Die Auswahl erfolgt jeweils nach dem Beschäftigtenstand Ende September des Vorjahres. Die Merkmalswerte beziehen sich auf den gesamten Betrieb, schließen damit die nicht produzierenden Betriebsteile mit ein.

Maßgebend für die Zuordnung ist ab 1995 die „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)“, und zwar die Abschnitte C und D.

Durch die Umstellung der Systematiken ab 1995 sind die Ergebnisse mit denen vorangegangener Jahre nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt vergleichbar.

Betriebe (001-11, 001-41, 001-42)

Die Betriebe stellen örtliche Einheiten dar; sie sind zu unterscheiden von den Unternehmen als kleinste rechtlich selbständige Einheiten.

Beschäftigte (001-11, 001-41, 001-42)

Als Beschäftigte gelten Personen, die in einem vertraglichen Arbeitsverhältnis bzw. Dienstverhältnis zum Betrieb stehen (einschließlich Auszubildende), sowie tätige Inhaber(innen) und Mitinhaber(innen), ferner unbezahlt mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind. Nicht einbezogen sind Heimarbeiter(innen) sowie Zusteller(innen) im Verlagsgewerbe.

Stand der Definitionen: Januar 2001

**001-42 Monatsbericht einschließlich Auftragseingangserhebung für Betriebe im Bereich
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.09.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 2 A I des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe i.d.F. der Bek vom 30.05.1980 (BGBl I S. 641), zuletzt geändert durch Art. 3 § 1 Nr. 1 Statistikanpassungsverordnung vom 26.03.1991 (BGBl I S. 846) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22.01.1987 (BGBl I S. 462), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 17.01.1996 (BGBl I S. 34)

Lfd. Nr.	Betriebsgrößenklassen ¹⁾	Betriebe	Beschäftigte
		1	2
1	unter 50 Beschäftigte		
2	50 – 99 Beschäftigte		
3	100 – 199 Beschäftigte		
4	200 – 499 Beschäftigte		
5	500 – 999 Beschäftigte		
6	1 000 oder mehr Beschäftigte		
7	Insgesamt		

¹⁾ Rheinland-Pfalz: Betriebsgrößenklassen „unter 500“ und „500 oder mehr“ zusammengefaßt (Nachweis in Zeile „200 bis 499 Beschäftigte“ bzw. „1 000 oder mehr Beschäftigte“).

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Der Berichtskreis des Monatsberichts für Betriebe umfaßt:

- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten;
- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche.

Die Berichterstattung schließt Verarbeitende Betriebe des Handwerks ein.

Beim Monatsbericht gilt bei 14 Wirtschaftszweigen eine Abschneidegrenze von 10 Beschäftigten, wobei bei Sägewerken alle Betriebe mit einem Jahreseinschnitt von mindestens 5 000 m³ Rohholz erfaßt werden. Die Auswahl erfolgt jeweils nach dem Beschäftigtenstand Ende September des Vorjahres. Die Merkmalswerte beziehen sich auf den gesamten Betrieb, schließen damit die nicht produzierenden Betriebsteile mit ein.

Maßgebend für die Zuordnung ist ab 1995 die „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)“, und zwar die Abschnitte C und D.

Durch die Umstellung der Systematiken ab 1995 sind die Ergebnisse mit denen vorangegangener Jahre nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt vergleichbar.

Betriebe (001-11, 001-41, 001-42)

Die Betriebe stellen örtliche Einheiten dar; sie sind zu unterscheiden von den Unternehmen als kleinste rechtlich selbständige Einheiten.

Beschäftigte (001-11, 001-41, 001-42)

Als Beschäftigte gelten Personen, die in einem vertraglichen Arbeitsverhältnis bzw. Dienstverhältnis zum Betrieb stehen (einschließlich Auszubildende), sowie tätige Inhaber(innen) und Mitinhaber(innen), ferner unbezahlt mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind. Nicht einbezogen sind Heimarbeiter(innen) sowie Zusteller(innen) im Verlagsgewerbe.

Stand der Definitionen: Januar 2001

**001-43 Monatsbericht einschließlich Auftragseingangserhebung für Betriebe im Bereich
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 2 A I des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe i.d.F. der Bek vom 30.05.1980 (BGBl I S. 641), zuletzt geändert durch Art. 3 § 1 Nr. 1 Statistikanpassungsverordnung vom 26.03.1991 (BGBl I S. 846) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22.01.1987 (BGBl I S. 462), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 17.01.1996 (BGBl I S. 34)

Gebiet	Energieverbrauch in 1 000 MJ				
	insgesamt	Kohle ¹⁾	Heizöl	Gas	Strom
	1	2	3	4	5

¹⁾ Sachsen: ohne Koks.

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Der Berichtskreis des Monatsberichts für Betriebe umfaßt:

- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten;
- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche.

Die Berichterstattung schließt Verarbeitende Betriebe des Handwerks ein.

Beim Monatsbericht gilt bei 14 Wirtschaftszweigen eine Abschnidegrenze von 10 Beschäftigten, wobei bei Sägewerken alle Betriebe mit einem Jahreseinschnitt von mindestens 5 000 m³ Rohholz erfaßt werden. Die Auswahl erfolgt jeweils nach dem Beschäftigtenstand Ende September des Vorjahres. Die Merkmalswerte beziehen sich auf den gesamten Betrieb, schließen damit die nicht produzierenden Betriebsteile mit ein.

Maßgebend für die Zuordnung ist ab 1995 die „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)“, und zwar die Abschnitte C und D.

Durch die Umstellung der Systematiken ab 1995 sind die Ergebnisse mit denen vorangegangener Jahre nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt vergleichbar.

Energieverbrauch (001-43)

Gesamtverbrauch sowie Verbrauch an Kohle, Heizöl, Gas und Strom einschließlich der Mengen, die in andere Energiearten umgewandelt werden in 1 000 MJ. Die Umrechnungen von Tonnen bzw. Kilowattstunden in Megajoule erfolgen nach folgendem Schlüssel:

1 Tonne Steinkohle und Steinkohlenbriketts=29308; 1 Tonne Steinkohlenkoks=28429; 1 Tonne Rohbraunkohle=8792; 1 Tonne Braunkohlenbriketts und Braunkohlenkoks=20223; 1 Tonne leichtes Heizöl=42705; 1 Tonne schweres Heizöl=41031; 1 000 kWh Gas=3600; 1 000 kWh Strom=3600.

Stand der Definitionen: Januar 2001

**001-34 Monatsbericht einschließlich Auftragseingangserhebung für Betriebe im Bereich
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 2 A I des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe i.d.F. der Bek vom 30.05.1980 (BGBl I S. 641), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 06.08.1998 (BGBl I S. 2036) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22.01.1987 (BGBl I S. 462), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 16.06.1998 (BGBl I S. 1300)

Gebiet	Umsatz in 1 000 DM	
	insgesamt	darunter Auslands- umsatz
	1	2

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Der Berichtskreis des Monatsberichts für Betriebe umfaßt:

- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten;
- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche.

Die Berichterstattung schließt Verarbeitende Betriebe des Handwerks ein.

Beim Monatsbericht gilt bei 14 Wirtschaftszweigen eine Abschneidegrenze von 10 Beschäftigten, wobei bei Sägewerken alle Betriebe mit einem Jahreseinschnitt von mindestens 5 000 m³ Rohholz erfaßt werden. Die Auswahl erfolgt jeweils nach dem Beschäftigtenstand Ende September des Vorjahres. Die Merkmalswerte beziehen sich auf den gesamten Betrieb, schließen damit die nicht produzierenden Betriebsteile mit ein.

Maßgebend für die Zuordnung ist ab 1995 die „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)“, und zwar die Abschnitte C und D.

Durch die Umstellung der Systematiken ab 1995 sind die Ergebnisse mit denen vorangegangener Jahre nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt vergleichbar.

Umsatz (001-34)

Als Umsatz gelten die Rechnungsbeträge (ohne Umsatzsteuer) einschließlich Verbrauchssteuern und Kosten für Fracht, Transportversicherung, Porto und Verpackung.

Als Auslandsumsatz gelten die Erlöse für alle Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie an inländische Unternehmen, die die bestellte Ware ohne weitere Be- oder Verarbeitung ins Ausland ausführen (Exporteure).

Stand der Definitionen: Januar 2001

011-51 Investitionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 2 A III des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe i.d.F. der Bek vom 30.05.1980 (BGBl I S. 641), zuletzt geändert durch Art. 3 § 1 Nr. 1 Statistikanpassungsverordnung vom 26.03.1991 (BGBl I S. 846)

Gebiet	Betriebe insgesamt	Beschäftigte insgesamt	Investitionen bei Betrieben in 1 000 DM
	1	2	3

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Der Berichtskreis der Investitionserhebung umfaßt:

- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe) mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten;
- Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche.

Die Berichterstattung schließt Verarbeitende Betriebe des Handwerks ein.

Betriebe (011-51)

Die Betriebe stellen örtliche Einheiten dar; sie sind zu unterscheiden von den Unternehmen als kleinste rechtlich selbständige Einheiten. Nachgewiesen werden alle Betriebe zum Stichtag 31. Dezember des Berichtsjahres, unabhängig davon, ob im Geschäftsjahr Investitionen getätigt wurden oder nicht.

Beschäftigte (011-51)

Als Beschäftigte gelten Personen, die in einem vertraglichen Arbeitsverhältnis bzw. Dienstverhältnis zum Betrieb stehen (einschließlich Auszubildende), sowie tätige Inhaber(innen) und Mitinhaber(innen), ferner unbezahlt mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind. Nicht einbezogen sind Heimarbeiter(innen) sowie Zusteller(innen) im Verlagsgewerbe.

Nachgewiesen werden die Beschäftigten aller Betriebe zum Stichtag 30. September des Berichtsjahres, unabhängig davon, ob im Geschäftsjahr Investitionen getätigt wurden oder nicht.

Investitionen bei Betrieben (011-51)

Investitionen sind der Wert der aktivierten Bruttozugänge an Sachanlagen im Geschäftsjahr, d.h. Ersatz- und Neuinvestitionen (einschließlich aktivierbarer Großreparaturen und geringwertiger Wirtschaftsgüter sowie selbst erstellter und im Bau befindlicher Anlagen). Nicht berücksichtigt werden die Anzahlungen auf Anlagen, sofern sie nicht bereits aktiviert wurden, Investitionen in Zweigniederlassungen im Ausland, Zugänge durch den Kauf ganzer Unternehmen oder Betriebe, die bei Investitionen entstandenen Finanzierungskosten, Umbuchungen aus Anlagekonten auf andere Anlagekonten, der Erwerb von Finanzanlagen sowie der Erwerb von Konzessionen, Patenten, Lizenzen usw.

Stand der Definitionen: Januar 2001

052-41 Totalerhebung im Bauhauptgewerbe

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 4 A Ziff. I u. III und § 4 B des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe i.d.F. der Bek vom 30.05.1980 (BGBl I S. 641), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 06.08.1998 (BGBl I S. 2036)

Gebiet	Betriebe	Beschäftigte	Gesamtumsatz des Vorjahres in 1 000 DM
	1	2	3

Definitionen zur Tabelle

Betriebe (052-41)

Als Betriebe im Bereich Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) gelten alle Einbetriebsunternehmen, Haupt- und selbständige Zweigniederlassungen, Baustellen mit eigenem Bau- und Lohnbüro sowie Arbeitsgemeinschaften, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Hochbauten im Rohbau zu errichten, Tiefbauvorhaben auszuführen oder bestimmte Spezialarbeiten vorzunehmen. Zu diesen wirtschaftlichen Tätigkeiten rechnen auch die Renovierung, Instandsetzung und Unterhaltung bestehender Hoch-, Tief- und Spezialbauten, sowie das Abbrechen, Sprengen, Entrümmern und weitere vorbereitende Baustellenarbeiten.

Beschäftigte (052-41)

Als Beschäftigte gelten alle in den Betrieben im Bereich Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) tätigen Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen, Familienangehörige, Angestellte und Arbeitskräfte einschließlich Auszubildende, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis zum Baubetrieb stehen. Hierzu zählen auch unbezahlt mithelfende Familienangehörige, soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Gesamtumsatz des Vorjahres (052-41)

Als Umsatz gelten alle im Vorjahr im Bundesgebiet erzielten Gesamtumsätze von am Erhebungsstichtag bestehenden Betrieben, die dem Finanzamt für die Festsetzung der Umsatzsteuer als steuerbarer Betrag gemeldet worden sind (Nettoumsatz). Im Gesamtumsatz sind die Umsatz- und Mehrwertsteuer nicht enthalten.

Stand der Definitionen: Januar 2001

469-01 Monatserhebung im Tourismus

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme¹⁾

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungstatistikgesetz - BeherbStatG) vom 14.07.1980 (BGBl I S. 953)

Gebiet	Angebote Gästebetten ¹⁾	Gästeübernachtungen	Gästeankünfte
	1	2	3

¹⁾ Gästebetten jeweils Juli, ausgenommen:
Hessen: durchschnittliches Bettenangebot im Jahr,
Berlin: tatsächlich angebotene Gästebetten.
Schleswig-Holstein: tatsächlich angebotene Gästebetten (Stand 1. Juli).

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Auskunftspflichtig sind Beherbergungsbetriebe, die mehr als acht Gäste (im Reiseverkehr) gleichzeitig vorübergehend beherbergen. Hierzu zählen auch Unterkunftsstätten, die die Gästebeherbergung nichtgewerblich und/oder nur als Nebentätigkeit betreiben.

Zu den Beherbergungsbetrieben zählen Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen, Erholungs- und Ferienheime, Schulungsheime, Schullandheime, Ferienhäuser und Ferienwohnungen, Ferienzentren, Hütten, Jugendherbergen und jugendherbergsähnliche Einrichtungen, ferner Sanatorien und Kurkrankenhäuser.

Gästebetten (469-01, 469-31)

Als Gästebetten wird die Anzahl der angebotenen Betten und sonstigen Schlafgelegenheiten in den geöffneten Beherbergungsbetrieben (ohne Campingplätze) ausgewiesen. Das Bettenangebot bezieht sich auf die Beherbergungsmöglichkeiten nach dem Stand von Ende Juli.

Gästeübernachtungen (469-01, 469-31)

Es handelt sich hierbei um die Zahl der Übernachtungen von Personen, die während des Kalenderjahres in Beherbergungsbetrieben (ohne Campingplätze) übernachteten, d.h. zum vorübergehenden Aufenthalt ein Gästebett belegten.

Gästeankünfte (469-01, 469-31)

Es handelt sich hierbei um die Zahl der Gäste, die während des Kalenderjahres in Beherbergungsbetrieben (ohne Campingplätze) ankamen und zum vorübergehenden Aufenthalt ein Gästebett belegten.

Stand der Definitionen: Januar 2001

469-31 Monatserhebung im Tourismus

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme¹⁾

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungstatistikgesetz - BeherbStatG) vom 14.07.1980 (BGBl I S. 953)

Lfd. Nr.	Betriebsart	Geöffnete Beherbergungsbetriebe ¹⁾	Angebote Gästebetten ¹⁾	Gästeübernachtungen	Gästeankünfte
		1	2	3	4
1	Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen				
2	Erholungs- und Ferienheime, Schulungsheime, Schullandheime, Ferienhäuser und Ferienwohnungen, Ferienzentren, Hütten, Jugendherbergen, jugendherbergsähnliche Einrichtungen				
3	Sanatorien, Kurkrankenhäuser				
4	Insgesamt				

¹⁾ Beherbergungsbetriebe und Gästebetten jeweils Juli, ausgenommen:
Hessen: durchschnittliches Bettenangebot im Jahr,
Berlin: tatsächlich angebotene Gästebetten.
Schleswig-Holstein: tatsächlich angebotene Gästebetten (Stand 1. Juli).

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Auskunftspflichtig sind Beherbergungsbetriebe, die mehr als acht Gäste (im Reiseverkehr) gleichzeitig vorübergehend beherbergen. Hierzu zählen auch Unterkunftsstätten, die die Gästebeherbergung nichtgewerblich und/oder nur als Nebentätigkeit betreiben.

Zu den Beherbergungsbetrieben zählen Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen, Erholungs- und Ferienheime, Schulungsheime, Schullandheime, Ferienhäuser und Ferienwohnungen, Ferienzentren, Hütten, Jugendherbergen und jugendherbergsähnliche Einrichtungen, ferner Sanatorien und Kurkrankenhäuser.

Beherbergungsbetriebe (469-31)

Ausgewiesen werden die im Juli geöffneten Beherbergungsbetriebe.

Gästebetten (469-01, 469-31)

Als Gästebetten wird die Anzahl der angebotenen Betten und sonstigen Schlafgelegenheiten in den geöffneten Beherbergungsbetrieben (ohne Campingplätze) ausgewiesen. Das Bettenangebot bezieht sich auf die Beherbergungsmöglichkeiten nach dem Stand von Ende Juli.

Gästeübernachtungen (469-01, 469-31)

Es handelt sich hierbei um die Zahl der Übernachtungen von Personen, die während des Kalenderjahres in Beherbergungsbetrieben (ohne Campingplätze) übernachteten, d.h. zum vorübergehenden Aufenthalt ein Gästebett belegten.

Gästeankünfte (469-01, 469-31)

Es handelt sich hierbei um die Zahl der Gäste, die während des Kalenderjahres in Beherbergungsbetrieben (ohne Campingplätze) ankamen und zum vorübergehenden Aufenthalt ein Gästebett belegten.

Stand der Definitionen: Januar 2001

302-41 Statistik der Straßenverkehrsunfälle

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Statistik der Straßenverkehrsunfälle (Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz - StVUnfStatG) vom 15.06.1990 (BGBl I S. 1078), geändert durch das Erste Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsunfallstatistikgesetzes vom 23.11.1994 (BGBl I S. 3491) sowie die Verordnung zur näheren Bestimmung des schwerwiegenden Unfalls mit Sachschaden im Sinne des Straßenverkehrsunfallstatistikgesetzes vom 21.12.1994 (BGBl I S. 3970)

Gebiet	Unfälle				Verunglückte Personen	
	insgesamt	davon			Getötete	Verletzte
		Unfälle mit Personenschaden	schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden			
			im engeren Sinne	sonstige Alkoholunfälle		
1	2	3	4	5	6	

Definitionen zur Tabelle

Straßenverkehrsunfälle (302-41)

Nachgewiesen werden ab dem Berichtsjahr 1995 die von der Polizei erfaßten Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt wurden bzw. Sachschaden entstanden ist. Zu den Unfällen mit Sachschaden zählen schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne, bei denen ein Straftatbestand oder eine Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) vorlag und gleichzeitig mindestens ein Kfz aufgrund eines Unfallschadens von der Unfallstelle abgeschleppt werden mußte, sowie sonstige Sachschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung (mindestens ein Unfallbeteiligter stand unter Alkoholeinwirkung und falls Kfz beteiligt waren, waren diese alle noch fahrbereit).

Nicht enthalten sind alle übrigen Sachschadensunfälle ohne Alkoholeinwirkung.

Ab dem 1. Januar 1995 wurden für die Erfassung der Unfälle mit Sachschaden im Sinne des Straßenverkehrsunfallstatistikgesetzes neue Kriterien festgelegt. Im Gegensatz zu früheren Berichtsjahren dient als Erfassungsgrundlage nicht mehr die Höhe des entstandenen Sachschadens sondern die Feststellung, ob es sich um einen Straftatbestand/eine Ordnungswidrigkeit handelt und/oder mindestens ein Unfallbeteiligter unter Alkoholeinwirkung stand. Ebenfalls in die Beurteilung des Unfalls einbezogen wird die Fahrbereitschaft der Fahrzeuge. Aus diesem Grund ist ein Vergleich zu den Vorjahren nicht möglich.

Unfälle mit Personenschaden (302-41)

Hierzu zählen Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt wurden.

Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (302-41)

Hierzu zählen „schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne“ und „sonstige Alkoholunfälle“. „Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne“ sind Unfälle, bei denen ein Straftatbestand oder eine Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) vorlag und gleichzeitig mindestens ein Kfz aufgrund eines Unfallschadens von der Unfallstelle abgeschleppt werden mußte (hierzu zählen auch Fälle mit Alkoholeinwirkung).

„Sonstige Alkoholunfälle“ sind Unfälle, bei denen alle beteiligten Kfz noch fahrbereit waren und gleichzeitig mindestens ein Unfallbeteiligter unter Alkoholeinwirkung stand.

Hierin nicht enthalten sind alle übrigen Sachschadensunfälle ohne Alkoholeinwirkung.

Getötete Personen (302-41)

Als getötet bei Straßenverkehrsunfällen gelten Personen, die auf der Stelle getötet wurden oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen starben.

Verletzte Personen (302-41)

Als verletzt bei Straßenverkehrsunfällen gelten Personen, die unmittelbar in Krankenanstalten für mindestens 24 Stunden zur stationären Behandlung eingeliefert werden (= Schwerverletzte) oder Personen, deren Verletzungen keinen bzw. einen Krankenhausaufenthalt von weniger als 24 Stunden erforderten (= Leichtverletzte).

Stand der Definitionen: Januar 2001

641-41 Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes, Fahrzeugmängel

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 01.07.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 2 Abs. 5 des Gesetzes über die Errichtung eines Kraftfahrt-Bundesamtes vom 04.08.1951 (BGBl I S. 488)

Gebiet	Kraftfahrzeugbestand				
	insgesamt	darunter			
		Personenkraftwagen einschließlich M1-Fahrzeuge	Lastkraftwagen	Zugmaschinen	Kraftträder
	1	2	3	4	5

Definitionen zur Tabelle

Kraftfahrzeugbestand (641-41)

Hier handelt es sich um alle nach der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung (STVZO) im jeweiligen Gebiet zugelassenen oder nur vorübergehend abgemeldeten Kraftfahrzeuge, denen ein amtliches Kennzeichen zugeteilt wurde und die daher aufgrund von Meldungen der Zulassungsstellen in den Unterlagen des Kraftfahrt-Bundesamtes enthalten sind. Kraftfahrzeuge sind ein- oder mehrspurige Fahrzeuge, die je nach Bauart und Einrichtung zur Beförderung von Personen und/oder zum Transport von Gütern im Straßenverkehr bestimmt sind. Hierzu zählen Personenkraftwagen (einschließlich der nicht mehr ausgewiesenen Kombinationskraftwagen), Lastkraftwagen (einschließlich Lastkraftwagen mit Spezialaufbauten), Zugmaschinen, Kraftträder (einschließlich Leichtkraftträder), Kraftomnibusse und übrige Kraftfahrzeuge (z.B. Krankenkraftwagen, Feuerwehrfahrzeuge, selbstfahrende Arbeitsmaschinen u.ä.).

Personenkraftwagen einschließlich M1-Fahrzeuge (641-41)

Personenkraftwagen sind mehrspurige Kraftfahrzeuge, die nach Bauart und Einrichtung zur Beförderung von Personen einschließlich ihres Reisegepäckes im Straßenverkehr geeignet und bestimmt sind und die höchstens neun Sitzplätze einschließlich Fahrersitz enthalten.

„M1“-Fahrzeuge sind Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens neun Sitzplätzen einschließlich dem Fahrersitz. Hierzu zählen auch Wohnmobile, Krankenwagen und andere Fahrzeuge zur Personenbeförderung, die nach dem Verzeichnis der Fahrzeug- und Aufbauarten bisher nicht der Fahrzeuggruppe PKW zugeordnet wurden. Ist bei ihnen aus der EG-Typgenehmigung lediglich die Fahrzeugklasse M1 erkennbar, so werden sie der Fahrzeugart PKW zugeordnet.

Lastkraftwagen (641-41)

Lastkraftwagen sind mehrspurige Kraftfahrzeuge, die nach Bauart und Einrichtung nur zum Transport von Gütern oder Sachen im eigenen Nutzraum, auf eigener Ladefläche oder mit eigener Vorrichtung geeignet oder bestimmt sind. Erfasst werden alle Liefer- und Lastkraftwagen mit Normalaufbau, auch mit Anhängern, sowie seit 1975 auch jene mit Spezialaufbau (Tankwagen, Glastransporter u.ä.).

Zugmaschinen (641-41)

Zugmaschinen sind Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart überwiegend zum Ziehen von Anhängerfahrzeugen und/oder Geräten geeignet und bestimmt sind und deren durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit mehr als 6 km/h beträgt. Hierzu gehören Ackerschlepper, Sattelzugmaschinen, gewöhnliche Straßenzugmaschinen und Geräteträger.

Nicht dazu zählen einachsige Zugmaschinen, die nur für land- oder forstwirtschaftliche Zwecke verwendet werden, sowie einachsige Zugmaschinen, die von Fußgängern an Holmen geführt werden.

Kraftträder (641-41)

Kraftträder sind einspurige Kraftfahrzeuge zur Beförderung von Personen und/oder Sachen, wobei der Begriff der Einspurigkeit durch den Aufbau eines Beiwagens oder seitlicher Stützräder nicht berührt wird. Nachgewiesen werden nur Kraftträder mit einem Hubraum von mehr als 50 cm³. Mitenthalten sind die vom Zulassungsverfahren ausgenommenen (= zulassungsfreien - ohne Kraftfahrzeugbrief) Leichtkraftträder mit einem Hubraum von 51 bis 125 cm³.

Stand der Definitionen: Januar 2001

328-31 Gewerbeanzeigenstatistik

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 14 der Gewerbeordnung i.d.F. der Bek vom 01.01.1987 (BGBl I S. 425), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16.06.1998 (BGBl I S. 1291)

Gebiet	Gewerbeanmeldungen		Gewerbe- ummeldungen	Gewerbeabmeldungen	
	insgesamt	darunter Neuerrichtung des Betriebes ¹⁾		insgesamt	darunter vollständige Betriebsaufgabe ¹⁾

¹⁾ Schleswig-Holstein: ohne Verlagerungen aus oder nach anderen Gewerbeamtsbereichen.

Definitionen zur Tabelle

Berichtskreis

Nach der Gewerbeordnung ist über den Beginn, die Veränderung oder die Aufgabe einer gewerblichen Tätigkeit bei den Gemeinden/Ämtern eine Anzeige zu erstatten. Eine Anzeigepflicht besteht für den Betrieb eines „Gewerbes“ beziehungsweise für „selbständige Gewerbetreibende“. Sie erstreckt sich auf Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen und unselbständige Zweigstellen. Ausgenommen von der Anzeigepflicht sind insbesondere die Urproduktion, die freien Berufe, die bloße Verwaltung eigenen Vermögens.

Gewerbeanmeldungen (328-31)

Nachgewiesen wird die Zahl der Gewerbeanmeldungen (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe). Eine Anmeldung ist abzugeben bei

- Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes einschließlich Verlagerung eines bestehenden Betriebes aus einem anderen Gewerbeamtsbereich in den Bereich der Anmeldebehörde,
- Übernahme eines bereits bestehenden Betriebes (z.B. durch Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschaftereintritt).

Gewerbeummeldungen (328-31)

Nachgewiesen wird die Zahl der Gewerbeummeldungen (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe). Eine Ummeldung ist abzugeben bei Änderung und/oder Erweiterung der wirtschaftlichen Tätigkeit und/oder Verlegung innerhalb des Gewerbeamtsbereichs.

Gewerbeabmeldungen (328-31)

Nachgewiesen wird die Zahl der Gewerbeabmeldungen (ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe). Eine Abmeldung ist abzugeben bei

- vollständiger Aufgabe eines Gewerbebetriebes (Stillegung) einschließlich der Verlagerung in einen anderen Gewerbeamtsbereich,
- teilweiser Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes,
- Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes (z.B. wegen Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschafteraustritt).

Stand der Definitionen: Januar 2001

325-31 Insolvenzstatistik

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 39 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz in der im Bundesgesetzblatt, Teil III, Gliederungsnummer 300-1 veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.12.1999 (BGBl I S. 2398)

Gebiet	Beantragte Verfahren				Beschäftigte (ohne Klein- gewerbe)	voraus- sichtliche Forderungen in 1 000 DM
	insgesamt	davon				
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereinigungs- plan angenommen		
1	2	3	4	5	6	

Definitionen zur Tabelle

Insolvenzen (325-31)

Das Insolvenzverfahren dient dazu, die Gläubiger eines Schuldners gemeinschaftlich zu befriedigen, indem das Vermögen des Schuldners verwertet und der Erlös verteilt oder in einem Insolvenzplan eine abweichende Regelung insbesondere zum Erhalt des Unternehmens getroffen wird.

Abweisung mangels Masse (325-31)

Das Insolvenzgericht weist den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens ab, wenn das Vermögen des Schuldners voraussichtlich nicht ausreichen wird, um die Kosten des Verfahrens zu decken.

Schuldenbereinigungsplan (325-31)

Ein Schuldenbereinigungsplan enthält Regelungen, die unter Berücksichtigung der Gläubigerinteressen sowie der Vermögens-, Einkommens- und Familienverhältnisse des Schuldners geeignet sind, zu einer angemessenen Schuldenbereinigung zu führen; der Schuldenbereinigungsplan hat die Wirkung eines Vergleichs.

Stand der Definitionen: Januar 2001

400-41 Statistik der Kaufwerte für Bauland

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Preisstatistik vom 09.08.1958 in der im Bundesgesetzblatt, Teil III, Gliederungsnummer 720-9, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art. 16 des Gesetzes vom 19.12.1997 (BGBl I S. 3158)

Lfd. Nr.	Merkmal	Bauland			
		insgesamt	davon		
			baureifes Land	Rohbauland	sonstiges Bauland
		1	2	3	4
1	Zahl der Veräußerungsfälle				
2	Veräußerte Fläche in 1 000 m ²				
3	Kaufsumme in 1 000 DM				
4	Durchschnittlicher Kaufwert in DM je m ²				

Definitionen zur Tabelle

Baureifes Land (400-41)

Zum baureifen Land gehören Grundstücke oder Grundstücksteile, die von der Gemeinde für die Bebauung vorgesehen sind, bei denen die baurechtlichen Voraussetzungen für die Bebauung vorliegen und deren Erschließungsgrad die sofortige Bebauung gestattet. Es liegt im allgemeinen an endgültig oder vorläufig ausgebauten Straßen und ist in der Regel in passende Bauparzellen eingeteilt. Es fallen hierunter in erster Linie Baulücken und der städtebautechnisch aufgeschlossene Grundbesitz, der mitunter nur eine geringe oder keine Bebauung zeigt. Erfasst werden Grundstücke ab 100 m². Auch ein Trenngrundstück ist baureifes Land, wenn es durch Hinzunahme eines Nachbargrundstücks bebaut werden kann.

Rohbauland (400-41)

Das Rohbauland ist im allgemeinen eine Vorstufe für die übrigen Arten der unbebauten Grundstücke, insbesondere für das baureife Land. Es nimmt bei fortschreitender Entwicklung je nach seinem späteren Verwendungszweck die Eigenschaft einer dieser Arten an. Als Rohbauland sind in der Regel größere, unaufgeschlossene Grundstücksflächen anzusehen, die die Eigenschaft als land- und forstwirtschaftliches Vermögen verloren haben, selbst wenn sie noch land- und forstwirtschaftlich genutzt werden. Dabei ist es gleichgültig, ob das Gelände parzelliert ist oder nicht.

Sonstiges Bauland (400-41)

Zum sonstigen Bauland gehören Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen. Als Freiflächen gelten unbebaute Grundstücke, die z.B. als Parkanlagen, Grünflächen, Sport- und Spielplätze o.ä. dem öffentlichen Gebrauch dienen.

Zahl der Veräußerungsfälle (400-41)

Jedes durch Kauf erworbene, unbebaute Grundstück innerhalb des Baugebiets einer Gemeinde ist ein Baulandveräußerungsfall, soweit dessen Fläche 100 m² und mehr beträgt. Nicht erfasst werden:

- Grundstücke, die den Eigentümer infolge eines Tausches, einer Schenkung, einer Vererbung usw. wechseln,
- bebaute Grundstücke wie Mietwohn-, Geschäfts- und Fabrikgrundstücke usw.,
- Grundstücke, auf denen ein Bauverbot liegt und die deshalb nicht zum Baugebiet einer Gemeinde zählen,
- land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke, soweit bewertungsrechtlich nach § 33 und § 69 des Bewertungsgesetzes (BewG) zu ihrer Veräußerung nach dem Grundstückverkehrsgesetz (GrdStVG) und den entsprechenden Durchführungsverordnungen eine Genehmigung erforderlich ist.

Veräußerte Fläche (400-41)

Erfasst ist die veräußerte Fläche von jedem unbebauten Grundstück, das durch Kauf erworben wurde und innerhalb des Baugebiets einer Gemeinde liegt, soweit dessen Fläche 100 m² und mehr beträgt.

Kaufsumme (400-41)

Der Kaufpreis für das Grundstück versteht sich ohne Grunderwerbsnebenkosten (Vermessungskosten, Makler-, Notariats- und Gerichtsgebühren, Grunderwerbsteuer u.a.). Er beinhaltet jedoch evtl. besonders vereinbarte Beträge für Aufwuchs, Zäune und dgl.; ferner den Kapitalwert von Leibrenten sowie die Erschließungskosten, soweit derartige, den Preis beeinflussende Merkmale aus den Vertragsunterlagen bzw. Veräußerungsmitteilungen hervorgehen.

Durchschnittlicher Kaufwert in DM je m² (400-41)

Der durchschnittliche Kaufwert versteht sich als Quotient aus der Kaufsumme und der veräußerten Fläche.

Stand der Definitionen: Januar 2001

346-21 Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme
Art der Statistik: Bundesstatistik
Rechtsgrundlage: Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (FPStatG) vom 21.12.1992 (BGBl I S. 2119)

Gebiet	Bruttoeinnahmen der Gemeinden in DM ¹⁾²⁾³⁾⁴⁾								
	insgesamt	davon							
		Verwaltungshaushalt				Vermögenshaushalt			
		insgesamt	darunter			insgesamt	darunter		
			Steuern und steuerähnliche Einnahmen	allgemeine Zuweisungen und Umlagen v. Gden/GV	Gebühren und zweckgebundene Abgaben		Beiträge und ähnl. Entgelte	Zuweisg., Zuschüsse für Investit. und Investitionsförderungsmaßnahmen	Kredite und innere Darlehen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

¹⁾ Es wird darauf hingewiesen, daß die Einzelgemeinden für Länder mit kommunalen Zusammenschlüssen unterhalb der Kreisebene (Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden, Verwaltungsgemeinschaften) als Darstellungseinheit wenig geeignet sind. Infolge des Übergangs von Aufgaben und damit auch von Finanzmitteln auf die Zwischenstufe würde im Ländervergleich ein unzutreffendes Bild entstehen. Die Finanzen der beiden untersten Verwaltungsstufen sollten in diesen Fällen zusammengefaßt werden. Eine Aggregation der Ergebnisse zu Kreisergebnissen oder anderen übergeordneten Regionaleinheiten ist mangels der Berücksichtigung von Bereinigungen und zwischengemeindlichen Zahlungen wenig aussagefähig.

²⁾ Rheinland-Pfalz: Werte auf 1 000 DM gerundet.

³⁾ Sachsen-Anhalt: ohne Zahlungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden.

⁴⁾ Nordrhein-Westfalen: Landesergebnis einschließlich Landschaftsverbände und Kommunalverband Ruhrgebiet.

Definitionen zur Tabelle

Bruttoeinnahmen der Gemeinden (346-21)

Die Bruttoeinnahmen setzen sich zusammen aus den kassenmäßigen Einnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts der Gemeinden und der Zusammenschlüsse von Gemeinden, nicht aber der Kreise, bereinigt um:

1. Bewirtschaftete Fremdmittel (z.B. Wohngeld, Unterhaltsvorschuß),
2. die Gewerbesteuerumlage,
3. die haushaltstechnischen Verrechnungen (innere Verrechnungen, kalkulatorische Einnahmen, Zinseinnahmen aus inneren Darlehen, Zuführungen vom Verwaltungs- bzw. Vermögenshaushalt).

In dieser Tabelle sind die besonderen Finanzierungsvorgänge allerdings im Interesse einer möglichst umfassenden Beschreibung der tatsächlichen finanziellen Situation der einzelnen Gemeinde nicht abgesetzt.

In dieser Tabelle sind in den „Insgesamt“-Positionen (Spalten 1, 2 und 4) Mehrfacherfassungen auf Grund der nicht abgesetzten Amts- bzw. Verbandsumlage enthalten.

In Ländern mit kommunalen Zusammenschlüssen unterhalb der Kreisebene (Ämter, Verbandsgemeinden, Samtgemeinden, Verwaltungsgemeinschaften) sind infolge des Übergangs von Aufgaben und Finanzmitteln auf diese Zwischenstufe die Einzelgemeinden für überregionale Vergleiche wenig geeignet. Die Finanzen der beiden untersten Verwaltungsstufen werden deshalb in diesen Fällen zusammengefaßt.

Der Verwaltungshaushalt setzt sich zusammen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, allgemeinen Zuweisungen und Umlagen, Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb sowie sonstigen Finanzeinnahmen. Nicht im Verwaltungshaushalt enthalten sind die durchlaufenden Gelder, haushaltstechnische Verrechnungen und abschußtechnische Vorgänge. Ferner wird die Gewerbesteuerumlage abgesetzt (Netto-Darstellung der Steuern).

Einnahmen aus Steuern sind die Einnahmen nach den Steuergesetzen. Steuerähnliche Einnahmen sind die Einnahmen aus steuerähnlichen Abgaben, wie nicht verteilte Jagdpachteinnahmen. Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb beinhalten die Einnahmen aus öffentlich-rechtlichen Entgelten für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen im engeren Sinne (Verwaltungsgebühren) und die Entgelte für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen bzw. die Inanspruchnahme wirtschaftlicher Dienstleistungen und die Einnahmen aus zweckgebundenen Abgaben (z.B. Kurbeitrag).

Der Vermögenshaushalt besteht aus den Entnahmen aus Rücklagen, den Darlehensrückflüssen, den Erlösen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Grundstücken, den Herstellungsbeiträgen und ähnlichen Entgelten, den Investitionszuweisungen, den Kreditaufnahmen und inneren Darlehen. Nicht im Vermögenshaushalt enthalten sind die Zuführungen vom Verwaltungshaushalt und abschußtechnische Vorgänge (IST-Überschuß des Vermögenshaushalts).

Stand der Definitionen: Januar 2001

346-22 Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich

Stichtag/Zeitraum: Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (FPStatG) vom 21.12.1992 (BGBl I S. 2119)

Gebiet	Bruttoausgaben der Gemeinden in DM ¹⁾²⁾³⁾⁴⁾							Nettoausgaben ⁵⁾ der Gemeinden in DM
	insgesamt	davon						
		Verwaltungshaushalt			Vermögenshaushalt			
		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter		
			Personal- ausgaben	laufender Sachaufwand		Tilgung v. Kredit- Rückzahlungen von inneren Darlehen	Ausgaben für Sach- investitionen	
1	2	3	4	5	6	7	8	

¹⁾ Es wird darauf hingewiesen, daß die Einzelgemeinden für Länder mit kommunalen Zusammenschlüssen unterhalb der Kreisebene (Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden, Verwaltungsgemeinschaften) als Darstellungseinheit wenig geeignet sind. Infolge des Übergangs von Aufgaben und damit auch von Finanzmitteln auf die Zwischenstufe würde im Ländervergleich ein unzutreffendes Bild entstehen. Die Finanzen der beiden untersten Verwaltungsstufen sollten in diesen Fällen zusammengefaßt werden. Eine Aggregation der Ergebnisse zu Kreisergebnissen oder anderen übergeordneten Regionaleinheiten ist mangels der Berücksichtigung von Bereinigungen und zwischengemeindlichen Zahlungen wenig aussagefähig.

²⁾ Rheinland-Pfalz: Werte auf 1 000 DM gerundet.

³⁾ Sachsen-Anhalt: ohne Zahlungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden.

⁴⁾ Nordrhein-Westfalen: Landesergebnis einschließlich Landschaftsverbände und Kommunalverband Ruhrgebiet.

⁵⁾ Aufgrund des kommunalen Kontenrahmens auf Gemeindeebene nicht exakt darstellbar.

Definitionen zur Tabelle

Bruttoausgaben der Gemeinden (346-22)

Die Bruttoausgaben setzen sich zusammen aus den kassenmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts der Gemeinden und der Zusammenschlüsse von Gemeinden, nicht aber der Kreise, bereinigt um:

1. Bewirtschaftete Fremdmittel (z.B. Wohngeld, Unterhaltsvorschuß),
2. die Gewerbesteuerumlage,
3. die haushaltstechnischen Verrechnungen (innere Verrechnungen, kalkulatorische Kosten, Zinsausgaben für innere Darlehen, Zuführungen zum Verwaltungs- bzw. Vermögenshaushalt).

In dieser Tabelle sind die besonderen Finanzierungsvorgänge allerdings im Interesse einer möglichst umfassenden Beschreibung der tatsächlichen finanziellen Situation der einzelnen Gemeinde nicht abgesetzt.

In dieser Tabelle sind in den „Insgesamt“-Positionen (Spalten 1 und 2) Mehrfacherfassungen auf Grund der nicht abgesetzten Amts- bzw. Verbandsumlage enthalten.

In Ländern mit kommunalen Zusammenschlüssen unterhalb der Kreisebene (Ämter, Verbandsgemeinden, Samtgemeinden, Verwaltungsgemeinschaften) sind infolge des Übergangs von Aufgaben und Finanzmitteln auf diese Zwischenstufe die Einzelgemeinden für überregionale Vergleiche wenig geeignet. Die Finanzen der beiden untersten Verwaltungsstufen werden deshalb in diesen Fällen zusammengefaßt.

Der Verwaltungshaushalt beinhaltet Personalausgaben, den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand, Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte sowie die sonstigen Finanzausgaben. Nicht enthalten sind die durchlaufenden Gelder, haushaltstechnische Verrechnungen und abschlusstechnische Vorgänge. Ferner ist die Gewerbesteuerumlage nicht enthalten (Netto-Darstellung der Steuern).

Der Vermögenshaushalt besteht aus den Zuführungen an Rücklagen, Darlehensgewährungen, Ausgaben für den Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen sowie von Beteiligungen und Kapitaleinlagen, Baumaßnahmen, Tilgungen von Krediten und Rückzahlungen von inneren Darlehen, Investitionszuschüssen an Dritte sowie den sonstigen Ausgaben des Vermögenshaushalts. Nicht im Vermögenshaushalt enthalten sind die Zuführungen zum Verwaltungshaushalt und die IST-Fehlbeträge des Vermögenshaushalts.

Zu den Sachinvestitionen gehören Baumaßnahmen und der Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen.

Nettoausgaben der Gemeinden (346-22)

Die Nettoausgaben setzen sich zusammen aus den Bruttoausgaben des Gesamthaushalts (einschließlich besondere Finanzierungsvorgänge) abzüglich aller Zahlungen vom öffentlichen Bereich. Die letztgenannte Position kann aufgrund des kommunalen Kontenrahmens Unschärfen aufweisen.

Stand der Definitionen: Januar 2001

346-41 Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (FPStatG) vom 21.12.1992 (BGBl I S. 2119)

Gebiet	Bruttoeinnahmen der Kreise in DM ¹⁾						
	insgesamt	davon					
		Verwaltungshaushalt			Vermögenshaushalt		
		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter	
			allgemeine Zuweisungen und Umlagen von Gemeinden/GV	Gebühren und zweckgebundene Abgaben		Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	Kredite und innere Darlehen
	1	2	3	4	5	6	7

¹⁾ Sachsen-Anhalt: ohne Zahlungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Definitionen zur Tabelle

Bruttoeinnahmen der Kreise - ohne kreisfreie Städte - (346-41)

Die Bruttoeinnahmen setzen sich zusammen aus den kassenmäßigen Einnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts der Kreisverwaltungen, (d.h. nicht die Summe der Gemeindehaushalte), bereinigt um:

1. Bewirtschaftete Fremdmittel,
2. die haushaltstechnischen Verrechnungen (innere Verrechnungen, kalkulatorische Einnahmen, Zinseinnahmen aus inneren Darlehen, Zuführungen vom Verwaltungs- bzw. Vermögenshaushalt).

In dieser Tabelle sind die besonderen Finanzierungsvorgänge allerdings im Interesse einer möglichst umfassenden Beschreibung der tatsächlichen finanziellen Situation des einzelnen Kreises nicht abgesetzt.

Der Verwaltungshaushalt setzt sich zusammen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, allgemeinen Zuweisungen und Umlagen, Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb sowie sonstigen Finanzeinnahmen. Nicht im Verwaltungshaushalt enthalten sind die durchlaufenden Gelder, haushaltstechnische Verrechnungen und abschlusstechnische Vorgänge.

Einnahmen aus Steuern sind die Einnahmen nach den Steuergesetzen. Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb beinhalten die Einnahmen aus öffentlich-rechtlichen Entgelten für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen im engeren Sinne (Verwaltungsgebühren) und die Entgelte für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen bzw. die Inanspruchnahme wirtschaftlicher Dienstleistungen.

Der Vermögenshaushalt besteht aus den Entnahmen aus Rücklagen, den Darlehensrückflüssen, den Erlösen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Grundstücken, den Herstellungsbeiträgen und ähnlichen Entgelten, den Investitionszuweisungen, den Kreditaufnahmen und inneren Darlehen. Nicht im Vermögenshaushalt enthalten sind die Zuführungen vom Verwaltungshaushalt und abschlusstechnische Vorgänge (IST-Überschuß des Vermögenshaushalts).

Stand der Definitionen: Januar 2001

346-42 Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (FPStatG) vom 21.12.1992 (BGBl I S. 2119)

Gebiet	Bruttoausgaben der Kreise in DM ¹⁾							Nettoausgaben ²⁾ der Kreise in DM
	insgesamt	davon						
		Verwaltungshaushalt			Vermögenshaushalt			
		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter		
			Personal- ausgaben	laufender Sachaufwand		Tilgung v. Kredit- Rückzahlungen von inneren Darlehen	Ausgaben für Sach- investitionen	
		1	2	3	4	5	6	

¹⁾ Sachsen-Anhalt: ohne Zahlungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden.

²⁾ Nordrhein-Westfalen: Rückflüsse von Darlehen aus dem öffentlichen Bereich und Schuldenaufnahmen beim öffentlichen Bereich sind nicht abgesetzt.

Definitionen zur Tabelle

Bruttoausgaben der Kreise - ohne kreisfreie Städte - (346-42)

Die Bruttoausgaben setzen sich zusammen aus den kassenmäßigen Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts der Kreisverwaltungen, (d.h. nicht die Summe der Gemeindehaushalte), bereinigt um:

1. Bewirtschaftete Fremdmittel,
2. die haushaltstechnischen Verrechnungen (innere Verrechnungen, kalkulatorische Kosten, Zinsausgaben für innere Darlehen, Zuführungen zum Verwaltungs- bzw. Vermögenshaushalt).

In dieser Tabelle sind die besonderen Finanzierungsvorgänge allerdings im Interesse einer möglichst umfassenden Beschreibung der tatsächlichen finanziellen Situation des einzelnen Kreises nicht abgesetzt.

Der Verwaltungshaushalt beinhaltet Personalausgaben, den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand, Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte sowie die sonstigen Finanzausgaben. Nicht enthalten sind die durchlaufenden Gelder, haushaltstechnische Verrechnungen und abschlusstechnische Vorgänge.

Der Vermögenshaushalt besteht aus den Zuführungen an Rücklagen, Darlehensgewährungen, Ausgaben für den Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen sowie von Beteiligungen und Kapitaleinlagen, Baumaßnahmen, Tilgungen von Krediten und Rückzahlungen von inneren Darlehen, Investitionszuschüssen an Dritte sowie den sonstigen Ausgaben des Vermögenshaushalts. Nicht im Vermögenshaushalt enthalten sind die Zuführungen zum Verwaltungshaushalt und die IST-Fehlbeträge des Vermögenshaushalts.

Zu den Sachinvestitionen gehören Baumaßnahmen und der Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen.

Nettoausgaben der Kreise - ohne kreisfreie Städte - (346-42)

Die Nettoausgaben setzen sich zusammen aus den Bruttoausgaben des Gesamthaushalts (einschließlich besondere Finanzierungsvorgänge) abzüglich aller Zahlungen vom öffentlichen Bereich.

Stand der Definitionen: Januar 2001

356-11 Realsteuervergleich

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (FPStatG) vom 21.12.1992 (BGBl I S. 2119)

Gebiet	Istaufkommen in 1 000 DM			Grundbetrag in DM ¹⁾			Hebesatz in %		
	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbsteuer ²⁾	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbsteuer ²⁾	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbsteuer ²⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8	9

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in 1 000 DM	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in 1 000 DM	Gewerbsteuerumlage in 1 000 DM	Gewerbesteuereinnahmen (Aufkommen abzügl. Umlage) in 1 000 DM
10	11	12	13

¹⁾ Baden-Württemberg: in 1 000 DM.

²⁾ Alte Bundesländer: bis 1997 einschließlich Gewerbsteuer nach Kapital.

Definitionen zur Tabelle

Istaufkommen (356-11)

Der von den Steuerpflichtigen in der einzelnen Gemeinde im Laufe eines Kalenderjahres aufgebrachte Steuerbetrag.

Grundbetrag (356-11)

Für jede Realsteuerart und für jede Gemeinde wird der Grundbetrag nach folgender Formel berechnet:

$$\frac{\text{Istaufkommen}}{\text{Hebesatz}} \cdot 100$$

Hebesatz (356-11)

Von der Gemeinde für das jeweilige Kalenderjahr festgesetzter Prozentsatz, der auf die Meßbeträge der Realsteuern angewandt wird.

Grundsteuer A (356-11)

Produkt aus Steuermeßbetrag der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Hebesatz für Grundsteuer A.

Grundsteuer B (356-11)

Produkt aus Steuermeßbetrag der nicht land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke und Hebesatz für Grundsteuer B.

Gewerbsteuer (356-11)

Produkt aus Steuermeßbeträgen von Gewerbeertrag und -kapital und Hebesatz für Gewerbsteuer. Für die neuen Bundesländer wird als Bemessungsgrundlage nur der Gewerbeertrag herangezogen. Ab 1998 wurde die Gewerkekapitalsteuer abgeschafft.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (356-11)

Die Gemeinden erhalten 15 % aus dem Aufkommen der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer sowie ab 1993 12 % vom Zinsabschlag; für die örtliche Verteilung sorgen die im 3-jährigen Turnus festgelegten Schlüsselzahlen. Es werden hier die „Soll-Beträge“ ausgewiesen, d.h. einschließlich der Schlußabrechnung im folgenden Haushaltsjahr.

Nicht enthalten sind die Zuweisungen des Landes aus den Umsatzsteuermehreinnahmen nach dem Finanzausgleichsgesetz zwischen Bund und Ländern, die nach dem gleichen Berechnungsschema auf die Gemeinden aufgeteilt werden wie der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (356-11)

Die Gemeinden erhalten ab 1998 2,12 vH am Umsatzsteueraufkommen des Landes. Die Verteilung erfolgt nach einem Schlüssel, der in den alten Ländern zu 70 vH auf dem Gewerbesteuerertrag und zu 30 vH auf der Anzahl der Sozialversicherungspflichtigen im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1995 und in den neuen Ländern auf dem Gewerbesteuerertrag der Jahre 1992 bis 1996 beruht.

Gewerbsteuerumlage (356-11)

Die Gemeinden müssen aus ihrem Gewerbesteuerertrag eine Gewerbsteuerumlage entrichten. Sie ergibt sich aus dem Produkt von Gewerbesteuergrundbetrag und festgelegtem Vervielfältiger. Es werden hier die „Soll-Beträge“ ausgewiesen, d.h. einschließlich der Schlußabrechnung im folgenden Haushaltsjahr.

Gewerbesteuereinnahmen (356-11)

Gewerbesteuerertrag abzüglich Gewerbesteuerumlage.

Stand der Definitionen: Januar 2001

358-61 Schulden öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 31.12.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (FPStatG) in der Neufassung vom 08.03.2000 (BGBl I S. 206)

Gebiet	Schulden ¹⁾ in 1 000 DM			
	der Gemeinden und Gemeindeverbände ²⁾³⁾		der kommunalen Eigenbetriebe ⁵⁾	der kommunalen Krankenhäuser ⁶⁾
	insgesamt ⁴⁾	darunter Schulden am Kreditmarkt		
	1	2	3	4

¹⁾ Nordrhein-Westfalen: Landesergebnis einschließlich Landschaftsverbände und Kommunalverband Ruhrgebiet.

²⁾ Bayern: ohne Bezirke.

³⁾ Hessen, Sachsen: Landessumme einschließlich Landeswohlfahrtsverband.

⁴⁾ Mecklenburg-Vorpommern: einschließlich rückzahlungspflichtiger Altschulden.

⁵⁾ Schleswig-Holstein: auf Kreisebene ab 1997 ohne Nachweis der Schulden der kommunalen Eigenbetriebe.

⁶⁾ Baden-Württemberg: ohne Regionalverbände und Landeswohlfahrtsverbände.

Nordrhein-Westfalen: ohne rechtlich selbständige Krankenhäuser.

Hessen: ohne Zweckverbandskrankenhäuser.

Schleswig-Holstein: einschließlich Zweckverbandskrankenhäuser. Auf Kreisebene ab 1998 ohne Nachweis der Schulden der Krankenhäuser.

Definitionen zur Tabelle

Schulden (358-61)

Die Verschuldung umfaßt alle Verbindlichkeiten aus Darlehensaufnahme, die durch Schuldurkunde oder Eintragung ins Schuldbuch fundiert sind, ungeachtet dessen, wer den Schuldendienst dafür trägt. Darunter fallen Schulden am Kreditmarkt und Schulden bei öffentlichen Haushalten. Nicht im Schuldenstand enthalten sind Kassenverstärkungskredite, Bürgschaften, innere Darlehen und kreditähnliche Rechtsgeschäfte.

Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände (358-61)

Dargestellt werden die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände ohne die Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen.

Schulden der kommunalen Eigenbetriebe (358-61)

Die Schulden werden in der Statistik über die Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen erhoben. Dargestellt wird die Verschuldung der kommunalen Einrichtungen (ohne Krankenhäuser), die in der Rechtsform als "Eigenbetriebe" geführt werden.

Schulden der kommunalen Krankenhäuser (358-61)

Dargestellt werden die Schulden der Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft. Ist der Träger nicht einem Kreis (einer regionalen Einheit) zuordenbar, werden die Schulden in der nächsthöheren regionalen Einheit nachgewiesen.

Stand der Definitionen: Januar 2001

368-01 Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Regionalebene: Gemeinde **Periodizität der Bereitstellung:** 3-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über Steuerstatistiken (StStatG) in der Neufassung durch Artikel 35 des Jahressteuergesetzes 1996 vom 11.10.1995 (BGBl I S. 1250, 1409), zuletzt geändert durch Artikel 24 des Jahressteuer-Ergänzungsgesetzes 1996 vom 18.12.1995 (BGBl I S. 1967)

Gebiet	Lohn- und Einkommen- steuerpflichtige	Gesamtbetrag der Einkünfte in 1 000 DM	Lohn- und Einkommensteuer in 1 000 DM
	1	2	3

Definitionen zur Tabelle

Lohn- und Einkommensteuerpflichtige (368-01)

Bei den Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen handelt es sich um unbeschränkt einkommensteuerpflichtige natürliche Personen. Hierzu gehören die nichtveranlagten und veranlagten Arbeitnehmer sowie die veranlagten Einkommensteuerpflichtigen, die keine Lohneinkünfte bezogen. Ehegatten, die gemeinsam zur Einkommensteuer veranlagt wurden, zählen als ein Steuerpflichtiger.

Verlustfälle, d.h. veranlagte Lohn- und Einkommensteuerpflichtige mit negativem Einkommen, sind nicht berücksichtigt.

Gesamtbetrag der Einkünfte (368-01)

Der Gesamtbetrag der Einkünfte ergibt sich als Saldo der positiven und negativen Einkünfte aus den gesetzlich vorgegebenen sieben Einkunftsarten unter Berücksichtigung bestimmter Hinzurechnungs- und Abzugsposten.

Lohn- und Einkommensteuer (368-01)

Hierbei handelt es sich um die Jahreslohnsteuer (bei den Lohnsteuerpflichtigen, die weder zur Einkommensteuer-Veranlagung verpflichtet waren, noch einen Antrag zur Veranlagung zur Einkommensteuer (Antragsveranlagung) gestellt haben) bzw. um die festgesetzte Einkommensteuer (bei veranlagten Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen).

Stand der Definitionen: Januar 2001

360-61 Personalstandstatistik des Bundes, der Länder, Gemeinden und -verbände

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (FPStatG) vom 21.12.1992 (BGBl I S. 2119)

Lfd. Nr.	Geschlecht	Vollzeitbeschäftigte des Bundes, der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾				Teilzeitbeschäftigte des Bundes, der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾				
		insgesamt	davon			Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit				Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit
			Beamte und Richter	Ange- stellte	Arbeiter	insgesamt	davon			
							Beamte und Richter	Ange- stellte	Arbeiter	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	männlich									
2	weiblich									
3	Insgesamt									

¹⁾ Hessen, Sachsen: Landessumme einschließlich Landeswohlfahrtsverband.

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte des Bundes, der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände (360-61)

Hierzu zählen alle Beschäftigten bei Behörden, Gerichten und Einrichtungen (einschließlich der rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen sowie der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) des Bundes (ohne Bundeseisenbahnvermögen und Bundespost), der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die Berufs- und Zeitsoldaten zählen zu den Beschäftigten des Bundes. Sie sind jeweils der Gruppe der Beamten und Richter zugerechnet (Spalten 2 und 6).

Nicht enthalten sind Beschäftigte des Bundes, deren Arbeitsort im Ausland liegt bzw. Beschäftigte des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände, deren Arbeitsort außerhalb des jeweiligen Bundeslandes liegt.

Vollzeitbeschäftigte (360-53, 360-54, 360-61, 360-62)

Bei Vollzeitbeschäftigten beträgt die regelmäßige Arbeitszeit die übliche volle Wochenarbeitsstundenzahl.

Teilzeitbeschäftigte (360-53, 360-54, 360-61, 360-62)

Teilzeitbeschäftigte sind Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche volle Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten beträgt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

360-62 Personalstandstatistik des Bundes

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (FPStatG) vom 21.12.1992 (BGBl I S. 2119)

Lfd. Nr.	Geschlecht	Vollzeitbeschäftigte des Bundes				Teilzeitbeschäftigte des Bundes				
		insgesamt	davon			Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit			Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit	
			Beamte und Richter	Ange- stellte	Arbeiter	insgesamt	davon			
							Beamte und Richter	Ange- stellte		Arbeiter
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	männlich									
2	weiblich									
3	Insgesamt									

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte des Bundes (360-62)

Hierzu zählen alle Beschäftigten bei Behörden, Gerichten und Einrichtungen (einschließlich der rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen) des Bundes (ohne Bundeseisenbahnvermögen und Bundespost).

Die Berufs- und Zeitsoldaten zählen zu den Beschäftigten des Bundes. Sie sind jeweils der Gruppe der Beamten und Richter zugerechnet (Spalten 2 und 6). Nicht enthalten sind Beschäftigte des Bundes, deren Arbeitsort im Ausland liegt.

Vollzeitbeschäftigte (360-53, 360-54, 360-61, 360-62)

Bei Vollzeitbeschäftigten beträgt die regelmäßige Arbeitszeit die übliche volle Wochenarbeitsstundenzahl.

Teilzeitbeschäftigte (360-53, 360-54, 360-61, 360-62)

Teilzeitbeschäftigte sind Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche volle Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten beträgt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

360-53 Personalstandstatistik der Länder, Gemeinden und -verbände

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (FPStatG) vom 21.12.1992 (BGBl I S. 2119)

Lfd. Nr.	Geschlecht	Vollzeitbeschäftigte des Landes				Teilzeitbeschäftigte des Landes				
		insgesamt	davon			Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit				Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit
			Beamte und Richter	Ange- stellte	Arbeiter	insgesamt	davon			
							Beamte und Richter	Ange- stellte	Arbeiter	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	männlich									
2	weiblich									
3	Insgesamt									

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte des Landes (360-53)

Hierzu zählen alle Beschäftigten bei Behörden, Gerichten und Einrichtungen (einschließlich der rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen sowie Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) der Länder.

Nicht enthalten sind Beschäftigte des Landes, deren Arbeitsort außerhalb des jeweiligen Bundeslandes liegt.

Vollzeitbeschäftigte (360-53, 360-54, 360-61, 360-62)

Bei Vollzeitbeschäftigten beträgt die regelmäßige Arbeitszeit die übliche volle Wochenarbeitsstundenzahl.

Teilzeitbeschäftigte (360-53, 360-54, 360-61, 360-62)

Teilzeitbeschäftigte sind Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche volle Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten beträgt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

360-54 Personalstandstatistik der Länder, Gemeinden und -verbände

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** jährlich **Stichtag/Zeitraum:** 30.06.

Art der Statistik: Bundesstatistik

Rechtsgrundlage: § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (FPStatG) vom 21.12.1992 (BGBl I S. 2119)

Lfd. Nr.	Geschlecht	Vollzeitbeschäftigte der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾				Teilzeitbeschäftigte der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾				
		insgesamt	davon			Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit			Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit	
			Beamte und Richter	Ange- stellte	Arbeiter	insgesamt	davon			
							Beamte und Richter	Ange- stellte		Arbeiter
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	männlich									
2	weiblich									
3	Insgesamt									

¹⁾ Hessen, Sachsen: Landessumme einschließlich Landeswohlfahrtsverband.

Definitionen zur Tabelle

Beschäftigte der Gemeinden und Gemeindeverbände (360-54)

Hierzu zählen alle Beschäftigten bei Ämtern und Einrichtungen (einschließlich der rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen sowie Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen) der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Nicht enthalten sind Beschäftigte der Gemeinden und Gemeindeverbände, deren Arbeitsort außerhalb des jeweiligen Bundeslandes liegt.

Vollzeitbeschäftigte (360-53, 360-54, 360-61, 360-62)

Bei Vollzeitbeschäftigten beträgt die regelmäßige Arbeitszeit die übliche volle Wochenarbeitsstundenzahl.

Teilzeitbeschäftigte (360-53, 360-54, 360-61, 360-62)

Teilzeitbeschäftigte sind Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche volle Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten beträgt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

426-31 Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 2-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Durch Gesetz zugewiesene Aufgabe

Rechtsgrundlage: Landesspezifische Regelungen

Gebiet	Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen (unbereinigt) in Millionen DM					
	insgesamt	Unternehmen				Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck
		Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungs- unternehmen	
	1	2	3	4	5	6

Definitionen zur Tabelle

Bruttowertschöpfung (BWS) (426-31)

Die BWS als Maß für die wirtschaftliche Leistung eines Wirtschaftsbereichs ergibt sich durch Abzug der bei der Produktion verbrauchten Vorleistungen (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Halbfabrikate und Handelsware, Transportkosten, Mieten u.ä.) von der gesamten Gütererzeugung (Umsatz, Wert der Bestandsveränderung an eigenen Erzeugnissen und der selbstgestellten Anlagen) in einem Berichtsjahr. Die BWS zu Marktpreisen als Differenz von Produktionswert und Vorleistungen bringt die Höhe der in der Regel zu Marktpreisen bewerteten Nettoerzeugung eines Wirtschaftsbereichs in einer Region zum Ausdruck. Sie ist identisch mit der Summe aus entstandenem Einkommen, Abschreibungen und Produktionssteuern (abzüglich Subventionen) in der Region.

Bei den durch Kumulation der Kreisergebnisse gewonnenen Werten für übergeordnete Gebietseinheiten können rundungsbedingte Differenzen zu den veröffentlichten Werten auftreten.

Die Ergebnisse beziehen sich immer auf den zum jeweiligen Veröffentlichungszeitpunkt maßgeblichen Berechnungsstand.

Produzierendes Gewerbe (426-31)

Das Produzierende Gewerbe umfaßt das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, die Energie- und Wasserversorgung sowie den Bergbau; dabei ist das Produzierende Handwerk jeweils eingeschlossen.

Dienstleistungsunternehmen (426-31)

Dienstleistungsunternehmen erbringen Leistungen im Kredit- und Versicherungsgewerbe, in der Wohnungsvermietung, im Gastgewerbe, im (privaten) Bereich der Bildung, Wissenschaft, Kultur usw., des Verlagsgewerbes, im Gesundheits- und Veterinärwesen sowie im Bereich der übrigen (handwerklichen und restlichen) Dienstleistungen wie mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten, Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht sowie Leistungen von Organisationen ohne Erwerbszweck für Unternehmen.

Stand der Definitionen: Januar 2001

666-41 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Regionalebene: Kreis **Periodizität der Bereitstellung:** 3-jährlich **Stichtag/Zeitraum:** Jahressumme

Art der Statistik: Durch Gesetz zugewiesene Aufgabe

Rechtsgrundlage: Landesspezifische Regelungen

Gebiet	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ¹⁾	
	Millionen DM	DM je Einwohner
	1	2

¹⁾ Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen: Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Definitionen zur Tabelle

Die privaten Haushalte treten in erster Linie als Anbieter von Arbeitskraft, als letzte Käufer von Ver- und Gebrauchsgütern und als Anleger von Ersparnissen auf. Ihre Einnahmen sind aber nicht allein vom Markt abhängig, denn neben Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen spielen auch Einnahmen aus Übertragungen (Renten, Pensionen, Unterstützungen usw.) eine Rolle. In der Länderrechnung müssen die privaten Haushalte aus methodischen Gründen mit den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefaßt dargestellt werden.

Bei den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck handelt es sich um Organisationen, Verbände, Vereine, Institute usw., die nicht zum staatlichen Sektor gehören, ihre Leistungen aber ebenfalls unentgeltlich oder zu nicht voll die Kosten deckenden Preisen abgeben. Sie bestreiten ihre Aufwendungen - abgesehen von speziellen Entgelten - zu einem wesentlichen Teil aus Beiträgen und Zuwendungen privater Haushalte.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (666-41)

Das verfügbare Einkommen, das den einzelnen Sektoren bzw. der gesamten Volkswirtschaft nach der Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen und nach der Umverteilung über empfangene und geleistete laufende Übertragungen zur Verfügung steht, wird für den letzten Verbrauch (Privater Verbrauch und/bzw. Staatsverbrauch) und für die Ersparnisbildung verwendet. Dieser Einkommensbegriff hat in erster Linie für den Sektor „Private Haushalte“ Bedeutung. Für diesen Sektor wird er ohne nicht entnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt.

Stand der Definitionen: Januar 2001

Anhang

Alphabetisches Statistikverzeichnis

	Seite(n)
Allgemeinbildende Schulen	33 - 35
Allgemeine Agrarstrukturerhebung	61 - 70
Allgemeine Bundestagswahlstatistik	30
Allgemeine Europawahlstatistik	31
Allgemeine Landeswahlstatistik	32
Arbeitslose	28
Baufertigstellungen	47 - 49
Baugenehmigungen	44 - 46
Berufe des Gesundheitswesens	43
Berufliche Schulen	36, 37
Beschäftigtenstatistik	17 - 27
Bevölkerungsstand	5 - 7
Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen	97
Einrichtungen und tätige Personen - ohne Tageseinrichtungen	40
Einrichtungen und tätige Personen - Tageseinrichtungen für Kinder	39
Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	38
Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder	29
Flächenerhebung	59, 60
Gebietsstand	3, 4
Geburten	8, 9
Gewerbeanzeigenstatistik	83
Insolvenzstatistik	84
Kaufwerte für Bauland	85
Kraftfahrzeug- und Anhängerbestand	82
Krankenhausstatistik: Grunddaten	41, 42
Lohn- und Einkommensteuerstatistik	92
Monatserhebung im Tourismus	79, 80
Öffentliche Abwasserbehandlung	53 - 55
Öffentliche Wasserversorgung	51, 52
Personalstand	93 - 96
Realsteuervergleich	90
Schulden	91
Sterbefälle	10, 11
Straßenverkehrsunfälle	81
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (Investitionserhebung)	77
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (Monatsbericht für Betriebe)	71 - 76
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	98
Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden	86 - 89
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe)	78
Wanderungsstatistik	12 - 16
Wasserversorgung u.Abwasserbeseitigung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau u.Gewinnung v.Steinen u.Erden	56 - 58
Wohngebäude- und Wohnungsbestand	50

Alphabetisches Verzeichnis der Begriffsdefinitionen

	Seite(n)
A	
Abbauland (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60
Abendschulen und Kollegs (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	34
Abwasserbehandlungsanlage (Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung)	53, 54
Abweisung mangels Masse (Insolvenzstatistik)	84
Ackerland (Allgemeine Agrarstrukturerhebung)	61, 62
Altersgruppen (Statistik der Sterbefälle)	11
Altersgruppen der Mütter (Statistik der Geburten)	9
Angereichertes Grundwasser (Statistik der öffentlichen Wasserversorgung)	51
Angereichertes Grundwasser (Statistik der Wasserversorg.u.Abwasserbeseit.i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergb.u.Gewinnung.v.Steinen u.Erden)	56
Arbeitslose (Arbeitsmarktstatistik der Arbeitsverwaltung und -vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit)	28
Arbeitslosenquote (Arbeitsmarktstatistik der Arbeitsverwaltung und -vermittlung der Bundesanstalt für Arbeit)	28
Ärzte für Allgemeinmedizin, praktische Ärzte (Statistik der Berufe des Gesundheitswesens)	43
Ärzte für Chirurgie (Statistik der Berufe des Gesundheitswesens)	43
Ärzte für Frauenheilkunde und Geburtshilfe (Statistik der Berufe des Gesundheitswesens)	43
Ärzte für Innere Medizin (Statistik der Berufe des Gesundheitswesens)	43
Ärzte in freier Praxis (Statistik der Berufe des Gesundheitswesens)	43
Aufgestellte Betten (Krankenhausstatistik: Grunddaten)	41, 42
Ausländer (Fortschreibung des Bevölkerungsstandes)	6
Ausländer (Wanderungstatistik)	14, 16
Ausländer (Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten)	17 - 25
B	
Baureifes Land (Statistik der Kaufwerte für Bauland)	85
Beherbergungsbetriebe (Monatserhebung im Tourismus)	80
Berichtskreis (Investitionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)	77
Berichtskreis (Gewerbeanzeigenstatistik)	83
Berichtskreis (Statistik der Wasserversorg.u.Abwasserbeseit.i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergb.u.Gewinnung.v.Steinen u.Erden)	56 - 58
Berichtskreis (Allgemeine Agrarstrukturerhebung)	61 - 68, 70
Berichtskreis (Monatsbericht einschl.Auftragseingangserh.f.Betriebe i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergbau u.Gewinnung v.Steinen u.Erden)	71 - 76
Berichtskreis (Monatserhebung im Tourismus)	79, 80
Berufsaufbauschulen (Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens))	37
Berufsfachschulen (Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens))	37
Berufsoberschulen/Technische Oberschulen (Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens))	37
Berufsschulen (Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens))	37
Beschäftigte (Investitionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)	77
Beschäftigte (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe)	78
Beschäftigte (Monatsbericht einschl.Auftragseingangserh.f.Betriebe i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergbau u.Gewinnung v.Steinen u.Erden)	71, 73, 74
Beschäftigte am Arbeitsort (Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten)	17, 19, 21, 23, 25-27
Beschäftigte am Wohnort (Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten)	18, 20, 22, 24, 26, 27
Beschäftigte der Gemeinden und Gemeindeverbände (Personalstandstatistik)	96
Beschäftigte des Bundes (Personalstandstatistik)	94
Beschäftigte des Bundes, der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände (Personalstandstatistik)	93
Beschäftigte des Landes (Personalstandstatistik)	95
Betriebe (Investitionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)	77
Betriebe (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe)	78
Betriebe (Monatsbericht einschl.Auftragseingangserh.f.Betriebe i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergbau u.Gewinnung v.Steinen u.Erden)	71, 73, 74
Betriebe mit ökologischem Landbau (Allgemeine Agrarstrukturerhebung)	68
Betriebsfläche (ohne Abbauland) (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60

Betriebsformen (Allgemeine Agrarstrukturhebung)	67
Bevölkerung (Fortschreibung des Bevölkerungsstandes)	5, 6
Biologische Abwasserbehandlung (Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung)	54
Bodenfläche (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60
Bruttoausgaben der Gemeinden (Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden)	87
Bruttoausgaben der Kreise - ohne kreisfreie Städte - (Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden)	89
Bruttoeinnahmen der Gemeinden (Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden)	86
Bruttoeinnahmen der Kreise - ohne kreisfreie Städte - (Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden)	88
Bruttolohn- und -gehaltssumme (Monatsbericht einschl.Auftragseingangserh.f.Betriebe i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergbau u.Gewinnung v.Steinen u.Erden)	72
Bruttowertschöpfung (BWS) (Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen)	97

D

Dauergrünland (Allgemeine Agrarstrukturhebung)	61
Dauerkulturen (Allgemeine Agrarstrukturhebung)	61
Denitrifikation (Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung)	54
Deutsche (Fortschreibung des Bevölkerungsstandes)	6
Deutsche (Wanderungsstatistik)	14, 16
Deutsche (Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten)	17 - 25
Dienstleistungsunternehmen (Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen)	97
Direkteinleitung (Statistik der Wasserversorg.u.Abwasserbeseit.i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergb.u.Gewinnung.v.Steinen u.Erden)	58
Durchschnittliche Jahresbevölkerung (Fortschreibung des Bevölkerungsstandes)	7
Durchschnittlicher Kaufwert in DM je m ² (Statistik der Kaufwerte für Bauland)	85

E

Eigengewinnung (Statistik der Wasserversorg.u.Abwasserbeseit.i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergb.u.Gewinnung.v.Steinen u.Erden)	56
Einrichtungen der Jugendhilfe - ohne Tageseinrichtungen für Kinder - (Statistik der Einricht.u.tätigen Personen - ohne Tageseinrichtungen)	40
Einwohnerwert (Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung)	54
Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Statistik der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt)	38
Energieverbrauch (Monatsbericht einschl.Auftragseingangserh.f.Betriebe i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergbau u.Gewinnung v.Steinen u.Erden)	75
Erholungsfläche (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60
Ernteertrag (Allgemeine Agrarstrukturhebung)	69
Erwerbstätige (Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder)	29

F

Fachakademien (Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens))	37
Fachgymnasien (Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens))	37
Fachoberschulen (Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens))	37
Fachschulen (Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens))	37
Flächen anderer Nutzung (ohne Friedhofsfläche) (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60
Freie Waldorfschulen (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	34
Friedhofsfläche (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60

G

Gästekünfte (Monatserhebung im Tourismus)	79, 80
Gästebetten (Monatserhebung im Tourismus)	79, 80
Gästeübernachtungen (Monatserhebung im Tourismus)	79, 80
Gebäude- und Freifläche (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60
Geleistete Arbeiterstunden (Monatsbericht einschl.Auftragseingangserh.f.Betriebe i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergbau u.Gewinnung v.Steinen u.Erden)	72
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Realsteuervergleich)	90
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (Realsteuervergleich)	90
Gesamtbetrag der Einkünfte (Lohn- und Einkommensteuerstatistik)	92
Gesamtnutzung (Statistik der Wasserversorg.u.Abwasserbeseit.i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergb.u.Gewinnung.v.Steinen u.Erden)	57
Gesamtumsatz des Vorjahres (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe)	78
Getötete Personen (Statistik der Straßenverkehrsunfälle)	81

Gewerbe, Industrie (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60
Gewerbeabmeldungen (Gewerbeanzeigenstatistik)	83
Gewerbeabmeldungen (Gewerbeanzeigenstatistik)	83
Gewerbsteuer (Realsteuervergleich)	90
Gewerbsteuereinnahmen (Realsteuervergleich)	90
Gewerbsteuerumlage (Realsteuervergleich)	90
Gewerbeummeldungen (Gewerbeanzeigenstatistik)	83
Großvieheinheiten (GV) (Allgemeine Agrarstrukturhebung)	70
Grünanlage (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60
Grundbetrag (Realsteuervergleich)	90
Grundschulen (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	34
Grundsteuer A (Realsteuervergleich)	90
Grundsteuer B (Realsteuervergleich)	90
Grundwasser (Statistik der öffentlichen Wasserversorgung)	51
Grundwasser (Statistik der Wasserversorg.u.Abwasserbeseit.i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergb.u.Gewinnng.v.Steinen u.Erden)	56
Gymnasien (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	34

H

Hauptamtliche Ärzte (Krankenhausstatistik: Grunddaten)	41, 42
Haupterwerbsbetriebe (Allgemeine Agrarstrukturhebung)	64
Hauptschulen (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	34
Hebesatz (Realsteuervergleich)	90

I

Indirekteinleitung (Statistik der Wasserversorg.u.Abwasserbeseit.i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergb.u.Gewinnng.v.Steinen u.Erden)	58
Insolvenzen (Insolvenzstatistik)	84
Integrierte Gesamtschulen (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	34
Investitionen bei Betrieben (Investitionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau u.Gewinnung v.Steinen u.Erden)	77
Istaufkommen (Realsteuervergleich)	90

J

Jahresabwassermenge (Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung)	54
---	----

K

Kanalisation (Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung)	53
Kanalnetz (Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung)	54
Kaufsumme (Statistik der Kaufwerte für Bauland)	85
Klärschlamm (Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung)	55
Kollegschulen (Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens))	37
Kraftfahrzeugbestand (Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes, Fahrzeugmängel)	82
Kraftfahräder (Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes, Fahrzeugmängel)	82
Krankenhäuser (Krankenhausstatistik: Grunddaten)	41

L

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) (Allgemeine Agrarstrukturhebung)	61, 64 - 68
Landwirtschaftliche Betriebe (Allgemeine Agrarstrukturhebung)	61 - 68, 70
Landwirtschaftliche Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen (Allgemeine Agrarstrukturhebung)	64
Landwirtschaftsfläche (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60
Lastkraftwagen (Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes, Fahrzeugmängel)	82
Lebendgeborene (Statistik der Geburten)	8, 9

Letztverbraucher (Statistik der öffentlichen Wasserversorgung)	52
Lohn- und Einkommensteuer (Lohn- und Einkommensteuerstatistik)	92
Lohn- und Einkommensteuerpflichtige (Lohn- und Einkommensteuerstatistik)	92

N

Nebenerwerbsbetriebe (Allgemeine Agrarstrukturerhebung)	64
Nettoausgaben der Gemeinden (Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden)	87
Nettoausgaben der Kreise - ohne kreisfreie Städte - (Vierteljährliche Kassenergebnisse der Gemeinden)	89
Nichtwohngebäude (Statistik der Baugenehmigungen)	45, 46
Nichtwohngebäude (Statistik der Baufertigstellungen)	48, 49

O

Öffentliche Apotheken (Statistik der Berufe des Gesundheitswesens)	43
--	----

P

Patientenabgang (Krankenhausstatistik: Grunddaten)	41, 42
Patientenzugang (Krankenhausstatistik: Grunddaten)	41, 42
Pendlersaldo (Vierteljährliche Bestandsauszählungen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten)	26, 27
Personenkraftwagen einschließlich M1-Fahrzeuge (Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes, Fahrzeugmängel)	82
Produzierendes Gewerbe (Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen)	97

Q

Quellwasser (Statistik der öffentlichen Wasserversorgung)	51
Quellwasser (Statistik der Wasserversorg.u.Abwasserbeseit.i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergb.u.Gewinnng.v.Steinen u.Erden)	56

R

Räume (Statistik der Baugenehmigungen)	46
Räume (Statistik der Baufertigstellungen)	49
Räume (Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes)	50
Realschulen (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	34
Rohbauland (Statistik der Kaufwerte für Bauland)	85

S

Schmutzwasser (Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung)	54
Schulabgänger insgesamt (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	35
Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife (ohne Fachhochschulreife) (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	35
Schulabgänger mit Hauptschulabschluß (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	35
Schulabgänger mit Realschulabschluß (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	35
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	35
Schularten mit mehreren Bildungsgängen (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	34
Schulartunabhängige Orientierungsstufe (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	34
Schulden (Schulden öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen)	91
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände (Schulden öffentlicher Fonds, Einrichtungen u.Unternehmen m.eig.Rechnungswesen)	91
Schulden der kommunalen Eigenbetriebe (Schulden öffentlicher Fonds, Einrichtungen u.Unternehmen m.eig.Rechnungswesen)	91
Schulden der kommunalen Krankenhäuser (Schulden öffentlicher Fonds, Einrichtungen u.Unternehmen m.eig.Rechnungswesen)	91
Schuldenbereinigungsplan (Insolvenzstatistik)	84
Schulen (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	34
Schulen (Statistik der beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens))	37
Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (Statistik der Straßenverkehrsunfälle)	81

Siedlungs- und Verkehrsfläche (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60
Sonderschulen (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	34
Sonstiges Bauland (Statistik der Kaufwerte für Bauland)	85
Standardbetriebsseinkommen (Allgemeine Agrarstrukturhebung)	66
Sterbefälle (Statistik der Sterbefälle)	10, 11
Straßenverkehrsunfälle (Statistik der Straßenverkehrsunfälle)	81

T

Tageseinrichtungen für Kinder (Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen - Tageseinrichtungen für Kinder)	39
Tätige Personen (Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen - Tageseinrichtungen für Kinder)	39
Tätige Personen (Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen - ohne Tageseinrichtungen)	40
Teilzeitbeschäftigte (Personalstandstatistik)	93 - 96
Trockenmasse (Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung)	55

U

Uferfiltrat (Statistik der öffentlichen Wasserversorgung)	51
Uferfiltrat (Statistik der Wasserversorg.u.Abwasserbeseit.i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergb.u.Gewinnng.v.Steinen u.Erden)	56
Umsatz (Monatsbericht einschl.Auftragseingangserh.f.Betriebe i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergbau u.Gewinnung v.Steinen u.Erden)	76
Unfälle mit Personenschaden (Statistik der Straßenverkehrsunfälle)	81
Unland (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60

V

Veräußerte Fläche (Statistik der Kaufwerte für Bauland)	85
Verfügbare Plätze (Statistik der Einrichtungen und tätigen Personen - Tageseinrichtungen für Kinder)	39
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte)	98
Verkehrsfläche (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60
Verletzte Personen (Statistik der Straßenverkehrsunfälle)	81
Vollzeitbeschäftigte (Personalstandstatistik)	93 - 96
Vorschulbereich (Statistik der allgemeinbildenden Schulen)	34
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (Krankenhausstatistik: Grunddaten)	42

W

Wahlberechtigte (Allgemeine Bundestagswahlstatistik)	30
Wahlberechtigte (Allgemeine Europawahlstatistik)	31
Waldfläche (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60
Wasseraufkommen (Statistik der Wasserversorg.u.Abwasserbeseit.i.Ber.Verarb.Gewerbe, Bergb.u.Gewinnng.v.Steinen u.Erden)	56
Wasserfläche (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60
Wohnen (Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung)	60
Wohngebäude (Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes)	50
Wohngebäude (Statistik der Baugenehmigungen)	44, 46
Wohngebäude (Statistik der Baufertigstellungen)	47, 49
Wohnungen (Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes)	50
Wohnungen (Statistik der Baugenehmigungen)	44 - 46
Wohnungen (Statistik der Baufertigstellungen)	47 - 49

Z

Zahl der Gemeinden (Feststellung des Gebietsstandes)	4
Zahl der Veräußerungsfälle (Statistik der Kaufwerte für Bauland)	85
Zahnärzte in freier Praxis (Statistik der Berufe des Gesundheitswesens)	43
Zu- und Fortzüge über die Gemeindegrenzen (Wanderungsstatistik)	12 - 14
Zu- und Fortzüge über die Kreisgrenzen (Wanderungsstatistik)	15, 16
Zugmaschinen (Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes, Fahrzeugmängel)	82

Anschriften der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Land	Postfach/Großkunden	Hausanschrift	Telefon
Statistisches Bundesamt	65180 Wiesbaden	Gustav-Stresemann-Ring 11 65189 Wiesbaden	(0611) 75-1
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Postfach 10 60 33 70049 Stuttgart	Böblinger Straße 68 70199 Stuttgart	(0711) 641-0
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung	80288 München	Neuhauser Straße 8 80331 München	(089) 2119-0
Statistisches Landesamt Berlin	10306 Berlin	Alt Friedrichsfelde 60 10315 Berlin	(030) 9021-0
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg	Postfach 60 10 52 14410 Potsdam	Dortustraße 46 14467 Potsdam	(0331) 39-0
Statistisches Landesamt Bremen	Postfach 10 13 09 28013 Bremen	An der Weide 14-16 28195 Bremen	(0421) 361-2501
Statistisches Landesamt Hamburg	20453 Hamburg	Steckelhörn 12 20457 Hamburg	(040) 4 28 31-0
Hessisches Statistisches Landesamt	65175 Wiesbaden	Rheinstraße 35/37 65185 Wiesbaden	(0611) 3802-0
Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern	Postfach 12 01 35 19018 Schwerin	Lübecker Straße 287 19059 Schwerin	(0385) 4801-0
Niedersächsisches Landesamt für Statistik	Postfach 910764 30427 Hannover	Göttinger Chaussee 76 30453 Hannover	(0511) 9898-0
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Postfach 10 11 05 40002 Düsseldorf	Mauerstraße 51 40476 Düsseldorf	(0211) 9449-01
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	56128 Bad Ems	Mainzer Str. 14-16 56130 Bad Ems	(02603) 71-0
Statistisches Landesamt Saarland	Postfach 10 30 44 66030 Saarbrücken	Virchowstr. 7 66119 Saarbrücken	(0681) 501-00
Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen	Postfach 105 01911 Kamenz	Macherstraße 63 01917 Kamenz	(03578) 33-0
Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt	Postfach 20 11 56 06012 Halle (Saale)	Merseburger Straße 2 06112 Halle (Saale)	(0345) 2318-0
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	Postfach 7130 24171 Kiel	Fröbelstraße 15-17 24113 Kiel	(0431) 6895-0
Thüringer Landesamt für Statistik	Postfach 90 01 63 99104 Erfurt	Europa-Platz 3 99091 Erfurt	(0361) 37-900

Preisliste für Regio-Stat-Tabellen¹⁾

Die Preise hängen von der Tabellengröße und der Zahl der im jeweiligen Bundesland vorhandenen Kreise bzw. Gemeinden ab:

Gemeindetabellen	Tabellengröße ²⁾			
	S	M	L	XL
	in DM			
Baden-Württemberg	25,00	37,50	50,00	62,50
Bayern	45,00	67,50	90,00	112,50
Brandenburg	35,00	52,50	70,00	87,50
Hessen	15,00	22,50	30,00	37,50
Mecklenburg-Vorpommern	25,00	37,50	50,00	62,50
Niedersachsen	25,00	37,50	50,00	62,50
Nordrhein-Westfalen	15,00	22,50	30,00	37,50
Rheinland-Pfalz	45,00	67,50	90,00	112,50
Saarland	15,00	22,50	30,00	37,50
Sachsen	15,00	22,50	30,00	37,50
Sachsen-Anhalt	35,00	52,50	70,00	87,50
Schleswig-Holstein	25,00	37,50	50,00	62,50
Thüringen	25,00	37,50	50,00	62,50
Flächenländer zusammen	345,00	517,50	690,00	862,50

Tabellengröße ²⁾			
S	M	L	XL
in Euro			
12,78	19,17	25,56	31,96
23,01	34,51	46,02	57,52
17,90	26,84	35,79	44,74
7,67	11,50	15,34	19,17
12,78	19,17	25,56	31,96
12,78	19,17	25,56	31,96
7,67	11,50	15,34	19,17
23,01	34,51	46,02	57,52
7,67	11,50	15,34	19,17
7,67	11,50	15,34	19,17
17,90	26,84	35,79	44,74
12,78	19,17	25,56	31,96
12,78	19,17	25,56	31,96
176,40	264,55	352,78	441,00

Kreistabellen	Tabellengröße ²⁾			
	S	M	L	XL
	in DM			
Baden-Württemberg	15,00	22,50	30,00	37,50
Bayern	15,00	22,50	30,00	37,50
Brandenburg	10,00	15,00	20,00	25,00
Hessen	10,00	15,00	20,00	25,00
Mecklenburg-Vorpommern	10,00	15,00	20,00	25,00
Niedersachsen	15,00	22,50	30,00	37,50
Nordrhein-Westfalen	15,00	22,50	30,00	37,50
Rheinland-Pfalz	15,00	22,50	30,00	37,50
Saarland	10,00	15,00	20,00	25,00
Sachsen	10,00	15,00	20,00	25,00
Sachsen-Anhalt	10,00	15,00	20,00	25,00
Schleswig-Holstein	10,00	15,00	20,00	25,00
Thüringen	10,00	15,00	20,00	25,00
Flächenländer zusammen	155,00	232,50	310,00	387,50

Tabellengröße ²⁾			
S	M	L	XL
in Euro			
7,67	11,50	15,34	19,17
7,67	11,50	15,34	19,17
5,11	7,67	10,23	12,78
5,11	7,67	10,23	12,78
5,11	7,67	10,23	12,78
7,67	11,50	15,34	19,17
7,67	11,50	15,34	19,17
7,67	11,50	15,34	19,17
5,11	7,67	10,23	12,78
5,11	7,67	10,23	12,78
5,11	7,67	10,23	12,78
5,11	7,67	10,23	12,78
5,11	7,67	10,23	12,78
79,23	118,86	158,54	198,09

Stadtstaaten	Tabellengröße ²⁾			
	S	M	L	XL
	in DM			
Berlin insgesamt (bzw. ein Bezirk)	0,00	0,00	5,00	10,00
Berlin Ost/West/Insgesamt oder bis zu drei Bezirke	0,00	5,00	10,00	15,00
Berlin (alle Bezirke incl. Summen)	10,00	15,00	20,00	25,00
Bremen (Bremen und Bremerhaven)	4,00	6,00	8,00	10,00
Bremen (alle Stadtteile)	10,00	15,00	20,00	25,00
Bremen (alle Ortsteile)	15,00	22,50	30,00	37,50
Hamburg*) insgesamt	4,00	6,00	8,00	10,00

Tabellengröße ²⁾			
S	M	L	XL
in Euro			
0,00	0,00	2,56	5,11
0,00	2,56	5,11	7,67
5,11	7,67	10,23	12,78
2,05	3,07	4,09	5,11
5,11	7,67	10,23	12,78
7,67	11,50	15,34	19,17
2,05	3,07	4,09	5,11

¹⁾ Ohne Bearbeitungspauschale; Erläuterungen hierzu siehe Rückseite.

²⁾ Die Tabellengröße einer Regio-Stat-Tabelle ist aus der **Gesamtübersicht** des Regio-Stat-Katalogs ersichtlich.

Preisschema für Regio-Stat-Tabellen

Tabellen- größe	Gemeindetabelle				Kreistabelle	
	Kategorie I	Kategorie II	Kategorie III	Kategorie IV	Kategorie I	Kategorie II
	in DM (in Euro)					
S	15,00 (7,67)	25,00 (12,78)	35,00 (17,90)	45,00 (23,01)	10,00 (5,11)	15,00 (7,67)
M	22,50 (11,50)	37,50 (19,17)	52,50 (26,84)	67,50 (34,51)	15,00 (7,67)	22,50 (11,50)
L	30,00 (15,34)	50,00 (25,56)	70,00 (35,79)	90,00 (46,02)	20,00 (10,23)	30,00 (15,34)
XL	37,50 (19,17)	62,50 (31,96)	87,50 (44,74)	112,50 (57,52)	25,00 (12,78)	37,50 (19,17)

Tabellen und Tabellengrößen

Als **Gemeindetabellen** werden Tabellen mit Gemeindedaten verstanden. Analog dazu werden Tabellen mit Kreisdaten als **Kreistabellen** bezeichnet. Tabellen, die zwar ab Gemeindeebene bereitgehalten, aber nur ab Kreisebene gewünscht werden, sind ebenfalls als **Kreistabellen** zu verstehen.

Die **Tabellengröße** wird, unabhängig ob Gemeinde- oder Kreistabelle, allein durch die Zahl der in der Tabelle enthaltenen Wertfelder bestimmt. Dabei wird zwischen kleinen, mittelgroßen, großen und sehr großen Tabellen unterschieden.

Mit Tabellengröße "S" werden Tabellen mit bis zu 9, mit "M" Tabellen mit 10 bis 19, mit "L" Tabellen mit 20 bis 49 und mit "XL" Tabellen mit 50 und mehr **Wertfeldern pro Regionaleinheit** bezeichnet.

In der **Gesamtübersicht** des Regio-Stat-Katalogs ist zu jeder Tabelle die Tabellengröße angegeben.

Kategorien der Länder bei Gemeindetabellen (Flächenländer, ohne Stadtstaaten)

Kategorie	Gemeinden	Bundesländer	Bundesländer
I	weniger als 750	4	Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen
II	750 bis unter 1250	5	Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen
III	1250 bis unter 1750	2	Brandenburg, Sachsen-Anhalt
IV	1750 und mehr	2	Bayern, Rheinland-Pfalz

Kategorien der Länder bei Kreistabellen (Flächenländer, ohne Stadtstaaten)

Kategorie	Kreise	Bundesländer	Bundesländer
I	bis zu 36	8	Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen
II	37 und mehr	5	Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz

Bearbeitungspauschale

Für Lieferungen von Regio-Stat-Tabellen wird eine Bearbeitungspauschale von DM 10,00 (5,11 Euro) pro Bundesland erhoben. Darin sind enthalten:

- Verpackungs- und Versandkosten und
- die Lieferung wahlweise auf Papier, Diskette bzw. anderen elektronischen Datenträgern oder über E-Mail.

Die Pauschale wird einmal pro Lieferung berechnet.

Standardprodukte

Neben der Bestellung von einzelnen Tabellen ist es auch möglich, auf folgende Standardprodukte zurückzugreifen:

"Statistik regional": Jährliche erscheinende CD-ROM mit Daten der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes auf Kreisebene (Preis: DM 290,00; der CD-ROM liegt ein Gutschein bei, mit dem auf die nächste Ausgabe ein Preisnachlass von 50% gewährt wird)

"Kreiszahlen - Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland": Broschüre, die auf "Statistik regional" basiert (Preis: DM 25,00)

"Atlas zur Regionalstatistik": Thematische Karten für alle Bundesländer auf Kreisebene (Preis: DM 48,00; erschienen im März 2000)

Weitere Auskünfte erteilen die jeweiligen Statistischen Ämter; Anschriften siehe Regio-Stat-Katalog